



Plenarprotokoll

37. Sitzung

Mittwoch, 13. September 2006

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Klaus Konrad.....	2579	Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen.....	2580
Keine Schlechterstellung der schleswig-holsteinischen Kommunen bei Hartz IV.....	2579	Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP	
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD		Drucksache 16/970	
Drucksache 16/968		Wolfgang Kubicki [FDP].....	2580
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	2580	Holger Astrup [SPD].....	2580
		Beschluss: Dringlichkeit verneint.....	2580

Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel?.....	2581	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2631
Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/973		Manfred Ritzek [CDU].....	2633
		Olaf Schulze [SPD].....	2634
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	2634
		Lars Harms [SSW].....	2636
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	2581	Beschluss: Durch Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	2637
Gemeinsame Beratung			
a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008.....	2581	„Weg vom Öl“ - Auswirkungen eines dauerhaften hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein.....	2637
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/910		Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/371	
b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006 bis 2010.....	2581	Antwort der Landesregierung Drucksache 16/823	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/921		Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	2637
Rainer Wiegard, Finanzminister.....	2581, 2629	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2638, 2644
Wolfgang Kubicki [FDP].....	2587, 2624	Manfred Ritzek [CDU].....	2640
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	2594	Olaf Schulze [SPD].....	2641
Lothar Hay [SPD].....	2601	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2642
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2607	Lars Harms [SSW].....	2643
Anke Spoorendonk [SSW].....	2613, 2627	Konrad Nabel [SPD].....	2645
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	2619	Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/823, an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	2645
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2625		
Tobias Koch [CDU].....	2628		
Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/910 an den Finanzausschuss 2. Überweisung des Berichts Drucksache 16/921 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	2630	Auswirkung der beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform auf das Land Schleswig-Holstein.....	2645
Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel?.....	2630	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/931	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/973		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	2645, 2653
Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren.....	2630	Dr. Heiner Garg [FDP].....	2646, 2653
		Ursula Sassen [CDU].....	2648, 2655
		Jutta Schümann [SPD].....	2649, 2654
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2650, 2654
		Lars Harms [SSW].....	2651
		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	2656

Martin Kayenburg [CDU]..... 2656

Beschluss: 1. Antrag Drucksache
16/931 durch Berichterstattung
der Landesregierung erledigt
2. Überweisung des
mündlichen Berichts der Landes-
regierung an den Sozialausschuss
zur abschließenden Beratung..... 2657

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis-
terpräsidenten und Ministerin für Bildung und
Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Eu-
ropa

Dr. Ralf Stegner, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dietrich Austermann, Minister für Wissen-
schaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröff-
ne die 15. Tagung des Schleswig-Holsteinischen
Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen
und beschlussfähig. - Nach Eröffnung der Sitzung
bitte ich die Medien, nunmehr den Innenraum zu
verlassen. - Erkrankt ist die Frau Abgeordnete San-
dra Redmann. Ich wünsche der Kollegin von dieser
Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Frau Abgeordnete Susanne He-
rold und der Herr Abgeordnete Rolf Fischer.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von
Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Am 15. August verstarb im Alter von 91 Jahren der
ehemalige Abgeordnete des Schleswig-Holsteini-
schen Landtags Klaus Konrad. Er gehörte der SPD
seit 1949 an und war im Parlament von 1962 bis
1969 als Mitglied der SPD-Fraktion. Von 1969 bis
1980 war er Mitglied des Deutschen Bundestages
für Ostholstein und umweltpolitischer Sprecher sei-
ner Fraktion.

Klaus Konrad hat sich auch in der Ausschussarbeit
des Landtages und vor allem als Vorsitzender des
Ausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung
große Verdienste für unser Land erarbeitet, für die
er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet
wurde.

Überschattet wurde sein politisches Wirken von
dem Vorwurf, als Offizier der Wehrmacht im italie-
nischen San Polo an Gefangenenerschießungen be-
teiligt gewesen zu sein, eine individuelle Schuldfrage,
die jetzt ungeklärt bleibt.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Ich bitte,
dem Verstorbenen ein stilles Gebet zu widmen. -
Meine Damen und Herren, Sie haben sich von Ihren
Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Prä-
sidium liegen drei Dringlichkeitsanträge für die lau-
fende Tagung vor. Ich rufe zunächst auf:

Keine Schlechterstellung der schleswig-holsteini- schen Kommunen bei Hartz IV

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und
SPD

[Drucksache 16/968](#)

(Präsident Martin Kayenburg)

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich lasse damit über die Dringlichkeit des Antrages Drucksache 16/968 abstimmen. Ich weise noch darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Punkt 21 a in die Tagesordnung einzureihen, und bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs zu machen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe jetzt auf:

Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/970

Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem Oppositionsführer, dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Abgeordneten Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl ich unmittelbar vor der Sitzung davon unterrichtet worden bin, dass die Koalitionsfraktionen die Dringlichkeit nicht sehen, weil es gegenwärtig nicht passt, darüber zu debattieren, will ich versuchen, trotzdem darauf hinzuweisen, dass die Diskussion über dieses Thema dringlich ist und das Parlament sich in dieser Sitzung damit beschäftigen sollte.

Nach mehreren Entscheidungen von Gerichten und des Bundeskartellamtes zur Glücksspielsituation in Deutschland, unter anderem auch in Schleswig-Holstein - jetzt durch das Verwaltungsgericht -, haben wir uns gedacht, wir hätten ausreichend Zeit, im Hinblick auf die Entscheidungen der Ministerpräsidenten am 9. Dezember dieses Jahres über inhaltliche Fragen zur Ausgestaltung des Glücksspielmarktes in Deutschland zu debattieren.

Nach Redaktionsschluss haben wir erfahren, dass die Chefs der Staatskanzleien am nächsten Montag in abschließende Verhandlungen über einen gemeinsamen Text eintreten wollen, der anschließend von den Ministerpräsidenten gezeichnet werden soll und dann den Parlamenten nach der Devise zugelei-

tet wird: 16 haben sich geeinigt, wir können nichts mehr dagegen tun.

Wenn es also noch Möglichkeiten der **Einflussnahme** geben soll, das heißt die Willensbildung dieses **Parlamentes** gegenüber der Exekutive deutlich zu machen, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt, eigentlich der einzige, der letzte Zeitpunkt. Deshalb bitten wir darum, der Dringlichkeit zuzustimmen, das Thema zu debattieren und deutlich zu machen, welche Auffassungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag in dieser Richtung bestehen, damit sich die Regierung an dieser Auffassung orientieren kann. Ich bitte noch einmal, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kubicki, die Koalitionsfraktionen halten den Antrag für wichtig, aber nicht für dringlich. Deshalb nicht für dringlich, weil nach unseren Informationen keineswegs beabsichtigt ist, in der kommenden oder übernächsten Woche eine abschließende Stellungnahme der CdS herzustellen, sondern die Entscheidung im Dezember fallen soll. Insofern gehe ich davon aus, dass Ihr Antrag aufrechterhalten bleibt, wenn er wichtig und nicht so dringlich ist, und in der normalen Oktober-Tagung verhandelt wird. Wenn es der letzte Zeitpunkt sein sollte, müssten Sie Ihren Antrag möglicherweise zum Oktober zurückziehen.

Präsident Martin Kayenburg:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Dringlichkeit des Antrages Drucksache 16/970 abstimmen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung auch hier eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist gegen die Dringlichkeit? - Damit ist das erforderliche Quorum nicht erreicht und die Dringlichkeit des Antrages insoweit abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf:

(Präsident Martin Kayenburg)

Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel?

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/973

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse dann über die Dringlichkeit abstimmen und weise noch einmal auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin. Wer der Dringlichkeit zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt als Punkt 21 b in die Tagesordnung einzureihen, und bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs zu machen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 6, 8, 11, 15, 16, 18, 20, 23 und 24, 26 bis 29 sowie 34 und 50 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 36, 39 und 47. Die Beratung dieser Punkte wird für die Oktober-Tagung vorgesehen. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 22 und 35, Ostseebericht 2006 und Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum, sowie die Punkte 40 und 49, Ambulante Betreuung, ambulante Pflege und Pflege stärken. Anträge zur Aktuellen Stunde oder zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 15. Tagung.

Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils bis längstens 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne darf ich nunmehr ganz herzlich den Landfrauenverein Lübeck und Umgebung begrüßen. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 7 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2007/2008

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/910

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006 bis 2010

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/921

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wenn man die politische Debatte zwischen Politikern einerseits und den Menschen im Lande und Unternehmern andererseits betrachtet, dann gewinnt man den Eindruck, dass noch nicht alle Folgendes mitbekommen haben - insofern gebe ich es gern zu Protokoll -: Schleswig-Holstein kommt voran.

(Beifall bei CDU und SPD - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

- Frau Heinold, das möchte ich erklären. Denn Sie scheinen zu denjenigen zu gehören, die das noch nicht mitbekommen haben.

Wir haben ganz offensichtlich einen wirtschaftlichen Aufschwung in Schleswig-Holstein - Sie wissen, dass ich mit solchen Attributen vorsichtig bin -, der diese Bezeichnung wirklich verdient. Schon im vergangenen Jahr hatten wir ein **Wachstum**, das mit 1,3 % zwar noch nicht berauschend war, aber immerhin deutlich über dem **Bundesdurchschnitt** von 0,9 % lag. In der ersten Hälfte dieses Jahres liegen wir mit 2,3 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren. Dies tun wir übrigens gemeinsam mit Hamburg, was bedeutet, dass der Norden den Rest der Republik stützt. Wann haben wir das eigentlich zuletzt erlebt?

Alles, was uns Wirtschaftswissenschaftler seit vielen Jahren erzählt haben und manche in Zweifel gezogen haben, bestätigt sich: Angemessenes wirtschaftliches Wachstum erzeugt positive Effekte auf dem **Arbeitsmarkt**. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zum vergangenen Jahr um 27.000 zurückgegangen und - das ist noch viel wichtiger - die

(Minister Rainer Wiegard)

Zahl der Erwerbstätigen steigt wieder und vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist um etwa 1 % gestiegen. Das sind die Menschen, die nun wieder Steuern und Beiträge zahlen, statt Leistungen aus den öffentlichen Haushalten zu erhalten, und die vor allen Dingen den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien wieder aus eigenem Einkommen bestreiten können. Bei allen - manchmal auch ziemlich kleinkarierten - Diskussionen um politische Lösungen und politische Differenzen darf man auf diese Entwicklung gern hinweisen.

Wir stützen diese Entwicklung mit den politischen Schwerpunkten der Landesregierung, zum Beispiel indem wir durch den **Schleswig-Holstein-Fonds** zusätzliche Investitionen ermöglichen und damit Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze schaffen. Wir stellen beispielsweise 15 Millionen € für Investitionen in „Leuchtturmprojekte“ in der Forschung und Entwicklung, zusätzlich 11 Millionen € für Tourismus- und Mittelstandsförderung, 60 Millionen € für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie 12 Millionen € für Schule und Hochschule bereit. Man könnte diese Liste fortsetzen; Sie können Sie in Ihren Unterlagen nachvollziehen.

Jenseits allen Streits, meine Damen und Herren - das können Sie in den Medien täglich verfolgen -, um den richtigen Weg bei unserem Schulsystem - darüber streiten wir uns schon mehr als 30 Jahre; die Diskussion wird sicherlich weitergehen - sorgen wir für mehr und bessere Bildung: Wir verbessern die **Unterrichtsversorgung**. Wir schaffen 225 neue Lehrerstellen in den nächsten beiden Jahren. Wir machen unsere Schulen fit für die Zukunft. Wir machen Leistung überprüfbar. Wir führen verbindlichen Englischunterricht ein. Wir sorgen dafür, dass Kinder Deutsch sprechen können, wenn sie in die Schule kommen. Wir verkürzen die Schulzeit. Denn unsere Schülerinnen und Schüler können das, was andere auch schaffen: das Abitur nach zwölf Jahren zum Beispiel.

Es geht darum, dass wir unseren Kindern die Voraussetzungen schaffen, die Chance eröffnen, in einer Welt offener Grenzen - viele nennen das ja Globalisierung -, in einer Welt, die für jeden Einzelnen schwieriger wird, im Wettbewerb mit jungen Amerikanern, Chinesen, Japanern und Europäern bestehen zu können.

Wir wollen übrigens gemeinsam mit dem Kommunen die **Infrastruktur in der Kinderbetreuung** ausbauen und den Bildungsauftrag unserer Kindergärten stärken. Aber wir sagen auch klar, wo die Grenzen sind: Wir sind derzeit nicht in der Lage, wie andere offensichtlich deutlich reichere Länder,

den kostenfreien Kindergarten anzubieten. Ich nenne Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland oder Rheinland-Pfalz.

Wir investieren in die **Sicherheit** unserer Bürger. Wir werden nach jahrelanger Diskussion - obwohl wir in der vergangenen Woche einen kleinen Rückschlag erlitten haben, was die Finanzierungsfragen beim Digitalfunk anbetrifft - den Digitalfunk in Schleswig-Holstein einführen, weil er ein wichtiger Baustein für mehr Sicherheit für unsere Bürger ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden das tun und das wird zusammen mit der Erneuerung der Boote der Wasserschutzpolizei ein Volumen von deutlich über 100 Millionen € haben. Das ist gut angelegtes Geld. Wir werden in dieser Woche noch Gelegenheit haben, über andere Maßnahmen der inneren Sicherheit zu diskutieren.

Wir bringen mehr **Polizeipräsenz** in die Regionen. Rund 160 Stellen aus der Polizeireform kommen künftig dem Dienst vor Ort zugute und, meine Damen und Herren, auch im Hinblick auf manche Diskussionen, die wir heute und in den nächsten Wochen noch erleben werden, gilt: Polizei und Justiz sind von der Budget- und Stellenkürzung im Zusammenhang mit der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte ausgenommen. Auch das stärkt Polizeipräsenz, weil es natürlich indirekt mehr Personal bereit stellt.

Schleswig-Holstein kommt voran - auch in der Haushaltspolitik. Denn **Haushaltspolitik** ist immer die Grundlage für die Entwicklung des Landes in allen anderen Aufgabenbereichen. Ist sie stetig und solide, schafft sie gute Voraussetzungen, Zukunftsaufgaben bewältigen zu können. Ist sie stetig unsolid, behindert sie auf Dauer alle anderen Aufgaben. Denn Zinsen - meine Damen und Herren, das ist wie im normalen Leben - fressen Leistung auf.

Unsere ersten bescheidenen Ergebnisse können sich durchaus sehen lassen: Wir machen weniger neue Schulden. Im Vergleich zum Start dieser neuen Regierung - lieber Herr Kubicki, ich meine den ersten Nachtrag 2005 - reduzieren wir die **Schuldenaufnahme** in den nächsten zwei Jahren um 870 Millionen €. Wer es etwas bescheidener möchte - dazu zähle ich den Kollegen Hentschel -: Im Vergleich zum Abschluss des ersten Regierungsjahres 2005 senken wir die Schuldenaufnahme in den nächsten beiden Jahren zusammen um 440 Millionen €.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Vergleich zu Rot-Grün 2004!)

(Minister Rainer Wiegard)

- Das ist ein Hinweis, den Sie gern noch einmal zu Protokoll geben können, Frau Heindl.

Das heißt, wir beginnen damit aufzuhören, öffentliche Aufgaben zunehmend über Kredite zu finanzieren und die Bezahlung einfach auf künftige Generationen zu verschieben. Ich betone: Wir beginnen damit. Denn wir sind noch lange nicht angekommen.

Technisch heißt das: Wir senken die **Kreditfinanzierungsquote** von 20 auf 15 %. Konkret bedeutet das: Heute finanzieren wir jeden fünften Euro, den wir ausgeben, aus neuen Schulden; das ist der derzeitige Sachverhalt. In den nächsten beiden Jahren wird es „nur“ noch jeder siebte und im Jahre 2010 jeder zehnte Euro sein. Dann haben wir das Zwischenziel erreicht und die Neuverschuldung gegenüber unserem ersten Nachtrag 2005 halbiert.

Das, meine Damen und Herren, geschieht allein durch **strukturelle Veränderungen** im Haushalt, auch durch zusätzliche Erlöse, aber nicht durch einmalige Erlöse. Denn diese stehen wie in früheren Jahren nicht mehr zur Verfügung, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Es ist kein Vermögen mehr da, aus dem man Einmalserlöse erzielen könnte. - Es wird diese Woche noch einige Diskussionen, auf die ich mich freue, über Landeswald und ähnliche Dinge geben.

Bei all dem, meine Damen und Herren, was wir positiv zur Kenntnis nehmen dürfen: Die finanzielle Lage Schleswig-Holsteins ist nach wie vor dramatisch. Viele reden von einer desolaten Haushaltslage, von notwendiger Haushaltskonsolidierung. Ich sage Ihnen, es mag mancher Kommunalhaushalt desolat sein - nicht immer ist übrigens das Land daran schuld -, sicherlich ist auch mancher private Haushalt desolat und das eine oder andere Wirtschaftsunternehmen auch, der Haushalt des Landes ist nicht desolat, der Haushalt des Landes ist verfassungswidrig und das ist ein unhaltbarer und unakzeptabler Zustand. Das geht weit über einen desolaten Zustand hinaus.

Legt man den Maßstab der **Verfassung** nicht nur an die Haushaltsplanaufstellung, sondern auch an den **Haushaltsvollzug**, so ist das schon seit über zehn Jahren so. Wir haben seit über zehn Jahren verfassungswidrige Haushaltsabschlüsse. Dies müssen wir ändern. Jeder fünfte Euro, den wir ausgeben, wird aus Schulden bezahlt. Jeder fünfte Euro, den wir einnehmen, wird gebraucht, um die Schulden zu finanzieren, die Zinsen also. Im nächsten Jahr wird die **Zinslast** im Landeshaushalt die Marke von 1.000 Millionen € überschritten haben. Das ist dann mehr als der gesamte Ausgabenblock im Sozial-

haushalt unseres Landes. 250 bis 300 Jahre - da mag man sich streiten - würde es dauern, bis das Land schuldenfrei wäre, wenn wir jedes Jahr aus Haushaltsüberschüssen nur 100 Millionen € Schulden tilgen würden. Wir sind aber, meine Damen und Herren, noch 1.500 Millionen € davon entfernt, einen Haushaltsüberschuss zu erzielen.

Seit 1970 - und das ist das eigentlich Bedrückende - hat das Land Schleswig-Holstein 20 Milliarden € neue Schulden aufgenommen. In diesen 35 Jahren haben wir ziemlich exakt 20 Milliarden € Zinsen aufgewendet, um diese Schulden zu finanzieren. Das heißt, für unser Land ist nichts dabei herausgekommen. Die Zinsen sind weg, die Schulden sind geblieben und die Schulden verursachen neue Zinsen.

Heute zahlen wir 900 Millionen € Zinsen. Nächstes Jahr werden es 100 Millionen € mehr sein. Das bedeutet, wir brauchen allein ein steuerliches Wachstum von 2 %, um nur die Mehrausgaben für Zinsen, also für die Bezahlung von Vergangenheit, zu finanzieren. Wir geben mehr Geld aus für die Bezahlung von Vergangenheit als für die Zukunft. Deshalb geht es auch nicht allein um einen so technokratischen Begriff wie Haushaltskonsolidierung, es geht vielmehr darum, dass wir eine Verantwortung, unsere Verantwortung, für künftige Generationen haben. Viele reden von **Nachhaltigkeit in der Politik**. Genau darum geht es. So wie soziale Gerechtigkeit und wie das Bewahren der Umwelt für zukünftige Generationen ein politischer Wert ist, so muss auch verantwortungsbewusste nachhaltige Haushaltspolitik ein politischer Wert an sich sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Deshalb senken wir die Kreditaufnahme auf höchstens 850 Millionen € im Jahr 2010. Auch das ist dann noch kein verfassungskonformer Haushalt. Deshalb gilt, alle Anstrengungen darüber hinaus dafür einzusetzen. Deshalb begrenzen wir die Steigerung der bereinigten Nettoausgaben in diesem Zeitraum bis 2010 auf jahresdurchschnittlich etwa 1 %. Deshalb müssen wir insbesondere dafür sorgen, dass die Primärausgaben, also das, was wir heute außerhalb von Zinsen und außerhalb von Investitionen an Ausgabensteigerungen haben, in den nächsten beiden Jahren stabilisiert und in den Jahren darauf gesenkt werden. Nur so werden wir dieses Ziel erreichen können. Zentrale Herausforderung ist es, die Verfassungsmäßigkeit unseres Haushaltes wieder herzustellen.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an meine Ausführungen im vergangenen Jahr zum ersten Nachtrag 2005 und zum Haushalt 2006. Ich will

(Minister Rainer Wiegard)

nicht den Versuch machen, mit Formulierungstricks eine **Verfassungsmäßigkeit** vorzutäuschen, die tatsächlich nicht da ist.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es würde uns insbesondere heute, wenn Sie an meine Eingangsbemerkung denken, angesichts der wirtschaftlichen Rahmendaten wohl auch ziemlich schwer fallen, die nach wie vor verfassungswidrige Kreditaufnahme von mehr als 700 Millionen € über der zulässigen Grenze mit einer **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** zu begründen. Wir stehen dazu, dass dies ein unhaltbarer Zustand ist, aber wir arbeiten vor allem daran, schnellstmöglich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen und den Haushalt auch so abzuschließen. Wir können nachher gern in der Diskussion, in der Debatte, Herr Kubicki, über Ihre Vorschläge dazu reden, wie Sie das Ziel schneller erreichen wollen. Ich biete der Opposition gern diese Gemeinsamkeit an.

Wir scheuen deshalb vor schwierigen Entscheidungen nicht zurück. Wir setzen unser Personaleinsparungskonzept um. Wir reduzieren öffentliche Aufgaben, um mit weniger Personal auskommen zu können. Wir verlängern die Arbeitszeit unserer Beamten. Wir kürzen das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld und für die meisten streichen wir das vollständig. Davon sind übrigens alle Beamten betroffen, nicht allein Lehrer und Polizeibeamte, die Beamten in der Steuer- und Finanzverwaltung ebenso wie in den Katasterämtern, in der Umwelt- und in der Sozialverwaltung, in den Ministerien und in den Kommunen. Ich sage das nur einmal der Vollständigkeit halber, weil manchmal der Eindruck erweckt wird, dass einzelne Gruppen allein die Last der Verschuldung des Landes tragen. Dieses ist ein schwerwiegender Eingriff - da machen wir uns überhaupt nichts vor - in den **Besitzstand unserer Beschäftigten** und das ist kein erfreulicher Akt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Das Unternehmen, bei dem unsere Beamten und Angestellten des Landes beschäftigt sind, ist in der Insolvenz. Wäre das Unternehmen Schleswig-Holstein ein privates Unternehmen, es hätte längst keine Kredite mehr bekommen. Wir würden hier nicht über Arbeitszeitverlängerung und die Kürzung von Sonderzahlungen reden - das haben übrigens die meisten privaten Unternehmen längst hinter sich -, wir würden über einen Sozialplan verhandeln, der den endgültigen Verlust der Arbeitsplätze wegen Schließung des Unternehmens zur Folge hätte. Das, meine Damen und Herren, ist der Vergleich, der sich anbietet.

Unser Ziel ist eben, mit all diesen Maßnahmen diese Folgen abzuwenden und Schleswig-Holstein wieder zu einem handlungsfähigen Unternehmen machen zu können. Dazu müssen alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag leisten, auch unsere Beschäftigten. Dieser Beitrag, der Beitrag unserer **Beamten**, ist ein bedeutender. 100 Millionen € sind der Gegenwert von 2.200 Stellen. Wir wissen, dass die Kürzung der Bezüge unserer Beamten häufig mit anderen Einschränkungen beispielsweise aus der Bundespolitik oder anderen Leistungen zusätzlich kumuliert und sich verschärft.

Ich habe vor einem Jahr geglaubt, wir könnten diesen Beitrag mit Aufgabenreduzierung, mit Stellenabbau, mit Leistungskürzungen in Sachhaushalten erreichen. Wir mussten lernen, ich musste lernen, dass das so kurzfristig, wie es notwendig wäre, nicht umsetzbar ist. Deshalb gehen wir diesen Weg. Hätte ich vor einem Jahr diese Erkenntnis gehabt, ich hätte der Landesregierung und dem Landtag bereits damals für das Jahr 2005 dieselben Vorschläge unterbreitet, also zwei Jahre früher.

Insgesamt beträgt das Volumen der Sonderzahlung künftig noch 20 Millionen €. Um diese wenigen Mittel einigermaßen sozial ausgewogen einzusetzen, erhalten die Beamten künftig für jedes Kind ein Weihnachtsgeld von 400 €, und die Beamten in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 10 pauschal 660 €. Darüber hinaus bauen wir Stellen ab. Im Stellenplan des Doppelhaushalts fallen insgesamt 322 Stellen weg. 317 Stellen werden im Wissenschaftsbereich in Stiftungsstellen umgewandelt. Das ist der Anfang. Die Umsetzung der Aufgabenkritik 1 hat erst begonnen. Die **Aufgabenkritik** in den Kernbereichen beginnt jetzt. Auch hier wird es künftig weniger Aufgaben mit weniger Personal geben.

Neue Stellen gibt es fast ausschließlich für neue Lehrer, um mehr, bessere Bildung für unsere Kinder zu ermöglichen. Auch die Lehrer tragen übrigens mit einer halben Unterrichtsstunde pro Woche zu mehr, besserer Bildung bei. Das ist für den Einzelnen möglicherweise nicht viel, insgesamt ergibt das aber den Gegenwert von über 320 Stellen, die sonst nur über neue Schulden finanziert werden könnten.

Wir senken die Zuwendungen an die **Kommunen**. Natürlich wollen wir - das ergibt die Diskussion der letzten Wochen - nicht einfach die Kreditaufnahme des Landes dadurch verringern, dass wir die Kommunen zu einer erhöhten Kreditaufnahme veranlassen. Das wäre keine Lösung des gesamtstaatlichen Schuldenproblems. Deshalb werden wir einen weitgehenden Ausgleich schaffen und die Kommunen

(Minister Rainer Wiegard)

von Aufgaben entlasten. Da sind wir noch nicht am Ende der Diskussion, auch noch nicht am Ende der Summe angekommen. Es muss noch nachgelegt werden, auch wenn - darüber sind wir uns im Klaren - nicht alle Maßnahmen, die wir einleiten, bereits im ersten Jahr ihre volle Wirkung entfalten.

Bei dieser Diskussion finde ich es besonders erstaunlich, wenn es kommunale Vertreter gibt - ich hatte kürzlich das Vergnügen, auf dem Landkreistag den Reden solcher Leute zu folgen -, die gleich zweimal die Hand heben, die nämlich einmal zu einer Resolution Ja sagen, die eine volle Kompensation fordert, und in der nächsten Abstimmung zu einer Resolution ebenso Ja sagen, die alle Politikbereiche zu Tabus erklärt und insoweit die Kompensation gar nicht zulässt. Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber klar sein, wie wir miteinander umgehen. Zweimal Ja zu sagen geht nicht; zweimal Ja ist einmal Nein.

Es erstaunt übrigens auch, wenn man neue Stellungnahmen kommunaler Landesverbände liest, die sich gegen Entlastungen ihrer Haushalte aussprechen, zum Beispiel gegen unsere Vorschläge im Personalbereich.

Auch das Folgende sollten wir zur Kenntnis nehmen. Wenn man abwägt, wer welchen Beitrag für welche Leistung erbringt, dann muss man das anders sehen als bei den Beamten, deren gekürzte Bezüge tatsächlich zu weniger Geld in der Familienkasse führen. Die Kommunen werden wegen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der Steuereinnahmen in keinem der nächsten Jahre weniger in der Kasse haben als im Vorjahr. Dies ist meine Antwort auf die Frage: Wie verlagern wir möglicherweise kreditfinanzierte Aufgaben?

Wir konsolidieren neben den Personalhaushalten und den kommunalen Zuwendungen in allen **Sachhaushalten**. Alle gesellschaftlichen Gruppen werden sich daran beteiligen müssen, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen.

Machen wir uns wirklich nicht länger etwas vor! Künftig wird es vom Bund, vom Land und von unseren Kommunen weniger **öffentliche Leistungen** geben, als wir sie bisher haben, weil wir das nicht mehr schaffen können. Die verbleibenden öffentlichen Leistungen werden für Herrn und Frau Bürger teurer werden. Das ist eine Botschaft, die wir den Menschen erläutern müssen und die wir nicht wieder verkleistern können, wie das in der Politik 30 Jahre lang überwiegend geschehen ist. Über die bisherigen Aufgaben können Sie, Herr Kollege Hentschel, mit den Grünen im Detail noch streiten.

Die bisherigen Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Wir haben schon nicht genügend Einnahmen, um die bisherigen Aufgaben finanzieren zu können. Das heißt, neue Aufgaben können wir nur finanzieren, wenn wir zusätzlich auf bisherige Aufgaben verzichten.

Dazu gehört, dass wir die Verwaltung schneller, effektiver und bürgerfreundlicher machen. Die **Verwaltungsstrukturreform** haben wir in all ihren Facetten kräftig diskutiert. Sie gehört natürlich mit in die Betrachtung der großen Reformaufgaben der Landesregierung und in die Diskussion des Verhältnisses zwischen Land und Kommunen.

Man staunt schon, wenn man als langjähriger Kommunalpolitiker über 30 Jahre gemeinschaftlich verkündet hat, das Land sollte endlich die Finger von der Verwaltung lassen, weil die Kommunen das viel besser könnten. Jetzt, wo wir sagen, dass sich das Land zurückziehen wird, kommen dieselben Kommunalpolitiker und sagen: Das bringt gar keine Einsparung. Manchmal hat man das Gefühl, dass einige aus Angst vor der Verantwortung oder aus Sorge um die eigene Fähigkeit handeln. Denn nun müssen die Kommunalpolitiker beweisen, dass das gilt, was immer gesagt worden ist.

Hier muss ich, meine Damen und Herren, einen Appell aussprechen. Nur Mut, meine Herren Landräte, meine Damen und Herren Bürgermeister!

(Beifall bei CDU und SPD)

Nur das Zusammenführen der bisherigen Aufgaben der oberen Landesverwaltungsbehörden mit denen der unteren Landesverwaltungsbehörden bringt **Synergieeffekte**, die die Verwaltung kostengünstiger machen und Bürger und Unternehmen schnell und sachgerecht mit den notwendigen öffentlichen Leistungen versorgen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Was ich sagte, trifft genau zu, Herr Kubicki. Erst sagen die Kommunen: Wir können das alles besser machen, was ihr im Land macht. Und nun wird gesagt: Das bringt aber gar nichts. Darüber sollten die betreffenden Damen und Herren noch einmal nachdenken und in sich gehen.

In den letzten Wochen gab es eine neue Phantomdiskussion mit dem Thema: Wir brauchen überhaupt nicht zu sparen; es gibt ja steigende Steuereinnahmen; deshalb Schluss mit Sparen! - Aber so richtig hat noch niemand damit begonnen.

Erinnern Sie sich doch einmal zurück. Vor ziemlich genau einem Jahr habe ich hier die damals für das

(Minister Rainer Wiegard)

Jahr 2005 geplant gewesenen Steuereinnahmen um sage und schreibe 634 Millionen € nach unten korrigiert. Was lehrt uns das? Hätte ich im vergangenen Jahr für 2006 eine ähnliche Steuersteigerung wie in den Vorjahren in den Haushaltsplan eingestellt, würden wir heute nicht über Steuermehreinnahmen reden, sondern dann würde ich Ihnen heute dramatische Steuereinbrüche verkünden. Das ist eben eine Frage der Betrachtungsweise.

Wir kommen aus einem absoluten **Stuertief 2005**. Voriges Jahr hatten wir mit 5,2 Milliarden € ein geringeres Steueraufkommen als 1998. Unsere Planung für 2006 liegt ebenfalls noch unter dem Ergebnis von 1998. Wenn wir jetzt also mehr einnehmen sollten - manches spricht dafür, dass wir das in diesem Jahr tatsächlich erreichen können -, dann erfolgt das auf einer extrem niedrigen Basis. Selbst wenn wir Ende 2006 300 Millionen oder gar 400 Millionen € mehr in der Kasse haben als geplant, liegen unsere Steuereinnahmen immer noch unter dem Niveau des letzten Jahrhunderts. Ich glaube, jedem ist klar, dass wir mit den Steuereinnahmen des letzten Jahrhunderts die Aufgaben des neuen Jahrtausends nicht bewältigen können.

Die jetzt ständig publizierten **Mehreinnahmen** sind bereits in den Finanzplanungen der kommenden Jahre enthalten. Genau da sehe ich eines unserer Hauptprobleme.

Die Steuerschätzungen gehen davon aus, dass unsere Steuereinnahmen bis 2010 um mehr als 1 Milliarde € steigen werden. Das sind mehr als 20 % in der Geschichte unseres Landes. Da sucht man vergebens nach vergleichbaren Entwicklungen. Meine besondere Sorge ist, dass die notwendigen politischen Rahmenbedingungen möglicherweise nicht rechtzeitig und/oder nicht sachgerecht getroffen werden. Die sind aber die Voraussetzung dafür, dass diese Entwicklung überhaupt eintreten kann. Wenn wir es nicht schaffen, zeit- und sachgerecht eine Reform der Unternehmensbesteuerung abzuschließen, die es Unternehmen erleichtert, ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne wieder hier zu versteuern statt im steuerbegünstigten Ausland, dann, so fürchte ich, werden diese Einnahmen nicht kommen, neue Arbeitsplätze übrigens auch nicht.

Langsam dürfte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass man Steuern dauerhaft nur aus erzielten Überschüssen zahlen kann, nicht aus bereits verausgabten Kosten.

Das gilt gleichermaßen für die Reform unserer **sozialen Sicherungssysteme**, bei denen es darum gehen muss, die Kosten der Arbeit zu senken. Hier geht es um die Arbeitspolitik, um das Ziel, nicht

einen dritten und vierten finanzierten Arbeitsmarkt einzurichten, sondern darum, den Menschen die Chance auf den ersten Arbeitsmarkt zu geben.

Wenn das tatsächlich zum Beispiel bei der Politik im Bund und im Land gut gemacht wird und sich Erfolge einstellen, dann kann es noch mehr Steuereinnahmen geben als geplant. Dafür gibt es nur diese Begründung: Senkung der Neuverschuldung zugunsten künftiger Generationen und Investitionen in Arbeitsplätze für die Zukunft. Nur diese Möglichkeit gibt es.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Opposition hat bisher für mich erkennbar keine Alternativen aufgezeigt. Wenn ich die Vorschläge der FDP, Herr Kubicki, richtig verstanden habe, dann wollen Sie die Kürzung des Weihnachtsgeldes nicht haben. Das sind 100 Millionen €. Sie wollen auch die Kürzungen der Zuwendungen an die Kommunen nicht haben. Das sind 120 Millionen €. Sie wollen keine Erhöhung der Mehrwertsteuer haben. Das bedeutet 200 Millionen €. Ihre Vorschläge zur Kürzung in der Größenordnung von 420 Millionen € bei den Ausgaben habe ich bis jetzt noch nicht kennengelernt. Vielleicht erfahren wir sie heute; noch sind sie im Dunkeln. So bleibt nur der Weg in die Neuverschuldung. Aber auch die lehnen Sie ab. Insofern warten wir gespannt auf das, was vielleicht noch kommt.

Was die Grünen betrifft, so kann ich es kurz machen. Die Mitverantwortlichen für die desaströse Finanzlage des Landes haben sich nach ihrem Gang in die Opposition schnell verflüchtigt.

Wir brechen Strukturen auf. Wir öffnen den Weg für solide Finanzen. Wir zeigen wirklich neue Perspektiven auf. Das ist die Grundlage unserer Haushaltspolitik. Der Haushalt ist solide und ehrlich aufgestellt. Die Risiken sind abgebildet. Der Haushalt ist durch Transparenz, Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit geprägt.

Das Wohl künftiger Generationen ist Richtschnur für dieses verantwortungsbewusste Handeln. Es ist unsere Pflicht, die künftigen Generationen vor den Lasten vieler bereits getroffener, aber als falsch erkannter Entscheidungen zu bewahren. Jedes weitere Zögern oder Sichdrücken vor Entscheidungen verschärft die Situation und knebelt unsere Kinder und Enkelkinder in der Zukunft. Deshalb haben wir die größte Konsolidierungsoffensive in der Geschichte des Landes eingeleitet.

Es geht um Konsolidieren, Investieren und Reformieren. Unsere Haushaltspolitik wird das Land leistungs- und handlungsfähig machen und damit

(Minister Rainer Wiegard)

Spielraum für die neuen Herausforderungen in der Bildungs- und Familienpolitik und in anderen Bereichen schaffen. Voraussetzung sind längst überfällige Reformen auf Bundesebene, in der Unternehmenssteuer, bei den sozialen Sicherungssystemen und in der Arbeitsmarktpolitik. Wir verlangen von den Beschäftigten des Landes einen erheblichen Beitrag. Der Weg ist schmerzhaft und - wie wir wissen - demonstrationsreich. Der Weg zur Sparkasse wäre dagegen still und einfach, aber falsch. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen diesen Weg mitgehen und ihren Teil dazu beitragen. Wir sind am Anfang einer großen Aufgabe, aber die ersten Erfolge machen Mut und so werden wir weiterarbeiten.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile das Wort dem Herrn Oppositionsführer Wolfgang Kubicki, Fraktionsvorsitzender der FDP.

(Frank Sauter [CDU]: Wir wollen neue Vorschläge hören!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsdebatten sind traditionell Abrechnungen mit der Regierungspolitik und für - die Opposition - Anlass für das Aufzeigen von Alternativen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das wird nur eine kurze Rede!)

- Herr Kollege Arp, dies fällt an sich nicht schwer. Das Problem der diesjährigen Haushaltsdebatten besteht allerdings darin, dass es in Ermangelung von Regierungspolitik fast nichts zum Abrechnen gibt und es zu dem Nichts kaum Alternativen - oder nur Alternativen - geben kann. Die Alternative zu dem stets fröhlichen Ministerpräsidenten, bei dem die „Lübecker Nachrichten“ darüber nachdenken, ob ihm „die Spaßbremse fehlt“, wäre ein stets griesgrämiger Oppositionsführer - eine kaum verlockende Überlegung.

Aber was ist in dem letzten Jahr an **Regierungspolitik** geschehen? Welche politischen Aktionen hat die Landesregierung gestartet und mit welchem Erfolg? Welche politischen Signale gehen von dieser Regierung ins Land, in den Bund und nach Europa aus?

Wir hören von Identitätskrisen innerhalb der Union, von handwerklichen Fehlern und mangelnder Kompetenz in der Staatskanzlei und von Abstimmungsproblemen zwischen den Koalitionspartnern, die verhindern, dass etwas Sinnvolles auf die Reihe ge-

bracht wird. Der Fraktionsvorsitzende der SPD sieht bereits die Grundlagen der Koalition wanken. Kann das denn wirklich alles gewesen sein?

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

- Lieber Kollege Ehlers, so informierte uns die Bundeskanzlerin unlängst darüber, dass - und ich zitiere wieder - „für die Belt-Querung kaum Chancen bestünden“.

(Lachen bei der CDU)

Die Verlautbarungen des Minister- und Bundesratspräsidenten nach seinen Besuchen in Berlin und Kopenhagen hörten sich allerdings deutlich anders an. Bei der Chefin und im Kanzleramt sind diese Überlegungen wohl nicht angekommen.

Der Multimedia Campus ist pleite, genauso wie die Universitätsklinik.

(Werner Kalinka [CDU]: Das war schon vorher so!)

Über den Flughafen Kiel-Holtenau legt sich der Mantel des Mitleids, statt dass ihn die schwingende Hoffnung beflügelt. Das Science Center verflüchtigt sich in die Zukunft. Die Regierungsfractionen streiten sich mehr über das, was auf dem Kopf oder um ihn herum ist, weniger darum, was darin ist. Zukunftsgestaltende Entscheidungen? - Fehlanzeige!

Wir haben mittlerweile gerade akzeptable Wachstumsraten, es gibt erfreuliche Nachrichten bei der Beschäftigung und der Ausbildung. Herr Finanzminister, da haben Sie Recht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe das Nicken auf der Regierungsbank und das Klatschen der Union, wahrscheinlich in dem Glauben, ihr wäret daran schuld.

(Lachen)

Ich kann nur sagen: Ihr seid daran schuld, dass wir nur solche Wachstumsraten haben!

(Beifall bei der FDP)

Denn hätten wir beispielsweise nur die Wachstumsraten des Ostseeraums ohne Deutschland, 3,9 %, nicht nur in einem Jahr, sondern in den letzten Jahren und künftig, hätten wir nur die durchschnittlichen Wachstumsraten der Weltwirtschaft mit 4 %, Herr Finanzminister, dann hätten wir weder fiskalische Probleme noch Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Frage lautet doch, wie wir die **Wachstumsschwäche** beseitigen können, in der wir uns befinden.

(Wolfgang Kubicki)

Wirtschaftsminister Austermann lässt nichts unversucht, die Politik der großen Koalition als Ursache des konjunkturellen Aufschwungs anzupreisen. Dabei wissen alle, dass diese erfreulichen Nachrichten fast nur auf die Konjunktur zurückzuführen sind, nicht jedoch auf die notwendigen strukturellen Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft, mithin nicht auf die notwendigen, bisher unterbliebenen Entscheidungen.

In dieser Phase, in der immer mehr Menschen an der Sinnhaftigkeit von Politik zu zweifeln beginnen und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ihr Vertrauen in ihren Arbeitgeber verloren haben, legt der Finanzminister einen Haushaltsentwurf für die Jahre 2007/2008 vor, den er als den konsequentesten Sparhaushalt anpreist, den je eine Landesregierung - und auch nur unter härtesten Anstrengungen - hat aufstellen können. Herr Finanzminister, insoweit unterscheiden Sie sich von Ihrem Vorgänger nicht. Mit Sparen, Reformieren und Investieren will die große Koalition angeblich den Haushalt ausgleichen, die Massenarbeitslosigkeit abbauen und das Wachstum stärken.

Aber was ist die Wirklichkeit? Das Land spart seit Jahrzehnten keinen Cent, denn **Sparen** bedeutet, weniger auszugeben, als eingenommen wird. Nach ihrem derzeitigen Plan will die Landesregierung die Schuldenmasse des Landes Schleswig-Holstein bis Ende dieses Jahres auf 22,7 Milliarden € auftürmen.

Von 2007 bis 2010 - bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes und wahrscheinlich dieser großen Koalition - will sie die **Schulden** auf 27,2 Milliarden € steigern. Das sind 4,5 Milliarden € Schulden mehr als gegenwärtig. Die Landesregierung will damit die Schuldenlast um 20 % vergrößern.

Herr Finanzminister, verglichen mit Ihrer Planung aus dem Jahr 2005 für 2006 legt die Landesregierung von 2007 bis 2010 jetzt sogar noch einmal 12,2 Millionen € oben drauf, das heißt, sie plant nunmehr neu, die Schulden sogar noch gegenüber ihrer Planung vom letzten Jahr zu erhöhen. Das ist angesichts der Worte, die Sie gerade gefunden haben, ein bemerkenswerter Zustand.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer das Sparen nennt, lügt nicht nur sich selbst in die Tasche. Allerdings verspricht die Landesregierung erneut, die **Nettoneuverschuldung** zu senken. Das ist zwar nichts Neues, das haben ihre Vorgängerinnen und Vorgänger auch jedes Jahr versprochen und auch jedes Jahr nicht gehalten. Dieses Mal soll die Neuverschuldung 2010 um 712 Millionen € unter dem Niveau von 2006 liegen. Dies wür-

de bedeuten, dass das Land 1,8 Milliarden € weniger Schulden aufnehmen würde, als wenn man das Niveau von 2006 bis zum Jahre 2010 halten würde.

Aber wie wollen Sie das schaffen? Sie wollen mehr Geld ausgeben, von 2007 bis 2010 knapp 800 Millionen € mehr, als wenn die Ausgaben des Jahres 2006 eingefroren würden. Die große Koalition verzichtet also nicht nur darauf zu sparen, sie verzichtet auch darauf, die Ausgaben des Landes zu kürzen, das heißt weniger auszugeben als im Jahr 2006.

Die Landesregierung will aber nicht nur mehr ausgeben, sie will noch viel mehr Geld einnehmen. Die **Einnahmen** von 2007 bis 2010 sollen um mehr als 2,5 Milliarden € gegenüber dem Niveau von 2006 steigen. Das bedeutet im Klartext: Die Landesregierung tauscht höhere Schulden gegen höhere Steuern. Menschen und Unternehmen werden auf jeden Fall stärker belastet. Die **strukturelle Konsolidierung** des Haushalts entfällt. Auch die große Koalition in Kiel ist offensichtlich zur Haushaltssanierung - jedenfalls bisher - nicht fähig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ministerpräsident Carstensen sprach vor nicht allzu langer Zeit eine einfache Wahrheit aus. Wer von seinem Einkommen mehr sparen wolle oder müsse, um eine spätere finanzielle Notlage zu vermeiden, der müsse eben weniger ausgeben. Er empfahl den Deutschen zum Beispiel, weniger zu verreisen. Das war an sich schon beachtlich für den Ministerpräsidenten eines Tourismuslandes. Es zeigte aber auch die komplette Konzeptionslosigkeit dieser Regierung, weil just zeitgleich sein Tourismusminister ein teures Gutachten dazu vorstellte, mit welchen Mitteln die Deutschen angeregt werden könnten, öfter und länger nach Schleswig-Holstein zu reisen und hier Urlaub zu machen.

Aber das ist nicht der Punkt. Der Ministerpräsident empfiehlt den Menschen, weniger auszugeben, um eine Haushaltsnotlage zu vermeiden. Er selbst und seine Regierung geben aber mehr aus, um angeblich ebenfalls dieses Ziel zu erreichen. Das ist sophisticated. In einer Pressemitteilung des Ministerpräsidenten vom 24. Mai dieses Jahres hieß es noch munter:

„Im Einzelnen sehen die finanzpolitischen Beschlüsse vor, in den kommenden zwei Jahren einen Konsolidierungsbeitrag von 600 Millionen € gegenüber ... der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung zu erbringen. ... Carstensen betonte, dass sich die Landesregierung den Sparkurs nicht leicht mache. ... Wir haben uns ehrlich bemüht.“

(Wolfgang Kubicki)

Was der Ministerpräsident so nebulös mit „Konsolidierungsbeitrag“ umschrieb, bedeutet im Klartext: Kommunen und Beamte bekommen weniger Geld, aber das Land gibt trotzdem mehr aus. Konsolidiert wird also nur bei den anderen.

Eine verantwortliche Politik, noch dazu eine, die die Betroffenen mitnimmt, wie es neudeutsch so gern formuliert wird, ist dies nicht.

Aber über das Nichtverhältnis unseres Ministerpräsidenten zur Politik und zu politischen Inhalten hat der Innenminister dieses Landes Dr. Ralf Stegner ja vor einigen Monaten Auskunft gegeben. Ich zitiere mit besonderer Freude aus der „Landeszeitung“ vom 24. April 2006:

„Der Ministerpräsident hält sich an das, was man mit ihm bespricht. ... Es ist ja bekannt, dass er sein Gewicht nicht gerade auf politische Konzepte legt.“

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Politik - auch nicht die Finanzpolitik der Landesregierung - ist alternativlos, wie es der jetzige und der frühere Finanzminister in schöner Regelmäßigkeit behaupten. Lieber Herr Finanzminister Wiegard, wäre dies so, dann machten Sie nichts anderes, als das, was Herr Stegner vorher gemacht hat, nämlich die Haushaltspolitik des Finanzministers fortzusetzen. Ganz so schlimm ist es dann aber Gott sei Dank doch nicht.

Ich will nur zur Erinnerung an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir die **Anteile** an der Schleswig-Holsteinischen Landesbank der **WestLB** nicht für einen solchen Spottpreis verkauft hätten, die wiederum ihre Beteiligung an der HSH Nordbank nunmehr für 1,25 Milliarden € an eine amerikanische Investorengruppe verkauft.

(Beifall bei der FDP)

Ich höre schon den Kollegen im Raum „Na, na, na“ sagen, weil er die Wirklichkeit immer wieder ausblendet. Lieber Kollege Neugebauer, der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr Stuhlmann, nannte dies für die WestLB das Geschäft ihres Lebens. Dieses Geschäft hätten wir gern zugunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Wir hätten die Anteile an der **LEG** nicht für einen solchen Schnäppchenpreis veräußert wie die alte Landesregierung. Die HSH Nordbank denkt nunmehr über eine Veräußerung des Wohnungsbestandes oder über einen Börsengang der Wohnungen

der alten LEG nach. Der Wert beträgt 1,5 Milliarden €. Einige von Ihnen werden sich vielleicht noch an die Debatten erinnern, die wir geführt haben. Ich selbst habe gesagt: Ich bin gern bereit, das Paket für diesen Preis aufzukaufen, den die gemeinschaftliche Gruppe damals - -

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Das war gestern. Es nutzt uns nichts, wenn wir uns weiter auf die Fragestellung einlassen, was gestern war. Es zeigt aber, dass wir tatsächlich mit der Veräußerung unseres Vermögens mehr hätten erzielen können. Wir hätten heute geringere Probleme bei der Bewältigung unseres Defizits.

(Beifall bei der FDP)

Diese Beispiele belegen, dass man mit etwas ökonomischem Sachverstand Verluste vermeiden und eigene Einnahmen zur Konsolidierung erreichen kann. Herr Finanzminister, wir würden die HSH-Nordbank-Anteile veräußern; wahrscheinlich - wie Sie auch - nach der Börsenfähigkeit und nach einem Börsengang. Wir würden Ihnen auch raten, das Geschäft, das Flowers mit den Anteilen macht, vielleicht selbst zu machen. Vielleicht denken einige unter ökonomischen Gesichtspunkten nach. Wenn man dies als **Finanzinvestment** begreifen würde, dann könnte man die 800 Millionen €, die dort im Sack liegen, zugunsten der Landeskasse vereinnahmen. Diese gingen dann nicht zugunsten der Investoren von Flowers.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir könnten die Anteile erwerben. Wir müssten nur bereit sein, die Bank 2009 an die **Börse** zu bringen und das Paket dann auch zu veräußern. Der Börsenwert dieses Anteils liegt bei 2 Milliarden €. Das ist die Rendite, die Flowers auch aus dem jetzigen Erwerb erwirtschaften wird. Das könnten wir machen! Der Börsenwert unserer Beteiligung liegt in etwa in der gleichen Größenordnung. Das ist etwas, was wir für die Landeskasse realisieren könnten. Das ist etwas, was wir als Beitrag zur Reduzierung unserer Schulden nehmen könnten, denn es gibt keine sinnvolle Begründung dafür, warum wir an einer Privatbank beteiligt sind, die ihre Geschäfte überwiegend im asiatischen und im amerikanischen Raum tätigt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Finanzminister, ich sage Ihnen im Übrigen voraus, dass unsere amerikanischen Freunde, die jetzt hinzutreten und die gutwillig und nur dem Allgemeinwohl verpflichtet sind, den verbleibenden Anteilseignern sehr schnell zeigen werden, was das

(Wolfgang Kubicki)

deutsche Aktienrecht hergibt. Das müssen Sie mir einfach glauben. Wenn man öffentlich-rechtliche Eigentümer hat, dann kann man sich verständigen. Wenn Sie aber einen privaten Investor dabei haben, dann werden Sie sehen, dass das Aktienrecht jede Überlegung zu Regionalpolitik und zu der Vergabe von Mitteln unter Benefizgesichtspunkten für die Region verhindern wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden übrigens auch den Ministerpräsidenten daran hindern, in einem neuen Staatsvertrag das **staatliche Wettmonopol** der Lottogesellschaften unter Verzicht auf öffentliche Werbung und damit mit geringeren Einnahmen festzuschreiben. Stattdessen würden wir unsere Lottogesellschaft etwas aufpäppeln, um sie alsdann zum Beispiel an eine Gesellschaft wie die Flux.com AG zu veräußern. Wir würden so nicht nur Einmalerlöse erzielen, wie es suggeriert wird, sondern wir würden darüber hinaus über die Steuerzahlungen auch an den künftigen Erträgen der Gesellschaft beteiligt bleiben.

Wir hätten bereits das Landesnaturschutzgesetz reformiert, bürokratische Verwaltungsvorgänge gestrafft und **Bürokratie** abgebaut und nicht nur darüber geredet, wie dies in unsäglicher Weise über mehr als 20 Jahre mit dem Ladenschluss passiert ist, Herr Wirtschaftsminister. Das, was Sie jetzt als Neuerung und als Impuls für die Wirtschaft verkaufen, das fordern wir seit 20 Jahren. Die FDP ist dafür 20 Jahre lang beschimpft worden. Man kann sehen, dass manches sehr lange dauert, aber in der Zwischenzeit ist sehr viel an **Wertschöpfung** an uns vorüber gegangen, die hätte generiert werden können.

Wir hätten die **Amtsgerichtsstrukturreform** nicht so auf den Weg gebracht, deren 50-Jahre-Rendite - so lange musste man rechnen, um überhaupt eine Rendite zu ermitteln - bei 14,8 Millionen € liegen soll. Wir würden keine Verwaltungsregionen einführen, die eine vierte Verwaltungsebene werden. Herr Finanzminister, Sie wissen es auch, Sie haben es in Ihrem Haus schon rechnen lassen. Wie jede Verwaltung werden auch die Apparate der Verwaltungsregionen zusätzlich Geld kosten. Die **Verwaltungsregionen** könnten nur dann eine sinnvolle Alternative zum Status quo sein, wenn sie der Ausgangspunkt für eine Gebietsreform wären, wenn nämlich die Aufgaben der herkömmlichen Kreisverwaltungen auf die Verwaltungsregionen und die Gemeinden aufgeteilt und die bisherigen Kreise aufgelöst würden.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dies vorzuschlagen, dazu ist die Landesregierung zu feige. Bei jeder Gelegenheit - ob es gerade passt oder nicht - betont Innenminister Dr. Stegner, dass die Verwaltungsstrukturreform rein gar nichts mit einer **Gebietsreform** zu tun habe. Wie so häufig blieb es dem Kollegen Hay vorbehalten, in seinem Sommerinterview mit den „Kieler Nachrichten“ darauf hinzuweisen, dass die Verwaltungsregionen eigentlich nur als Vorstufe zu Großkreisen sinnvoll sein können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was er von den Verwaltungsregionen und deren Zuschnitt hält, hat der Finanzminister vor 14 Tagen im heimischen Stormarn kundgetan. Dies ist in den „Lübecker Nachrichten“ vom 31. August nachzulesen:

„Dass man sich wie Stegner beim Zuschnitt der Regionen an Verkehrsachsen wie der A 1 orientiere, habe man im Mittelalter gemacht.“

Ein weiteres Zitat lautet:

„Und auch das ministerielle Maulheldentum des Innenministers, von dem sich die Kommunen nichts kaufen können, wie CDU-Landesvize Torsten Geerds sich unlängst ausdrückte, zeigt, wie überzeugt und professionell die große Koalition auch in dieser Frage zu Werke geht.“

Ich wünsche der Union hier - wie auch in anderen Bereichen - viel Spaß im Kommunalwahlkampf.

Statt Bürokratie abzubauen, baut die große Koalition neue Bürokratien auf. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus wurde zunächst eine relativ kleine neue Behörde eingerichtet; die „Abteilung Schlie“ mit 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, geführt von einem Staatssekretär. Dieser bedankte sich für diese Ämterpatronage mit einer 800 Seiten dicken Rechtfertigungsschrift, in der er hauptsächlich vorschlug, Landesaufgaben auf die Kommunen zu übertragen - wenn es unbedingt nötig ist, auch gegen Bezahlung. Für das Gemeinwesen ist damit finanzpolitisch selbstverständlich nichts gewonnen. Bezahlt werden muss trotzdem. Wahrer **Bürokratieabbau** beginnt mit dem Wegfall von Aufgaben. Was finanziell in der Summe dabei herauskommen muss, hat uns Professor Seitz anschaulich vorgezeichnet. Um den finanziellen Kollaps zu verhindern, muss das Land innerhalb weniger Jahre 10 % seiner Ausgaben streichen und dann entsprechend weniger Menschen beschäftigen.

Diese nachhaltige, von der Regierung begrüßte Aussage des renommierten Finanzwissenschaftlers

(Wolfgang Kubicki)

findet bedauerlicherweise in den Haushaltsplanungen bis zum Jahre 2010 keinen Niederschlag. Die Landesregierung will in den nächsten vier Jahren nicht weniger, sondern mehr ausgeben und die Schulden des Landes um 20 % erhöhen. Sie will wesentlich mehr Geld aus Steuern einnehmen und scheint - wie übrigens auch die große Koalition in Berlin - dem Irrglauben anzuhängen, der Staat habe ein Unterfinanzierungsproblem. Wer angesichts einer Staatsquote von 55 % am Volkseinkommen noch glaubt, mit höheren Steuern und Sozialbeiträgen könnten Probleme gelöst werden, der hat den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme immer noch nicht verstanden. Mit einer Staatsquote am Volkseinkommen von 55 % sind wir dem Sozialismus deutlich näher als der Marktwirtschaft. Es gibt aber immer noch Unbelehrbare, die glauben, man müsse einen Mangel nicht beseitigen, sondern nur sozial gerecht auf alle verteilen.

Wie unsinnig und unökonomisch die meisten politisch motivierten Entscheidungen sind, belegt die Entwicklung des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein** am anschaulichsten. Vor fünf Jahren von Rot-Grün gegen Sinn und Verstand durchgepeitscht, hat es sein Eigenkapital nahezu aufgezehrt und schreibt jährliche Verluste von 20 Millionen €; Mit jährlich steigender Tendenz. Letzte Woche gab es eine vielfarbige Präsentation. Es wurde versprochen, dass der Landtag nur den Vorstellungen der Regierung folgen müsse, dann werde das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in fünf Jahren Gewinn abwerfen. Gleiches hat übrigens der damalige Staatssekretär im Bildungsministerium, Dr. Ralf Stegner, für die Fusion der Universitätsklinik verantwortlich, vor fünf Jahren versprochen. Vor fünf Jahren sagte er im Ausschuss und im Plenum: In fünf Jahren wird das Universitätsklinikum schwarze Zahlen schreiben. Wahrscheinlich hält Herr Dr. Stegner 20 Millionen € Verlust für einen Gewinn. Die einzigen, die übrigens bei der ganzen Operation gewonnen haben, sind die Vorstandsmitglieder des UK S-H, die nach den Aussagen des Landesrechnungshofs im wahrsten Sinne des Wortes für das Ergebnis ihrer Tätigkeit fürstlich belohnt werden.

Wir haben während und unmittelbar nach der Sommerpause vernommen, es kämen jetzt die großen Themen auf den Tisch, zum Beispiel das Schulgesetz, das Hochschulgesetz, die Sanierung der Klinik und das Landesnaturschutzgesetz. Bezeichnend ist, dass bereits im Vorfeld der Streit zwischen den Koalitionspartnern manchmal heftiger ist als zwischen Regierung und Opposition. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass es einem der beiden Partner der großen Koalition an Orientierung fehlt. Das wirkt

sich leider auf das ganze Land aus. Ich darf wiederum zitieren:

„Es fehlt die Richtung in der Nord-CDU und es mangelt an Richtlinienkompetenz in der Landesregierung. Der Ministerpräsident, im Nebenjob noch Parteivorsitzender, lässt den Karren wieder einmal laufen.“

So schrieben die „Lübecker Nachrichten“ am 7. September 2006.

Viele Forschungsergebnisse zeigen, dass unser **Bildungssystem** im internationalen Vergleich zurückfällt. Zu viele Kinder lernen nicht mehr rechtzeitig genug Lesen, Rechnen und Schreiben und leiden dafür den Rest ihres Lebens sowohl in den weiterführenden Schulen und in der Ausbildung sowie im Berufsleben, wenn sie denn überhaupt einen Ausbildungsplatz oder einen Beruf finden. Was plant nun die große Koalition? Kindergärten verteuern, weiterführende Gemeinschaftsschulen einführen und Studiengebühren möglichst vermeiden. Es mag übrigens sein, dass die CDU anderes will, aber sie kann sich offensichtlich nicht durchsetzen. Gemacht wird hier, was die SPD im Herzen trägt. Vom Verstand will ich hierbei nicht reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei ist das alles offensichtlicher Unfug, eine Schulformdebatte, die uns überhaupt nicht weiterhilft. Es steht außer Frage, dass die Bildungsmängel, die vielen Schülerinnen und Schülern das Leben schwer machen, in den ersten zehn Lebensjahren entstehen, in der Lebensphase, in der die Kinder in den Gemeinschaftskindergarten und die Gemeinschaftsgrundschule gehen. Was hier verbockt wird, ist später kaum noch aufzuholen.

Es bleibt deshalb die Frage: Wie sollen die Ursachen von Bildungsmängeln in der Kindergarten- und Grundschulzeit durch **Gemeinschaftsschulen** im weiterführenden Schulwesen beseitigt werden? Angesichts der Tatsache, dass dort wegen der Lehrerknappheit differenzierter Unterricht gar nicht geleistet werden kann - nur dann würde das doch Sinn machen, wenn wir differenzierten Unterricht leisten könnten -, hilft der Ruf nach der Gemeinschaftsschule nicht weiter. Mit Gemeinschaftsschulen werden nur die Bildungsmängel gleichmäßiger verteilt werden.

Gleichzeitig verschlimmert die Landesregierung die Lage an den **Kindergärten**. Denn rechnerisch zieht sich das Land aus ihrer Finanzierung zurück. Letztes Jahr hat sich die Regierung zwar über alle Maßen selbst dafür gelobt, dass sie den Zuschuss an die Kommunen nicht abschafft, sondern ihn nur auf 60 Millionen € jährlich deckelt. Ab diesem Jahr

(Wolfgang Kubicki)

streicht sie aber den kommunalen Finanzausgleich jährlich um das Doppelte zusammen, 120 Millionen €. Zwar ist der Zuschuss für die Kindergärten zweckgebunden, aber wer ernsthaft glaubt, Kollege Wadepful, dass die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs an den Kindergärten spurlos vorübergeht, ist naiv. Herr Geerds hat ja den Koalitionspartner aufgefordert, endlich die Blockadehaltung gegen die Modellversuche aufzuheben, die Kindergartenstandards in zwei Kreisen abzusenken als Kompensation für die Kürzungen im Finanzausgleich.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Pfui Deibel!)

Die Eltern sollen es ausgleichen, zumindest die Eltern, die auch die großkoalitionären Steuer- und Beitragserhöhungen bezahlen müssen, weil sie noch Arbeit haben. Denn bei den anderen zahlt ja der Staat ganz oder teilweise den Elternbeitrag zum Kindergarten.

Zu den Nettozahlern gehören übrigens auch die Beamtinnen und Beamten des Landes, denen die Landesregierung vorher die Gehälter kürzt. Gleichzeitig windet sich die große Koalition davor, von den Studentinnen und Studenten an unseren Universitäten einen marginalen Teil der **Kosten ihrer akademischen Ausbildung** einzufordern. Ich nenne dies schizophren. Vielleicht sollten die Sozialdemokraten darüber noch einmal ernsthaft nachdenken. Es ist zweifelsfrei nachgewiesen, dass die Nutzen einer akademischen Ausbildung finanziell zunächst von den akademisch Ausgebildeten bezogen werden. Denn Studierende verdienen im Mittel mehr als Nichtstudierende.

(Jürgen Weber [SPD]: Deshalb zahlen sie auch mehr Steuern!)

Deshalb ist es verkehrt, Kindergärten zu verteuern, das Studium aber ganz von der Allgemeinheit bezahlen zu lassen. Im Ergebnis können viele ärmere Eltern es sich nicht mehr leisten, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, weil sie das Studium derjenigen mitbezahlen müssen, die hinterher für das geschenkte Studium mit höheren Gehältern belohnt werden.

Um den Bildungssozialismus komplett zu machen, will darüber hinaus Wissenschaftsminister Austermann die Universitäten des Landes mit einem Sojetroat beglücken.

(Lachen und Zurufe)

Ein Rat aus Bildungskommissaren soll ihnen vor die Nase gesetzt werden. Das ist die Autonomie der Hochschulen und Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit der Union im 21. Jahrhundert!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung will in den nächsten vier Jahren 800 Millionen € mehr ausgeben als 2006 und die Schulden des Landes von 22,7 Milliarden auf 27,2 Milliarden € steigern, um satte 20 %. Und gleichzeitig kürzt sie **Beamtinnen und Beamten** die Gehälter.

Letztes Jahr hat die große Koalition deren Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert, also das Gehalt real gekürzt. Dieses Jahr kommt die Gehaltskürzung ohne Arbeitszeitausgleich obendrauf. Gleichzeitig - und das ist das Problem - sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes immer mehr und immer komplexere Aufgaben erfüllen. Das passt nicht zusammen.

Mit der Dezentralisierung des Beamtenrechts im Zuge der **Föderalismusreform** werden längere Arbeitszeiten und höhere Anforderungen bei schlechterem Gehalt eine langsame, aber sichere Abwanderung von Personal bewirken. Gleichzeitig werden Zahl und Qualifikation von Bewerbern zurückgehen. Dies wird die Effizienz der Aufgabenwahrnehmung nicht steigern.

(Claus Ehlers [CDU]: Mach mal einen Gegenvorschlag!)

Zu all dem kommt hinzu, dass der Ministerpräsident den Beamtinnen und Beamten letztes Jahr versprach, dass ihre Gehälter nach der Arbeitszeitverlängerung nicht und für die Polizei nach der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge nicht noch weiter gekürzt würden. So wie die Union in ihrem Wahlprogramm versprach, dass es unter den Kommunen nur freiwillige Zusammenschlüsse geben werde, keine Gemeinschaftsschule und dass mit der Mehrwertsteuererhöhung ganz und gar die Senkung der Lohnnebenkosten finanziert werden solle. - Aber was kümmert die Union ihr Geschwätz von gestern!

Früher galt der Spruch: Wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er den Verstand. - Nach mehr als einem Jahr der Regierungsbeteiligung der Union können wir feststellen - wir haben ja mit den meisten handelnden Personen lange Zeit der Zusammenarbeit im Parlament hinter uns -: Wem Gott gibt ein Amt, dem nimmt er den Verstand.

Die sogenannte **Gesundheitsreform** in Berlin macht uns krank. Wir erhalten höhere Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und nicht geringere. Wir erhalten höhere Bürokratiekosten durch den Gesundheitsfonds und nicht geringere. Und nur, weil kein Koalitionspartner sich zur nächsten Wahl in eine schlechte Ausgangsposition bringen will und deshalb nur der kleinste gemeinsame Nenner herauskommen kann. Mit viel Werbeaufwand werden der Mangel und der inhaltliche Stillstand

(Wolfgang Kubicki)

als Erfolg verkauft. Die Kosten des Versagens werden anderen aufgebürdet.

Ich habe nicht viel mit den Linken in der SPD gemein, aber hier haben sie recht: Diese Gesundheitsreform sollte besser nicht ins Werk gesetzt werden, etwas, was übrigens auch von wesentlichen Teilen der deutschen Wirtschaft getragen wird und neuerdings auch von den Ministerpräsidenten der Union.

Angela Merkel wollte anfangs noch „mehr Freiheit wagen“, jetzt nimmt sie sich die Freiheit, Steuern und Sozialversicherungsbeträge zu erhöhen.

Die Mehrwertsteuererhöhung ist Unsinn. Herr Wirtschaftsminister, Sie sehen das doch genauso. Es wäre ein weiteres Signal für Wachstum und Beschäftigung, wenn sie entweder teilweise zurückgenommen oder verschoben würde. Sie würgt die Konjunktur ab und damit auch sprudelnde Steuereinnahmen, die jeder Aufschwung mit sich bringt. Wir haben bereits jetzt eine Staatsquote von 55 %.

Das Argument, die **Mehrwertsteuer** müsse trotz des Aufschwungs erhöht werden, damit Politik verlässlich bleibe, wie es Franz Müntefering gesagt hat, ist einfältig. Stellen Sie sich vor, Ihr Arzt sagt Ihnen, er müsse Ihnen im nächsten Jahr Ihren Fuß amputieren, wenn sich Ihr Zustand nicht bessere. Dann bessert sich Ihr Zustand und Ihr Arzt sagt Ihnen, er müsse Ihren Fuß trotzdem amputieren, damit seine Aussage verlässlich bleibe. - Das ist die Ratio der Argumentation von Franz Müntefering und Peer Steinbrück ebenso wie von einigen Vertretern von CDU und CSU.

Diese große Koalition sollte sich lieber die Koch/Steinbrück-Liste vornehmen und **Subventionen** streichen. Darin sind noch mehr als genug enthalten, selbst wenn man die Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr weglässt, die ja keine Subvention sind, sondern Staatseinkäufe für einen Teil der gesetzlich festgelegten öffentlichen Daseinsvorsorge.

Herr Innenminister, Ihr Zwischenruf, die FDP stimme immer dagegen, ist bedauerlicherweise wie so häufig falsch. Sie werden feststellen, dass ein wesentlicher Teil der Koch/Steinbrück-Liste von der FDP-Bundestagsfraktion zu den Haushaltsberatungen eingebracht und von der großen Koalition abgelehnt worden ist.

Genauso unsinnig wie die Mehrwertsteuererhöhung ist die geplante **Unternehmensteuerreform**, bei der Zinsen, Mieten und Leasingraten besteuert werden sollen. Das wäre eine lupenreine Sollertrags- und Substanzbesteuerung, denn dann müssten Unternehmen selbst dann Steuern zahlen, wenn sie

Verluste schrieben. Herr Finanzminister, eine solche Steuerreform wird nicht dazu anhalten, dass Unternehmen, die in Deutschland ihre Gewinne versteuern könnten, tatsächlich in Deutschland bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die großen Hoffnungen in die großen Koalitionen in Kiel und Berlin sind mittlerweile verflogen. Mehr als die Hälfte des Publikums wendet sich von der Politik insgesamt ab - die Wahlbeteiligungen geben ein überaus klares Bild. Man traut Politik nichts mehr zu, jedenfalls keine sinnvolle Problemlösung. Man glaubt, viele Politiker seien ein Teil des Problems, sie versagten kläglich an den zu bewältigenden Aufgaben.

Damit komme ich auf die **Finanzpolitik** hier im Land zurück. Für das laufende Jahr will die Landesregierung 737,4 Millionen € investieren. Würde sie dieses Niveau bis 2010 jährlich halten, dann würde sie in diesem Zeitraum nur 3,6 Millionen € weniger investieren als nach dem aktuellen Finanzplan. Mit anderen Worten: Das Land investiert nicht mehr, obwohl die Ausgaben deutlich steigen. Und das versucht uns der Finanzminister als den letzten Ton seines Dreiklangs aus Sparen, Reformieren und Investieren zu verkaufen.

Der jetzige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat, als er noch Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein war, mit beeindruckender Offenheit ausgeführt, dass staatliche Investitionen unmittelbar und mittelbar mit verantwortlich sind für die Höhe der Beschäftigung in einem Land. Er hat in einem Redebeitrag, der beachtlich war, von uns applaudiert, von den Sozialdemokraten mit Schweigen quittiert, erklärt, eine Investitionsquote von unter 10 % jährlich sei nicht mehr tolerabel. Von einem solchen Ziel sind wir weiter entfernt denn je.

Dieser Haushalt mit der dazugehörigen Finanzplanung vermittelt den Eindruck, diese Regierung, diese große Koalition habe bereits aufgegeben, bevor sie richtig gestartet ist.

Ich darf ein das Zitat einer anderen Tageszeitung, möglicherweise einer seriöseren als der von mir genannten „Lübecker Nachrichten“, zum Besten geben:

„Tatsächlich reihen sich in der Staatskanzlei handwerkliche Fehler aneinander. Und tatsächlich ist nach über einem Jahr großer Koalition augenfällig, dass sie wenig lenkt und so gut wie keine Akzente im Regierungshandeln setzt.“

- So die „Kieler Nachrichten“ vom 19. August dieses Jahres.

(Wolfgang Kubicki)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in den anstehenden Haushaltsberatungen zeigen, dass es auch anders möglich ist, dass man Verwaltung effizient strukturieren kann, wenn man sich auf die notwendigen Aufgaben beschränkt - von der Abteilung Schlie haben wir Vorschläge dieser Art nach über einem Jahr Tätigkeit bisher nicht erhalten -, dass man die Menschen nicht belügen muss, sondern für gute Arbeit auch gutes Geld bezahlen kann, dass man Vermögen sehr ertragreich veräußert und nicht verschleudern muss. Dass man die Kinder und Jugendlichen unseres Landes auf den globalen Wettbewerb vorbereitet und nicht für die Arbeitslosigkeit, dass man Forschung und Lehre wieder die Freiheit zurückgibt, aus der heraus allein Kreativität und Fortschritt entspringen, dass man die Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler wieder mehr Geld verdienen lässt, statt ihnen immer mehr vom geringeren Verdienst abzunehmen, und dass man sich auf politische Aussagen wieder verlassen kann und Wahlversprechen nicht Mittel zum Zweck, sondern Anleitung für politisches Handeln in Verantwortung sind.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich weise darauf hin, dass der Zwischenruf „Pfui Deibel“ sicher kein angemessener parlamentarischer Ausdruck ist.

Ich erteile nunmehr dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede des Herrn Oppositionsführers hat nicht wirklich überrascht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht?)

- Nein. Herr Kubicki, ich habe vorher eine Umfrage gemacht. Denn ich musste mich selber einstellen: Wie soll ich Ihnen antworten? Das ist immer eine große Aufgabe. Ich habe im Landeshaus bei Journalisten, Politikern und Beobachtern dieses Hauses eine Umfrage gemacht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei mir waren Sie nicht! - Heiterkeit)

- Ich bitte mir diese spezielle Form der persönlichen Vernachlässigung nachzusehen, Frau Heinold. Nehmen Sie es nicht persönlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bei mir war er auch nicht!)

Ich habe herumgefragt: Was wird Kubicki zum Haushalt sagen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wen haben Sie denn gefragt?)

- Ich habe knapp 50 Leute befragt. Einer hat gesagt: Wieso Kubicki? Lütkes ist doch Oppositionsführerin. Insofern: Der Bekanntheitsgrad kann noch erhöht werden, Herr Kollege. Alle anderen haben gesagt: HSH Nordbank. Sie haben uns nicht enttäuscht, Herr Kubicki. Ich habe ein neues Betätigungsfeld. Ich kann jetzt Meinungsumfragen machen. Das war genau das Ergebnis meiner Meinungsumfrage. Sie haben das voll bestätigt. Sie haben genau dieselben Vorschläge gebracht, die wir in den letzten Jahren gehört haben. Es gibt heute eine Neuerung: Der Kollege Hentschel hat an dieser Stelle applaudiert.

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Das scheint auf einen Meinungswandel bei den Grünen hinzudeuten. Das wird er uns wahrscheinlich noch weiter erläutern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen ollen Kamellen können Sie den Haushalt in Schleswig-Holstein wirklich nicht renovieren. Das wird nicht gelingen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Noch ein Satz zu den Wahlprogrammen. Lassen Sie uns in Parteikategorien hineingehen. Sie haben ein paar Bemerkungen zur Parteienlandschaft gemacht. Das will ich nicht vertiefen, auch nicht die Anklänge an den Staatssozialismus. Denn danach wären Sie Erster Sekretär des ZK der FDP, jedenfalls wenn man einigen Äußerungen aus der FDP Glauben schenken darf, was Ihren Führungsstil angeht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren Zitate aus der CDU! Soll ich Ihnen sagen, wer das gesagt hat?)

- Herr Kollege Kubicki, Wahlprogramme werden in der Tat vor den Wahlen formuliert. Sie haben selber über Frust und Nichtteilnahme von Wählern an der Kommunalwahl in Niedersachsen gesprochen. Es ist ein Problem, Wählern hinterher zu erklären, wenn man Kompromisse gemacht hat. Aber so ist das nun einmal. Wir haben immerhin das Vergnügen gehabt - bedauerlicherweise nicht mit Ihnen -, einen Koalitionsvertrag schließen zu können.

(Dr. Johann Wadephul)

(Holger Astrup [SPD]: Das nehmen Sie zurück!)

- Das nehme ich nicht zurück, Holger. Das bleibt bestehen.

So ist das nun einmal in der Politik, dass man mit Wahlaussagen in eine Wahl hineingeht, für die man reinrassig steht, und dass man dann, wenn man die absolute Mehrheit nicht erreicht, Kompromisse schließen muss. Das ist so. Es ist schmerzhaft, wenn man auf eigene Positionen verzichtet. Nur, Herr Kollege Kubicki: Wenn wir uns fünf Jahre lang gegenseitig unsere Wahlprogramme vorhalten, dann kommen wir in diesem Land nicht weiter. Dann werden wir den Wählerfrust eher verstärken. Deshalb messen Sie uns am Koalitionsvertrag. Das ist das Programm. Messen Sie uns an der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In einem Jahr machen wir das!)

Lassen Sie sich bitte neue Dinge einfallen, als immer wieder HSH Nordbank oder das Wahlprogramm der Union. Das war gut, aber es kann leider nicht der alleinige Maßstab der großen Koalition sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte Sie mit dem konfrontieren, was Sie im vergangenen Jahr gesagt haben. Sie haben den Wirtschaftsminister des Landes in den Mittelpunkt Ihrer Rede gerückt, der damals gesagt hatte: Schleswig-Holstein strebt das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer an. Das ist im ersten Jahr noch nicht ganz gelungen. Aber der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen und die „Kieler Nachrichten“ haben am 25. August geschrieben: Besonders Norddeutschland steht auf der Sonnenseite. Es war die Vorstellung der aktuellen Regionalstudie der HSH Nordbank.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ist immer wieder gesagt worden, wenn die Lage schlecht war: Das hat die Regierung gemacht. Dann gilt, bitte schön, auch der Umkehrschluss. Natürlich liegt es an der Konjunktur. Aber es liegt an der guten und richtigen Arbeitsmarktpolitik von Uwe Döring; an der guten Wirtschaftspolitik von Dietrich Austermann und an der Arbeit dieser großen Koalition, dass wir eine dermaßen gute wirtschaftliche Lage in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben eine spürbare Verbesserung der **wirtschaftlichen Stimmung**. Die Unternehmen sind wieder bereit, mehr zu investieren. Der private

Konsum erholt sich. Der Geschäftsklimaindex bestätigt diese Entwicklung. Ende 2004 war das Geschäftsklima in Schleswig-Holstein mit knapp über 90 Punkten schlechter als in der Bundesrepublik. Mit dem Amtsantritt von Peter Harry Carstensen begann eine Aufholjagd, die ihresgleichen sucht. Binnen eines Jahres haben sich die wirtschaftliche Stimmung und das Geschäftsklima deutlich verbessert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das Klima schon!)

Der Geschäftsklimaindex stieg auf über 120 Punkte und liegt damit weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich Schleswig-Holstein im Bundesvergleich nicht nur durch ein gutes Geschäftsklima, sondern auch durch hervorragende wirtschaftliche Daten auszeichnet. Stieg 2005 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Durchschnitt um 0,9 %, konnte Schleswig-Holstein dagegen einen Anstieg um 1,5 % verzeichnen. Das setzte sich im ersten Halbjahr 2006 fort. Das durchschnittliche Wachstum in Schleswig-Holstein betrug 2,25 %, in Gesamtdeutschland 2,0 %.

Dass unser eingeschlagener Kurs richtig ist, bestätigen auch die aktuellen **Arbeitsmarktdaten**. Gegenüber August 2005 konnte die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein um 12,1 % reduziert werden, um 8,9 % auf Bundesebene. 18.800 mehr Menschen aus Schleswig-Holstein haben wieder Arbeit, können wieder einem geregelten Tagesablauf nachgehen und zahlen Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung.

Nicht nur bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist Schleswig-Holstein Spitze, nein - und das ist viel wichtiger -, es sind auch neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden. Ihre Zahl stieg um 7.800 für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das ist bundesweiter Spitzenplatz bei den Flächenländern.

Diese guten Daten müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir sind stolz darauf. Ich kann alle nur aufrufen, sie nach draußen zu tragen. Aber wir müssen auch wissen, dass wir eine Menge Arbeit vor uns haben. Wir wissen: Das Haus Schleswig-Holstein muss grundlegend renoviert werden, um mittel- und langfristig den Erfolg zu stützen. Dazu benötigen wir erstens einen konsequenten Schuldenabbau, zweitens einen radikalen Bürokratieabbau, drittens leistungsfähige Schulen und Hochschulen und vier-

(Dr. Johann Wadehul)

tens Deregulierung und Ausbau der Infrastruktur für die Wirtschaft. Was heißt das konkret?

Erstens. Der konsequente **Schuldenabbau**. Unser Ziel bleibt die Halbierung der Nettoneuverschuldung. Ich habe mit Aufmerksamkeit Vorschläge des SSW auf dem Parteitag am vergangenen Wochenende zur Kenntnis genommen, Frau Kollegin Spoo-rendonk. Das ist für uns ein Mindestziel. Selbst wenn es so ist, dass wir - wohl zum Glück; der Finanzminister hat es angedeutet - mehr Steuern einnehmen werden, als angenommen worden war, ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, diese Mehreinnahmen in die Absenkung der Schulden zu packen. Die dürfen wir nicht gleich wieder ausgeben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Was für ein Kraftakt bei einer Schuldenlast von gut 22 Milliarden € und einer Neuverschuldung von 1,5 Milliarden € in diesem Jahr! Im Doppelhaushalt 2007/2008 wird die Senkung der **Nettokreditaufnahme** verstetigt und die Steigerung der **Nettoaussgaben** begrenzt. Die Nettokreditaufnahme sinkt im Jahre 2007 um 250 Millionen € auf 1,31 Milliarden € und im Jahre 2008 um weitere 86 Millionen € auf 1,225 Milliarden €.

Weiterhin - das bereitet uns größtes Kopfzerbrechen - wird die Grenze der **verfassungsgemäßen Kreditaufnahme** in beiden Jahren deutlich überschritten. Ich habe gestern eine öffentliche Veranstaltung mitgemacht, wo mir ein Familienvater gesagt hat - einige Kollegen waren dabei -: Wie soll ich eigentlich meinen Kindern vermitteln, dass sie Gesetze einzuhalten haben, wenn der Landtag schon jetzt sicher ist, dass er in den nächsten Jahren nicht verfassungsgemäße Haushalte verabschiedet? Diese Mahnung müssen wir ernst nehmen und jeden Euro in die Senkung der Schulden investieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Maßnahmen beruhen im Wesentlichen erstens auf den Kürzungen in den Einzelplänen der Ministerien gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung um insgesamt 160 Millionen €, zweitens auf der Senkung der Personalausgaben ab 2007 um jährlich 100 Millionen € und drittens auf der Reduzierung der Zuweisungen an die Kommunen bei gleichzeitiger Kompensation ab dem Jahre 2007 in Höhe von 120 Millionen € jährlich.

Diese Eckpunkte werden wir einhalten. Die Opposition rufe ich auf, sie nicht infrage zu stellen, sondern eher weitergehende Vorschläge zu machen. Herr Kollege Kubicki, an der Stelle haben wir von Ihnen heute gar nichts gehört.

(Beifall bei CDU und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben doch erst die erste Lesung!)

Die Kraftanstrengungen sind enorm. Die Entlastung der **Kommunen** durch die Kompensation ist noch nicht erreicht und bleibt eine Aufgabe, die wir bei weiteren Gesetzgebungsvorhaben im Blick haben.

Ich möchte aber auch das unterstreichen, was der Herr Finanzminister gesagt hat und was manch ein kommunaler Spitzenvertreter nicht wahrhaben will, was aber alle Finanzexperten eindeutig bestätigen: Lassen wir einmal das Jahr 2006 völlig außer Betracht, in dem nicht nur das Land und der Bund, sondern auch die Kommunen erheblich mehr Steuereinnahmen, auch eigene Steuereinnahmen, haben. Selbst wenn wir überhaupt nicht kompensierten, hätten alle Kommunen in den nächsten beiden Jahren mehr in der Kasse als zuvor. Das sind 140 Millionen € in beiden Jahren. Das müssen die Kommunen auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Hier stehen sie auch in der Verantwortung. Denn die Konsolidierung des Landeshaushalts ist nicht die Einzelaufgabe einiger weniger, sondern es sind unsere gemeinsamen Schulden, wir haben gemeinsame Verantwortung dafür, und auch die kommunale Ebene - etwa 1 Milliarde € zahlen wir an die kommunale Ebene - wird daran mittragen müssen.

Die persönlichen Opfer und Zumutungen, insbesondere für unsere **Beamenschaft**, sind hoch. Ihre Proteste und Demonstrationen, die wir wohl heute vor dem Landeshaus erleben werden, sind aus der persönlichen Betroffenheit nachvollziehbar und legitim.

Ich füge hinzu: Die Ungleichbehandlung, die die Beamten gerade gegenüber den Angestellten beklagen, sind in der Tat inakzeptabel. Wir müssen in Zukunft zu neuen Tarifabschlüssen kommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aber wir müssen an dieser Stelle auch am Ball bleiben. Das Kernproblem besteht nicht darin, dass der einzelne Beamte zu viel verdient, sondern das Kernproblem des Landes besteht darin, dass wir zu viele Beamte haben. Insoweit müssen wir vorankommen.

Ich bin sehr dankbar, dass sich die Landesregierung und der Herr Finanzminister bei der Streichung von Sonderzuwendungen für eine Sonderkomponente eingesetzt haben, um Härten auszugleichen. In den Besoldungsgruppen A 2 bis A 10 gibt es eine Sonderzahlung von 660 €, und allen Beamtinnen und

(Dr. Johann Wadephul)

Beamten wird künftig ein Kinderweihnachtsgeld in Höhe von 400 € pro Kind gezahlt.

Meine herzliche Bitte an die Gewerkschaft ist - mehr kann ich dazu nicht sagen -, diese Zahlen nicht zu verschweigen. In den Nachrichten und Zeitungen und gerade auch bei der Großdemonstration in der Kieler Ostseehalle, bei der der Innenminister anwesend war, sind Beispiele genannt worden. Bei solchen Veranstaltungen geht dann ein Beamter der Gehaltsgruppe A 7 nach vorn und sagt: Ich habe fünf Kinder. Man muss ehrlicherwise dazu sagen: Nach dem sozialen Staffelpkonzept, das die Landesregierung vorgelegt hat, wird diese Person nicht weniger, sondern vielleicht sogar mehr in der Tasche haben. Insofern ist das familiengerecht und sozial ausgewogen. Die Gewerkschaften sollten bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass wir uns darum bemühen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ein Artikel über die Vereidigung der Polizeibeamten durch den Herrn Innenminister begann mit einem bemerkenswerten Satz, der auch zur Kenntnis genommen werden sollte. In den „Lübecker Nachrichten“ hieß es: Innenminister Stegner sagte 105 jungen Menschen einen Arbeitsplatz zu. Dass wir dies im öffentlichen Dienst garantieren, muss bitte auch erkannt werden.

Bei der Landespolizei haben sich 2.804 Bewerberinnen und Bewerber gemeldet, aber nur 105 konnten eingestellt werden. Liebe Polizeigewerkschaften, so unattraktiv scheint die Landespolizei Schleswig-Holstein nach wie vor nicht zu sein.

(Lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Einige Einzelprojekte, die zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen können und sollen, sorgen natürlich für Diskussionen, auch für Diskussionen in der Koalition. Dazu gehört der Landeswald. Allerdings gibt es dazu auch manche Falschinformationen. Der **Landeswald** wird zum Teil politisch instrumentalisiert und das Thema Landeswald ist emotional deutlich aufgeladen. Ich rate zur Versachlichung.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Kabinett in Gänze einen Prüfauftrag herausgegeben hat. Deswegen sage ich meiner Koalitionsfraktion SPD in aller Freundschaft: Wenn ich das richtig zur Kenntnis genommen habe, so haben auch die SPD-Minister diesem Prüfauftrag zugestimmt. Daher sollte er nicht einseitig wieder infrage gestellt werden. Ansonsten sollte man einen solchen Prüfauftrag gar nicht erst erteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich kann wohl davon ausgehen, dass diese Entscheidung mit der Fraktion abgestimmt war.

(Frank Sauter [CDU]: Mit Sicherheit!)

Für die CDU-Fraktion gilt: Wir warten das Ergebnis ab, und wir legen genauso wie alle anderen großen Wert darauf, dass dies ein umfassender Prüfauftrag ist, bei dem die Privatisierung geprüft wird, bei dem aber auch andere Handlungsoptionen, bei denen es beim Landeseigentum bleibt, genauso gleichwertig geprüft werden. Wir warten das Ergebnis ab und entscheiden dann. Deswegen wird es von meiner Fraktion in dieser Frage eine Vorfestlegung weder in die eine noch in die andere Richtung geben.

(Beifall bei der CDU)

Der Privatisierungspartei FDP, rufe ich an der Stelle entgegen: Wir wüssten schon gern, wie es denn sein soll. Herr Kollege Kubicki, Sie haben uns heute wieder einmal Orientierungslosigkeit vorgeworfen. - Privatisierung HSH Nordbank: Ja.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die ist bereits privatisiert!)

- Verkauft. - Privatisierung UK S-H: Jein. - Landeswald: Nein. Wie, bitte sehr, sollen wir es denn halten? Wenn der Volkswirt Kubicki

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jurist!)

hier vorn spricht und grundlegende Ausführungen zum Verhältnis von Staat und Privaten macht, dann klingt das immer sehr gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was hat der Landeswald mit der HSH Nordbank zu tun?)

Wenn der Volkswirt Garg spricht, klingt das auch sehr gut. Man erkennt eine klare Orientierung am Grundsatzprogramm der FDP und auch an vielen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern. Nur, wenn dann die Stunde der Wahrheit kommt und Frau Happach-Kasan oder der Kollege Hildebrand sich einschalten, dann ist das alles nicht mehr wahr.

Man muss schon Linie halten, liebe FDP, und nicht einmal „hü!“ und ein anderes Mal „hott!“ schreien. Wir wollen von der FDP klar wissen, was sie will.

(Beifall bei CDU und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir können die HSH Nordbank gern aufforsten!)

Radikaler **Bürokratieabbau**. Der Kollege Kubicki hat ihn zu Recht angesprochen. Er ist ein wichtiger Baustein für die Haushaltskonsolidierung und für den Abbau der Aufgaben. Im Landwirtschafts- und Umweltministerium - ein herzlicher Dank an den Kollegen von Boetticher - wird diese Aufgabe von

(Dr. Johann Wadephul)

Anfang an wahrgenommen. Das Haus wurde neu organisiert, die Anzahl der Abteilungen um ein Drittel auf sechs reduziert und die Referate auf 44 vermindert.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Für unsere schleswig-holsteinische Landwirtschaft sind seit der Landtagswahl sichtbare und spürbare Veränderungen eingetreten. Eine Fülle von Verordnungen und Erlassen ist abgeschafft und damit Geschichte.

(Claus Ehlers [CDU]: Weiter so!)

Ein weiterer wichtiger Schritt wird die Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes sein. Auch insoweit wird es sicherlich zu umfangreichen Entbürokratisierungen kommen.

Aber ich sage dazu: Die Maßnahmen zur Entbürokratisierung betreffen alle Ministerien und die gesamte Verwaltung. Ich gebe zu, wir haben gehofft und erwartet, dass wir an dieser Stelle schneller vorankommen. Verwaltung besitzt vielleicht eine institutionelle Resistenz gegen Selbstverkleinerung, einen reflexartigen Selbsterhaltungstrieb. Aber erste Pflöcke sind eingeschlagen. Die CDU-Fraktion wird weiterhin auf Ergebnissen beharren. Sie wird - das sage ich ganz klar dazu, Herr Kollege Kubicki - die Arbeit von Staatssekretär Schlie voll inhaltlich unterstützen. Und ich betone: Diese Aufgabe ist eine Aufgabe der gesamten Landesregierung und der gesamten großen Koalition. Hier kann man sich nicht damit herausreden, dass dies die Aufgabe eines Einzelnen sei. In diesem Sinne werden wir die Aufgabe begleiten.

(Beifall des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

Eines der wichtigsten Vorhaben dieser Landesregierung ist die Verwaltungsstrukturreform. Die Reformbedürftigkeit der **Verwaltungsstrukturen** auf Landes- und auf kommunaler Ebene wurde immer wieder durch verschiedenste Untersuchungen belegt, insbesondere, Herr Präsident, durch eine durchgreifende Untersuchung des Landesrechnungshofes zum kreisangehörigen Bereich. Dies ist Grundlage für die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen im Koalitionsvertrag gewesen. Im kreisangehörigen Bereich gehen wir mit Siebenmeilenstiefeln voran. Ich bin ganz sicher, dass es überhaupt nicht notwendig sein wird, dass das Land in dieser oder jener Form eingreift. In der Freiwilligkeitsphase werden die Kommunen dies vielmehr allein schaffen.

Was die Bildung der **Kommunalen Verwaltungsregionen** angeht, gibt es hierzu eine Menge an Protest und eine Menge an Kritik. Dennoch ist Ziel unserer Überlegungen, das, was Umsetzung ist, was Ausführung von Landesaufgabe ist und was nichts mit politischer Kontrolle zu tun hat, zu kommunalisieren, auf eine kommunale Ebene zu verlagern. Mit uns wird es an dieser Stelle keine neue Verwaltungsebene geben. Das ist eine klare Zusage.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dritter Punkt: Leistungsfähige **Schulen und Hochschulen** sind notwendig. Ich brauche an dieser Stelle nicht erneut darauf hinzuweisen, dass Bildung unser wichtigster Rohstoff und der Schlüssel für den Erfolg in einer globalisierten Welt ist. Nur gute Ausbildung unserer Kinder und Spitzenergebnisse bei Forschung und Lehre werden den Wohlstand sichern.

Die CDU möchte, dass wir im Land die ideologischen Kämpfe der Vergangenheit beenden und zu einem Schulfrieden gelangen. Ich räume ein, dass ich im Freundes-, Bekannten-, Verwandtenkreis, auch bei Elternkonferenzen, an denen ich teilnehme, wenn sie meine Kinder betreffen, immer öfter gefragt werde: Worum streitet ihr euch eigentlich dort im Landtag? Bringt die Auseinandersetzung, die ihr dort führt, eigentlich für mein Kind konkret etwas?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nee!)

Deswegen sage ich: Wir müssen uns mehr mit den Inhalten und weniger mit den Organisationsformen von Schule beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat sich in den vergangenen Tagen und Wochen gewaltig bewegt. Ich bin zuversichtlich, dass wir dem im neuen Schulgesetz Rechnung tragen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen in Bildung investieren. Durch neue Lehrerstellen und die Verlängerung der Lehrerbearbeitungszeit stellen im Jahr 2007 rechnerisch 477 zusätzliche Stellen und im Jahr 2008 sogar 399 zur Verfügung. Der eingeführte Vertretungsfonds zur Vermeidung von Unterrichtsausfall wird weiterhin jährlich mit 12,1 Millionen € finanziert. Die Förderung von Betreuungsangeboten an Grund- und Förderschulen wird ab 2007 auf 2,5 Millionen € jährlich erhöht. Die Förderung von Ganztagsangeboten wird im Jahr 2007 auf 2,8 Millionen € und in 2008 auf 3 Millionen € gesteigert.

(Dr. Johann Wadehul)

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Rheinland-Pfalz ist jetzt schon bei 16!)

- Herr Kollege Klug, ich warte auf Ihre konkreten Haushaltsanträge.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir gehen jetzt in die Ausschussberatungen!)

Denen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Ich sage Ihnen aber: Das, was die Koalition hier leistet, um Menschen mehr zu ermutigen, sich wieder für Kinder zu entscheiden, und um einen praktischen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten, kann sich im bundesweiten Vergleich mehr als sehen lassen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das bestimmt nicht!)

Für die vorschulische Sprachförderung, die ausgesprochen positive Auswirkungen hat, sind in jedem Haushaltsjahr 6 Millionen € eingeplant. Wir danken ausdrücklich unserer Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave, dass sie diese Maßnahmen so engagiert vorantreibt. Vor dem Hintergrund all der Presseartikel, die wir in diesen Tagen lesen, sage ich: Wir sind uns in vielen Fragen der Bildungspolitik sehr viel einiger, als manche Überschrift das nahelegt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh! Gott sei Dank!)

Ich bin mir sicher, dass wir für die Kinder, dass wir für die Eltern in diesem Land sehr viel erreichen werden. Zu Beginn des neuen Jahres werden wir ein gutes **Schulgesetz** auf den Weg bringen und Schleswig-Holstein an die Spitze der Bildungspolitik in Deutschland bringen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Hochschule und Wissenschaft wurden von Kürzungen ausgenommen. Das neue **Hochschulgesetz** wird dabei helfen, die Universitäten im Land wettbewerbsfähig zu gestalten.

Wir haben in der Koalition noch eine Auseinandersetzung über **Studiengebühren**. Die CDU hält diese für unverzichtbar. Differenzierte Finanzierungsmodelle werden dabei helfen, dass auch für sozial Schwächere ein Studium finanzierbar bleibt. Damit erreichen wir ein Stück Normalität, die wir in anderen Bereichen längst haben. Warum sind denn die Meisterkurse und die Meisterprüfungen gebührenpflichtig, aber die Chefarztausbildung ist kostenlos? Nein, meine Damen und Herren, diese Besserstellung von Akademikern gegenüber allen anderen Berufsgruppen darf es dauerhaft nicht geben. Deswegen setzt sich die CDU dafür ein, dass wir zu Studiengebühren in Schleswig-Holstein kommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Umstrukturierungspläne aufgrund der katastrophalen finanziellen Lage und des Investitionsstaus der **Universitätskliniken** in Schleswig-Holstein werden den Landtag in den nächsten Monaten intensiv beschäftigen. Es besteht ein großer Konsens, dass Veränderungen dringend erforderlich sind. Wir werden die Möglichkeiten prüfen und zügig neue Wege einschlagen. Unser Ziel muss es dabei sein, medizinische Spitzenergebnisse weiter auszubauen, um Schleswig-Holsteins Stellung in der Medizintechnik und in der Gesundheitswirtschaft weiter zu stärken.

Nicht zuletzt die Rahmenbedingungen und damit als vierter Punkt: Deregulierungen und Ausbau der **Infrastruktur** für die **Wirtschaft**. Das, was hier durch Wirtschaftsminister Dietrich Austermann auf den Weg gebracht wurde, ist ein großer Schritt nach vorn. Wir wollen jetzt alle Möglichkeiten nutzen, die uns die **Föderalismusreform** einräumt, etwa bei den Ladenöffnungszeiten. Wir werden uns für eine völlige Freigabe der Öffnungszeiten innerhalb der Woche einsetzen. Ich persönlich sage dazu auch: Ich bin für einen strikten Schutz des Sonntages, nicht nur aus religiösen Gründen, sondern auch aus Gründen des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei CDU und SPD)

Im Übrigen macht dieses Beispiel Ladenöffnungszeiten deutlich: Die beschlossene Föderalismusreform bietet den Ländern auch neue Gestaltungsmöglichkeiten und ist nicht nur ein von einigen heraufbeschworenes Schreckgespenst. Wir wollen diese Möglichkeiten für Schleswig-Holstein nutzen.

Natürlich bleibt als zentrale Aufgabe, die **Verkehrsinfrastruktur** zu verbessern. Straßenverkehrsinfrastruktur, die A 20, die **Fehmarnbelt-Querung**. Dazu an dieser Stelle ein klarer Satz, weil es in der Tat irritierende Äußerungen von verschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung, auch der Bundeskanzlerin selbst, gegeben hat. Dieser europäische Brückenschlag muss geschaffen werden. Das ist nicht nur unser Wunsch, das ist auch der Wunsch Dänemarks und Schwedens. Die Wirtschaft ist an Bord, jetzt ist der Bund gefordert. Deswegen fordere ich die gesamte Bundesregierung auf, dieses Projekt nachdrücklich und tatkräftig zu unterstützen. Wir werden nicht zusehen, wenn Mecklenburg-Vorpommern oder Ostdeutschland in irgendeiner Form bevorzugt werden sollte. Schleswig-Holstein braucht die Unterstützung des Bundes. Wir unterstützen die Landesregierung, diese auch in Berlin einzufordern.

(Dr. Johann Wadehul)

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Fragen der **inneren Sicherheit**, nicht zuletzt seit dem 11. September 2001, haben auch Schleswig-Holstein verändert. Nicht nur, dass einer der Attentäter von damals in Hamburg lebte, vor wenigen Tagen ist im Kieler Hauptbahnhof ein junger Libanese festgenommen worden, der hier in Kiel unter uns gelebt hat und der einen ähnlichen furchtbaren Terroranschlag verüben wollte. Deswegen muss Politik reagieren. Dazu gehören neue gesetzliche Instrumentarien.

Bemerkenswerterweise haben Videoaufnahmen dazu geführt, dass dieser Täter ergriffen werden konnte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eben nicht!)

Damit ist die Terrorgefahr nicht gebannt. Sie ist latent vorhanden. Sie bleibt ein Ziel unserer Innenpolitik. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang das Übereinkommen der Innenminister der Länder zur Einrichtung einer zweiteiligen **Anti-Terror-Datei** und danken unserem Innenminister Ralf Stegner, dass er diese pragmatische Lösung mitgetragen hat.

Wir sind dankbar dafür, dass wir in unserer Auffassung bestätigt sind, dass **Videoüberwachung** an neuralgischen Punkten wichtig ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere mich an dieser Stelle sehr gern an manche vergangene Debatte des vergangenen Landtages, in denen ich in meiner Fraktion als innenpolitischer Sprecher für Videoüberwachung eingetreten bin und von vielen Seiten des Hauses dafür gescholten wurde. Wenn man auf diese Art und Weise im Nachhinein recht bekommt, tut das schon gut. Aber ich sage auch dazu - dem trägt unser Gesetzentwurf voll und ganz Rechnung, Herr Innenminister -: bei rechtsstaatlichem Einsatz und nur dort, wo es Gefährdungspunkte gibt oder wo es Kriminalitätsschwerpunkte gibt! Dort wollen wir Videoüberwachung machen, nicht flächendeckend.

Warum sage ich das? - Weil in meinem Wahlkreis, in unserem Wahlkreis, Herr Kollege Neugebauer,

(Günter Neugebauer [SPD]: Mein Wahlkreis!
- Heiterkeit)

in Rendsburg - - Lassen wir mein, dein einmal sein. Ich nehme Sie beim Wort und bitte Sie nachher, sich um ein Thema zu kümmern.

Der sozialdemokratische Bürgermeister Andreas Breitner, an dessen Karriere Sie nicht ganz unbeteiligt sind,

(Günter Neugebauer [SPD]: Kann sein!)

hat in dieser Woche in der Zeitung gesagt, dass er davon ausgehe, dass das Polizeigesetz weiter verschärft werde und dass er den Schlossplatz ganztägig und nächtens werde videoüberwachen lassen könne.

Weil der Mann auch für ein Führungsamt in der sozialdemokratischen Partei im Gespräch ist und ich nicht ganz ausschließen kann, dass es hier möglicherweise Absprachen mit seinem künftigen Chef und jetzigen Innenminister gibt, sage ich meinem Koalitionspartner ganz klar: Eine derartige Videoüberwachung wird es mit der CDU nicht geben.

(Heiterkeit bei CDU, SPD und FDP - Beifall bei SPD und FDP)

Das geht nur mit klaren rechtsstaatlichen Grundsätzen. Flächendeckend und den ganzen Tag geht nicht!

Der Schlosspark in Rendsburg, den Sie, Kollege Neugebauer, wahrscheinlich besser kennen als ich, weil Sie dort öfter einmal auf einer Parkbank verweilen

(Heiterkeit - Beifall bei CDU, SPD und FDP)

und das Geschehen beobachten - ich bin gut informiert; das merken Sie -, ist nun wirklich weder ein Gefährdungspunkt noch ein Kriminalitätsschwerpunkt. Deswegen werden wir Herrn Breitner an der Stelle enttäuschen müssen. Das wird nicht laufen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Herr Kollege Astrup, ich halte Herrn Neugebauer nicht für eine wirkliche Gefährdung der inneren Sicherheit in Rendsburg.

(Heiterkeit)

Wenn es aus Ihrer Fraktion dazu weitere Erkenntnisse gibt, dann bitte ich um interne Hinweise.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Doppelhaushalt 2007/2008 zeigt den Handlungswillen und die Durchsetzungskraft dieser Koalition. Manch einer hat uns unterschätzt. Der Haushalt ist in seinem Zahlenwerk nicht beschönigend, sondern realistisch. Es ist ein besonderer Verdienst des Finanzministers Rainer Wiegand, dass er diesen ehrlichen und klaren Blick ermöglicht hat. Ihm persönlich möchte ich sehr herzlich für seine überzeugende Arbeit im Amt des Finanzministers danken.

Ich möchte dem Haus zusagen, dass wir das Zahlenwerk kritisch beraten werden, dass wir jeden Vorschlag der Opposition, der dazu führt, dass wir noch zu weitergehenden Einsparungen kommen werden, aufnehmen werden.

(Dr. Johann Wadephul)

Ich will Ihnen eines aber auch ganz klar sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Im Interesse der Kinder und der nachwachsenden Generationen sind wir aufgefordert, hier Hand anzulegen. Kollege Kubicki hat Recht: Noch wird nicht genug gespart. Alle sind aufgefordert, daran mitzuwirken. Die große Koalition ist fest entschlossen, diesen Haushalt zu einem Erfolg werden zu lassen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich Polizistinnen und Polizisten der Polizeischule Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der SPD erteile ich deren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Lothar Hay, das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe hohen Respekt vor dem Amt des Oppositionsführers und deshalb mit großer Aufmerksamkeit den fast 30 Minuten Ihrer Rede, Herr Kubicki, gelauscht. Ich habe fast 30 Minuten gehört, was Sie nicht machen wollen und was Sie nicht mittragen können. Und dann habe ich nur wenige Sekunden vernommen, was Sie wirklich wollen, und da traf ich einen alten Bekannten: Früher hieß er Landesbank, heute heißt er HSH Nordbank. Wir kennen uns seit 1992.

Insofern kann ich mich sehr schnell meinen eigenen Ausführungen zuwenden und ich bin gespannt auf das, was Frau Spoorendonk nachher sagen wird. Herr Hentschel, ich glaube, ich weiß ziemlich genau, wie Ihre Ausführungen vorgetragen werden - hoffentlich nicht so lautstark.

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung zu dem, was Wolfgang Kubicki gesagt hat. Diesbezüglich kann er bei uns nicht nur offene Ohren, sondern auch etwas mehr erwarten und das ist das Thema **HSH Nordbank**. Allerdings liegt die Entscheidung über ein Vorkaufsrecht und die Ausübung nicht hier im Landtag. Das muss vielmehr jemand anderes eingehend prüfen. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass eine Entscheidung getroffen wird, die mehr die Interessen des Landes Schleswig-Holstein als die irgendwelcher internationalen Fonds berücksichtigt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs für 2007 und 2008 hat die große Koalition eine weitere Etappe in Richtung 2010 in Angriff genommen.

Mit diesem Haushaltsentwurf muten wir den Lehrerinnen und Lehrern, den Polizisten und überhaupt allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in den Kommunen und vielen Vereinen und Verbänden, bei denen im Doppelhaushalt gekürzt wird, eine Menge zu. Dies dient dazu, die Handlungsfähigkeit mittel- und langfristig zu sichern und wiederherzustellen. Ich kann deshalb den Protest der Beschäftigten, den sie heute Nachmittag vor dem Landeshaus zum Ausdruck bringen werden, und ihre Betroffenheit verstehen.

Unser Ziel, die Neuverschuldung zu halbieren und einen verfassungsgemäßen Haushalt in absehbarer Zeit zu verabschieden, bedeutet nach wie vor, dass Kürzungen unumgänglich sind und dass Steuermehreinnahmen zur Reduzierung der neuen Kredite eingesetzt werden müssen. Insofern, Herr Finanzminister, unterstützt die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich Ihre Position. Steuermehreinnahmen müssen zur Senkung der Neuverschuldung genutzt werden und wir dürfen diesen Kurs nicht aufweichen:

(Beifall bei SPD und CDU)

Keiner der beiden Koalitionspartner kann sich bei dem, was in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren ansteht, im Windschatten des anderen bewegen. Der Erfolg wird sich nur dann einstellen, wenn wir die nächsten Haushalte im Team von roten und schwarzen Kabinettsmitgliedern und beiden Fraktionen voranbringen, wie es schon bisher seit dem 27. April 2005 läuft. Das ergibt eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Beide Koalitionsparteien entwickeln natürlich Perspektiven, Visionen und Programme; Kollege Wadephul ist in anderem Zusammenhang schon darauf eingegangen. Maßgeblich für die Arbeit in der großen Koalition ist für uns allerdings ausschließlich der **Koalitionsvertrag**. Denn er ist das Ergebnis davon, dass zwei Parteien eine Regierung bilden und in der Regierungsarbeit auch Kompromisse eingehen, die nicht 1:1 mit dem identisch sind, was in Programmen steht.

Durch den Beschluss des Landesparteitages haben wir uns auf zwei Abweichungen geeinigt: Das ist zum einen die Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich und zum anderen die Reduzierung bei den Sonderzahlungen. Wer weitere im Koalitions-

(Lothar Hay)

vertrag vereinbarte Ziele einseitig infrage stellt und eigentlich einen Kompromiss vom Kompromiss fordert, muss wissen, dass dann über die Grundlage für eine gemeinsame Arbeit diskutiert werden muss.

Ich bin optimistisch, dass wir mehr erreichen, als uns viele zugetraut haben. Dass wir den Koalitionsvertrag abarbeiten, ist zu Recht die Erwartung der Menschen. Zu Recht wird auch erwartet, dass mehr geleistet wird.

Wir sagen den Menschen in Schleswig-Holstein - und das gehört zu den Aufgaben, wenn man Regierungsverantwortung hat und dafür wird man manchmal etwas hart rangenommen -, wohin die Reise geht: Das sind schmerzhaft Einschnitte, aber es gibt keine Alternative. Die Menschen verlangen Offenheit und Ehrlichkeit, auch wenn es schmerzhaft ist. Und am Ende werden sich diese Offenheit und diese konsequente Richtung auszahlen. Eine kurzfristige populistische Hoffnung, die geweckt würde, wäre der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich die große Koalition in Berlin betrachte, so habe ich manchmal den Eindruck, dass dort genauso wie beim HSV noch an der Teamfähigkeit gearbeitet werden muss.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass auch in Berlin aufgezeigt wird, welche Ziele die große Koalition in dieser Legislaturperiode erreichen will. Diese Perspektive ist für mich zumindest beim Thema **Gesundheitsreform** noch nicht klar zu erkennen. Es sind bisher eher Zielsetzungen - und das sage ich mit selbstkritischem Blick auf die eigene Partei -, die an die wenig ruhmreiche Gesundheitspolitik der Vergangenheit erinnern. Rot-Grün hatte den Beitragszahlern eine Senkung der Krankenkassenbeiträge in Aussicht gestellt. Diese Senkung ist bis heute nicht erfolgt und nun deutet sich mit der Gesundheitsreform eine weitere Erhöhung der Beiträge an. Dies können die Menschen nicht begreifen und es ist draußen auch nicht zu erklären.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, woran hat sich eine Gesundheitsreform zu orientieren?

Erstens. Das Prinzip der solidarischen Krankenversicherung und das ungeteilte Recht auf die medizinisch notwendige Versorgung müssen aufrechterhalten werden.

Zweitens. Wir wollen keine neue Bürokratie für den geplanten Gesundheitsfonds aufbauen. Der Beitragseinzug muss bei den Kassen verbleiben.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Drittens; das betrifft jetzt wieder die Landespolitik. Landesspezifischen Benachteiligungen bei der Gesetzesnovelle - wie zum Beispiel weiteren Budgetabsenkungen bei den Krankenhäusern - müssen wir auf Bundesebene energisch gegenüberreten, und zwar gerade wegen des UK S-H.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt; das ist sozialdemokratisches Herzblut. Im weiteren politischen Prozess müssen wir darauf drängen, dass auch die private Krankenversicherung mit in die Solidargemeinschaft einbezogen wird. Ich glaube, dann sind wir auf dem richtigen Weg und dann ist es eine Reform, die diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Thema, das uns auch in Zukunft beschäftigen wird, ist die **Föderalismusreform**. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das, was wir kritisch vorgebracht haben, nicht berücksichtigt worden ist. Natürlich ist es unbestreitbar, dass aufgrund der Föderalismusreform I die komplizierten und langwierigen Verfahren zwischen Bundesrat, Bundesregierung, Bundestag entschlackt worden sind, aber jetzt kommt es darauf an, in den neuen Feldern, wo wir als Landtag die Zuständigkeit haben, zusammen mit der Landesregierung und mit den anderen norddeutschen Ländern zu Übereinkünften zu kommen, damit hier nichts auseinanderfleddert, was dann eher an die napoleonische Kleinstaaterei erinnert als an einen modernen föderalen Bundesstaat.

Ein Punkt, der mir doch gewisse Sorgen bereitet, ist das Thema Föderalismusreform II. Dazu muss man deutlich sagen, auch wenn sich bestimmte Ministerpräsidenten, die nicht meiner Partei angehören, im Süden Deutschlands an einem wunderschönen See treffen: Welche Zukunft Deutschland im föderalen System hat, wird nicht im Süden entschieden, daran müssen alle beteiligt werden. Es gibt keine Alternative zu einem solidarischen Föderalismus, wie wir ihn in der Vergangenheit auch gehabt haben, sonst werden wir den Prozess der Deutschen Einheit überhaupt nicht vollenden können.

(Beifall bei der SPD)

(Lothar Hay)

Ein weiterer kritischer Punkt, weil es auch um Interessen des Landes Schleswig-Holstein geht, ist das Thema **Unternehmensteuerreform**. Da gilt für meine Fraktion: Erst kommt das Land und dann der Bund.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir können sicher das Ziel unterstützen, mit einer solchen Reform noch zu einer besseren Positionierung deutscher Unternehmen im internationalen, vor allem im europäischen Steuervergleich zu kommen. Allerdings müssen zur korrekten Einordnung der Situation nicht nur die Steuersätze, sondern die tatsächliche Steuerbelastung mit herangezogen werden. Es gibt genügend Studien darüber.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Steuerbelastung und Steuersätze sind unterschiedlich.

Wichtig ist für uns die **Aufkommensneutralität**. Das heißt, wir erwarten, dass dann auch über eine Gegenfinanzierung nicht nur intensiv nachgedacht wird, sondern dass auch Entscheidungen getroffen werden, was das Schließen von Steuerschlupflöchern betrifft, was andere Tatbestände der Steuerabsetzfähigkeit betrifft. Ich kann nicht akzeptieren, wenn sich die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium hinstellt und sagt: Wir gehen davon aus, dass die Unternehmensteuerreform mittelfristig mindestens 5 Milliarden € minus in den Kassen der öffentlichen Haushalte bedeuten wird. Dann kann ich mir genau ausrechnen, was das für das Land Schleswig-Holstein bedeutet, nämlich dass eventuell alle Konsolidierungsbemühungen, die wir hier mit unserem Doppelhaushalt machen, in Zukunft durch eine solche Unternehmensteuerreform gefährdet werden und wir fangen dann wieder von vorn an. Das kann doch nicht das Ziel sein. Da vertraue ich aber auch unserem Ministerpräsidenten, dass er dieses Thema in Berlin aufgreifen wird.

(Beifall bei SPD und CDU)

Man kann erkennen, dass diese Position, die ich gerade vorgetragen habe, von immer mehr Politikern erkannt wird; 12 von 16 SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden haben diese deutlich Richtung Berlin gemeldet und haben das auch mit dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck diskutiert.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den anderen vier?)

- Das sind diejenigen, Frau Heinold, die Ihnen wahrscheinlich näherstehen, wie zum Beispiel die in Rheinland-Pfalz, die sagen, wir haben so viel

Geld im Haushalt, wir brauchen uns darüber nicht zu unterhalten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Rheinland-Pfalz hat mehr Schulden als wir!)

Wenn wir jetzt den Doppelhaushalt 2007/2008 angehen und deutlich machen, in welche Richtung das geht, dann sind wir uns sicherlich bewusst, dass wir noch eine schwere Bergetappe vor uns haben. Es wäre klug, wenn wir uns auf die richtige Übersetzung einstellen, damit wir nicht am nächsten steileren Anstieg verhungern. Deshalb bin ich froh über die **Vorsorgepolitik**, die Finanzminister Wiegard immer in seinen Vorschlägen mit drin hat. Wir wissen auch nicht, wie das Thema Mehrwertsteuererhöhung sich letztendlich auf die Konjunktur auswirkt. Ich halte sehr viel davon, konservativ heranzugehen, Vorsorge zu treffen und nicht Hoffnungen zu wecken, die wir nicht einhalten können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Wir halten an dem Ziel für 2008 fest, die Nettokreditaufnahme auf rund 1,2 Milliarden € zu senken. Genauso richtig und wichtig ist das Ziel, bis zum Jahre 2010 die Neuverschuldung auf 850 Millionen € zu senken. Die Möglichkeiten weiterer **Einnahmesteigerungen** - sagte ich gerade - sind abhängig von der konjunkturellen Entwicklung. Ich weiß nur eines: Alle Versuche, über Steuerpolitik zu einer Belebung der Konjunktur beizutragen, haben nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis versagt. Deshalb sollten wir uns auf so etwas auch nicht verlassen. Deshalb konzentrieren sich unsere Konsolidierungsmaßnahmen in erster Linie auf den Bereich der **Ausgaben**. Im Personalbereich, aber auch bei den Zuwendungen wird es zu weiteren Veränderungen kommen müssen. Daneben sind schon Initiativen ergriffen, müssen noch mehr Initiativen über den Bundesrat ergriffen werden, um belastende Steuergesetze, um belastende Gesetze so zu gestalten, dass sie zu einer Entlastung der Länder beitragen und damit letztendlich der Haushaltskonsolidierung dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns die Entscheidung, nachdem uns der Landespartei tag diese Möglichkeit eröffnet hat, nicht leicht gemacht, eine Kürzung bei den **Sonderzahlungen** vorzunehmen. Wir haben versucht, auch gemeinsam mit unserem Innenminister Ralf Stegner, diese Kürzungen so sozialverträglich wie möglich zu staffeln. Der verständliche Protest wird bleiben, da diese Sonderzahlungen natürlich für sehr viele ein fester Einkommensbestandteil sind. Wir sehen dazu

(Lothar Hay)

aber keine Alternative, deshalb werden wir an diesem Kurs auch festhalten.

Die geplanten Kürzungen im Bereich des **kommunalen Finanzausgleichs** von 120 Millionen €, die nach wie vor zu Diskussionen mit der kommunalen Familie führen, haben zu vielen Sitzungen geführt. Letztendlich haben wir im Koalitionsausschuss eine Möglichkeit der **Kompensation** gefunden, eine Kombination von direkten Entlastungen, Abfederungsmaßnahmen, Entnahmen aus dem Kommunalen Investitionsfonds und einer mittelfristig konsequent umgesetzten Verwaltungsstrukturreform. Man hat immer wieder den Eindruck, dass das, was damals im Koalitionsausschuss vereinbart worden ist, schon teilweise in Vergessenheit geraten ist. Ich will einige wesentliche Punkte nennen, die natürlich nicht von heute auf morgen wirken. Wir müssen auch die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen, Herr Kollege Geerds. Insofern haben wir noch viel zu tun bis zur Verabschiedung des Haushaltes im Dezember. Ein Punkt ist dabei zum Beispiel die Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten in einer Größenordnung bis zu 11 Millionen €, eine Entscheidung, die in Eigenverantwortung der Landkreise getroffen werden muss und nicht hier im Landtag. Das ist kommunale Selbstverwaltung. Aufgrund der Situation der Haushalte muss dieses direkt in den Kreistagen entschieden werden und nicht hier im Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist die **Entlastung der Kommunen** aufgrund des Hartz-IV-Änderungsgesetzes 2006 um 10 Millionen €. Wenn wir bei den Personalkosten kürzen - Kürzungen bei den Sonderzahlungen -, bedeutet dies natürlich auch eine Kürzung bei den Personalkosten auf kommunaler Ebene. Herr Wiegard hat darauf hingewiesen, was der Landkreistag dazu entschieden hat.

Ein wichtiger Punkt, der bisher in dem Maße in der Öffentlichkeit noch gar nicht diskutiert worden ist, ist das Umswitchen, wenn man diesen Begriff einmal verwenden darf, von 20 Millionen € aus dem **Schleswig-Holstein-Fonds** für verstärkte kommunale Investitionen, nicht nur im kommunalen Straßen- und Wegebau, und der größte Brocken ist die **Verwaltungsstrukturreform** mit 30 Millionen € auf mittlere Sicht. Weil der letzte Punkt nicht sofort eintritt, muss es degressiv abbauend eine Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds geben.

Ein weiterer Punkt, weil hier immer so mit einem leicht ironischen Unterton über den **Schlie-Bericht** diskutiert wird: Da ist vieles drin, was man umsetzen muss, vieles, was hinterfragt werden muss. Ich

bin aber der Auffassung, dass die wichtigsten Punkte, die auch zu finanziellen Entlastungen führen, sowohl auf kommunaler Ebene als auch bei uns, im Rahmen der Haushaltsberatungen von den Fraktionen aufgegriffen werden müssen. Wir in der SPD-Fraktion haben unsere Position gefunden. Ich gehe davon aus, dass dort noch so einiges zusätzlich kommen wird, was nicht nur Personalübertragung ist, weil dort ja die Konnexität greift.

Da gibt es die wichtigen Vorschläge des **Landesrechnungshofes**, Herr Präsident. Wenn er allerdings von der Politik verlangt, dass wir in die Tabubereiche hineingehen - Polizisten und Lehrer -, übersieht der Landesrechnungshof, dass wir eine bewusste politische Entscheidung getroffen haben, wegen unserer bildungspolitischen Ziele, wegen der inneren Sicherheit, dass diese Bereiche ausdrücklich ausgenommen werden. Dies war auch zuzeiten der rot-grünen Koalition so - da hatten Sie ein anderes Amt -, das wird auch bleiben. Wir setzen auf innere Sicherheit und eine Verbesserung des Bildungssystems. Derzeit wird es dort keine Stellenkürzungen geben, im Bildungsbereich gibt es einen Stellenausbau.

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, nun sollte man, wenn man den Maßstab der Offenheit an sich selbst anlegt, auch nicht die Punkte verschweigen, wo es in der großen Koalition **Nuancen in der Auffassung** gibt, teilweise auch **Dissense**. Ich glaube, die sollte man hier offen benennen.

Wenn ich an die **Novellierung des Schulgesetzes** denke, so bin ich der Bildungsministerin Frau Erd-siek-Rave für die frühzeitige, umfassende Einbindung der Arbeitskreise der Fraktion dankbar. Das war vorbildlich. Ebenso funktioniert das auch immer bei Herrn Wiegard. Man sagt ja: Gute Beispiele sollten Schule machen.

Die offenen Punkte, die geblieben sind, muss man dann auch benennen. Da gibt es einmal die Frage der **Schulträgerschaft**. Sie berührt sehr stark auch unsere Kommunalpolitiker. Ich glaube, wir müssen regionale Differenzierungsmöglichkeiten vorsehen und gleichzeitig einen Weg finden, wie die Aufsplitterung auf zu viele Schulträger in Zukunft vermieden wird.

Dann bleibt noch der Dissens, der in den Medien immer wieder eine deutliche Rolle gespielt hat. Ich habe ihn schon mehrfach benannt. Dafür stehe ich hier als Vorsitzender der Fraktion. Es geht um das Thema **Gemeinschaftsschulen**. Da haben wir uns nicht nur auf die organisatorische Seite zu konzentrieren, sondern es geht auch um Inhalte. Aus den

(Lothar Hay)

PISA-Studien müssen Konsequenzen gezogen werden. Es wird zu früh selektiert. Es wird zu wenig gefordert und gefördert. Man muss länger zusammenbleiben, damit soziale Komponenten gestärkt und bestimmte Defizite abgebaut werden. Dahinter steckt ein bildungspolitisches Konzept in einer anderen Organisationsform. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für das Thema Gemeinschaftsschule ein.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines steht im Koalitionsvertrag klipp und klar. Ich zitiere:

„Die Gemeinschaftsschule entsteht auf Antrag des Schulträgers durch Umwandlung bestehender Schulen auf der Grundlage pädagogischer Konzepte.“

Das kann nicht die Angebotsschule bedeuten, auch nicht die Modellschule. Die Frage der Umwandlung der Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen muss aus unserer Sicht ebenfalls langfristig angegangen werden.

Lassen Sie mich jetzt zum Thema **Hochschulgesetz** kommen. Das ist ein weiterer Punkt, der uns in den nächsten Wochen beschäftigen wird. Wir halten das Thema in einigen Detailpunkten noch für diskussionswürdig, obwohl schon viele Punkte in die richtige Richtung gehen.

Die Kompetenzen des Hochschulrats sind aus unserer Sicht zu Recht ein Stück reduziert worden. Jetzt wird es darauf ankommen, dass die dort vertretenen hochschulexternen Menschen in der Tat mit dem Hochschulwesen vertraut sind, damit es eine sinnvolle und hilfreiche Einrichtung wird.

Was den Universitätsrat angeht, so scheint mir die Frage der ausgewogenen Beteiligung der Standorte Kiel, Lübeck und Flensburg noch nicht optimal gelöst zu sein. Das sage ich auch als Flensburger Abgeordneter.

Auf das Thema Studiengebühren will ich hier nicht eingehen. Ich habe Geographie studiert und glaube, auch nachdem ich bei Herrn Feddersen auf Pellworm war, zu wissen, was eine Insel ist.

Jetzt komme ich zum Bereich **Umwelt- und Naturschutz**. Dass es dort unterschiedliche Auffassungen gibt, brauche ich, Frau Todsens-Reese, nicht zu verschweigen; das wissen wir beide sehr gut. In dem Referentenentwurf für das **Landesnaturenschutzgesetz** gibt es einige Punkte, zu denen ich hier etwas anmerken will. Was wir noch mit hineinbekommen müssen, ist eine eigene Lesbarkeit. Es darf nicht ständig Querverweise auf andere Gesetze geben.

Was wir nicht akzeptieren können, ist, dass Regelungen aus dem Gesetz in Verordnungform gefasst werden. Das ist aus meiner Sicht etwas, wodurch dem Gesetzgeber, also dem Landtag, Kompetenzen entzogen werden.

Wir plädieren im Sinne einer erfolgreichen Arbeit für den Erhalt der Akademie für Natur und Umwelt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt betrifft den Landesteil Schleswig, und zwar die Knicklandschaft. Das ist ein ganz wichtiger Bereich. Dazu sollte im Gesetz eine klare Aussage aufgenommen werden. Das gilt im Übrigen auch für die Naturerlebnisräume, mit denen wir touristisch arbeiten.

Mehrfach ist schon der **Landeswald** angesprochen worden. Wir haben uns von Anfang an klar gegen einen vollständigen Verkauf des Landeswaldes ausgesprochen. Der Parteitag der SPD hat das am 16. Juni 2006 noch einmal bekräftigt. Viele Menschen im Land haben die Befürchtung, dass beim Verkauf des Landeswaldes Einschränkungen hingenommen werden müssen. Aufgrund von Überlegungen aus Nordrhein-Westfalen muss man die Befürchtung dieser Menschen durchaus ernst nehmen.

Wir sind daran interessiert, dass auch in Zukunft die Gemeinwohlfunktion des Waldes - das ist mehr als nur der Erlebniswald Trappenkamp - von uns bei den Haushaltsberatungen finanziell untermauert und abgesichert wird.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ein weiterer Punkt ist das **Defizit**. Ich gehe davon aus, dass die Holzpreise aufgrund der Verteuerung der Energie steigen werden. Gucken Sie sich einmal die Entwicklung der Preisraten der Pellets an. Große Bestände des Laubwaldes in Schleswig-Holstein sind nach den Kahlschlägen des Krieges inzwischen aufgeforstet worden. Sie kommen in den nächsten Jahren in die Vermarktungsfähigkeit. Ich habe ja auch schon einmal ein bisschen von Wirtschaft verstanden und tue das immer noch. Ich frage mich jedenfalls: Warum sollte ich diese Erträge nicht mitnehmen? Warum sollte ich diese Erträge einem Privaten übergeben? Es wäre Aufgabe des Landes, diese Erträge mitzunehmen, wie es in den 70er-Jahren war. Dann würden wir in der Forstverwaltung auch wieder schwarze Zahlen schreiben.

Mit der **Verwaltungsstrukturreform** sind wir auf einem guten Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lothar Hay)

- Herr Hentschel, ich bin hier im Land mehr unterwegs als Sie. Sie müssen sich jetzt nicht mehr um die grüne Basis kümmern. Auf der kommunalen Ebene gibt es ja nicht immer auch Grüne.

Wir erleben viel mehr Ämterzusammenschlüsse, als wir vorher geglaubt haben. Wir werden die Kommunale Verwaltungsreform konsequent fortsetzen, weil es dazu keine Alternative gibt. Ich fordere die Landkreise nur auf, ein paar Aufgaben nach oben zu geben, damit wir wirklich zu etwas kommen, was man als eine gute Verwaltungsstrukturreform bezeichnen kann. Dass das gelingt, davon bin ich voll überzeugt.

Seit dem Zwischenfall beim Kraftwerk Forsmark in Schweden ist besonders wieder Brunsbüttel in die Diskussion geraten. Unglücklich war, dass der Kraftwerksbetreiber Vattenfall unsere zuständigen Landesbehörden erst relativ spät über Details aus Forsmark informierte, obwohl auch der dortige Betreiber Vattenfall heißt. Hier hätte man sich ein Stück mehr an vertrauensbildenden Maßnahmen vorstellen können.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieser Betreiber nun ausgerechnet über eine längere Laufzeit des AKW Brunsbüttel nachdenkt, halte ich für völlig absurd. Wenn man eingesteht, dass **Kernenergie** immer eine Risikoenergie ist, dann muss es unser gemeinsames Ziel sein, das Kernkraftwerk Brunsbüttel spätestens zu dem vorgesehenen Zeitpunkt 2009 abzuschalten; wenn es nach mir ginge, müsste es sogar noch früher abgeschaltet werden.

(Beifall bei der SPD)

Für den Fehmarnbelt haben wir uns in diesem Hohen Haus in den letzten Jahren - bis auf die Grünen - fraktionsübergreifend eingesetzt; der SSW ist regional betroffen. Bis vor wenigen Tagen habe ich geglaubt, dass eine Entscheidung in Berlin über den Bau der Fehmarnbelt-Querung zum Jahresende aufgrund des mit der dänischen Staatsregierung vereinbarten Zeitplans positiv ausgehen könnte, zumal sie ja auch Bestandteil des rot-schwarzen Koalitionsvertrages von Berlin ist.

Dann kam die Äußerung der Bundeskanzlerin in der Ostseezeitung vom Wochenende. Es war die Äußerung von Rostock. Ich gehe davon aus, dass eine Bundeskanzlerin mit solchen Dingen seriös umgeht und nicht nur so nebenbei ein paar Wahlkampfäußerungen macht, um der schwächelnden CDU von Mecklenburg-Vorpommern zu helfen. Ich hoffe, dass ihre Äußerungen nicht insgesamt für die Bundesregierung gelten, sondern dass man immer noch erkennt, welche Chancen und Perspekti-

ven eine Fehmarnbelt-Querung europaweit auch für unsere Region bedeuten kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es gibt Interessenlagen der mecklenburgischen Fährhäfen, die verstärkt ausgebaut werden sollen. Aber was ist dann mit Lübeck? Ich glaube, dies kann nicht Maßstab einer Politik auf Bundesebene sein.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich gehe davon aus, dass Sie, Herr Ministerpräsident, zu diesem Thema noch einmal das Gespräch mit der Bundeskanzlerin in Berlin suchen werden. Hier geht es wirklich um ganz wichtige Interessen des Landes Schleswig-Holstein. Wir wollen einen Anteil an den Verkehrswegen haben, die in der Zukunft genutzt werden. Da kann es nicht allein um Mecklenburg-Vorpommern gehen. Dort ist man dafür noch nicht so aufgestellt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wie Sie sehen, haben wir in diesem Herbst viele Punkte abzarbeiten. Ich bin ausgesprochen optimistisch. Ich bin durch neun Jahre Koalition mit den Grünen gestählt. Ich gehe davon aus, dass auch der großen Koalition mit den Entscheidungen etwas gelingen wird, die schon seit dem 27. April 2005 getroffen werden.

Ich bin gleichfalls guter Dinge, was die offenen Punkte betrifft. Ich sehe durchaus die Bewegung bei der CDU. Ich will nicht einordnen, über welche Strecke das leichtathletisch läuft.

Wir müssen das machen, was wir vereinbart haben. Wir müssen den Kurs der Haushaltskonsolidierung gehen. Dabei werden schmerzhaft Kürzungen stattfinden. Die müssen wir den Menschen draußen vermitteln und erklären.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur zu!)

Das, was über die Medien rüberkommt, reicht dazu nicht. Teilweise ist es auch so, dass man sich fragt, ob man bei der gleichen Presserunde gewesen ist.

Deshalb kann ich nur jedem Abgeordneten des Hohen Hauses empfehlen: Gehen Sie raus, sprechen Sie mit den Menschen. Das wahre Leben findet außerhalb des Plenarsaals statt, auch auf Inseln. Dort wollen wir mit den Menschen reden. Die SPD-Fraktion macht das. Wir sind auf dem richtigen Weg und werden die angepeilten Ziele erreichen.

(Anhaltender Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lothar Hay. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser Finanzminister Wiegard

(Abg. Claus Ehlers [CDU]: Ist ein guter Mann!)

leitet seine Vorträge gern damit ein, dass außer ihm wohl nur wenigen die Dramatik unserer Haushaltslage bewusst sei. - Ich denke, Sie verschätzen sich da! Wir haben in den Regierungsjahren diese bittere Erkenntnis schon früher gewonnen als Sie.

(Zurufe)

Wir werden in der Opposition nicht so tun, als hätten wir das vergessen! Wir erkennen auch an, dass Sie einige Kürzungen durchgesetzt haben, die wir uns nicht getraut hätten. Wir werden deshalb - anders als die FDP - Ihrer Regierung beim Sparen nicht in den Rücken fallen.

Ich möchte aber - bevor ich zu Ihrem Haushalt komme - noch einmal an einige Szenen erinnern, die wir zu rot-grünen Zeiten hatten. Hatten wir mehr Lehrer eingestellt, dann hat die CDU noch mehr Neueinstellungen gefordert. Hatten wir bei den Kommunen gespart, dann standen Sie voller Empörung in der ersten Reihe der Ankläger. Mit lauter Begleitmusik sind Sie vor zwei Jahren mit einer Klage gegen den verfassungswidrigen Haushalt 2003 zu Felde gezogen. Die haben Sie lautlos wieder beerdigt.

Als wir das Weihnachtsgeld gekürzt haben, standen hier einigen von Ihnen die Krokodilstränen in den Augen und Sie versprachen, so etwas werde es bei einer Unionsregierung nie und nimmer geben!

(Zuruf: So war es!)

Das „Flensburger Tageblatt“ schrieb bereits im Mai 2004:

“Die CDU wäre gut beraten, den Mund nicht allzu voll zu nehmen mit Ankündigungen, bei ihr werde alles besser werden, auch der Haushalt. Wer das behauptet, hat die Dimension des Problems noch nicht begriffen, oder aber er will schlicht in die Irre führen.“

Für mich stellt sich die Frage: Waren Sie, Herr Carstensen, und Ihr Kompetenzteam einfach nur naiv oder war das Absicht?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen haben vor der Wahl gesagt, dass gespart werden muss. Sie haben den ehrlichen, kernigen Burschen von der Westküste gespielt, dem die Leute vertrauen können. Und jetzt erklären Sie, Sie hätten sich geirrt. Keines Ihrer Versprechen können Sie einlösen und das verkaufen Sie auch noch als neue Ehrlichkeit. Herr Carstensen, das hat mit Ehrlichkeit nichts zu tun. Das ist Betrug an den Menschen, die sie gewählt haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in dem Papier „Mehr Zukunft für Schleswig-Holstein“ aus dem Jahre 2004 schrieben die damaligen Oberwahlkämpfer Carstensen und Austermann:

„Wir werden aber nicht nur auf mehr Steuereinnahmen durch Wachstum setzen, sondern auch eisern sparen ... Wir wollen zehn Jahre lang Jahr für Jahr die Ausgabenseite um über 50 Millionen € absenken. Das ist nicht einfach.“

In der Tat: Eine Absenkung von 50 Millionen € pro Jahr ist nicht einfach. Deswegen machen Sie genau das Gegenteil. Sie erhöhen um 100 Millionen € pro Jahr. Trotz einiger ernsthafter **Sparbemühungen** gibt diese Regierung Jahr für Jahr mehr aus als die vorige. Lagen wir 2004 noch unter der 8-Milliarden-Marke, so sind wir am Ende des Jahres 2008 laut Ihrem Entwurf, Herr Wiegard, bei 8,4 Milliarden € angelangt.

Warum versuchen Sie trotzdem erneut, den Menschen das Gegenteil zu verkaufen? Auf der Pressekonferenz, die Sie mit Herrn Carstensen am 4. Juli 2006 gemacht haben, behaupteten Sie, die Landesregierung spare in den nächsten zwei Jahren 600 Millionen €.

Gucken wir uns die Zahlen an, die Sie vorgelegt haben. Sie erhöhen sogar gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung. Sie geben 200 Millionen € mehr aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde man heute interessierte Bürgerinnen und Bürger fragen, bei wem die **Nettoneuverschuldung** höher gewesen ist, bei Rot-Grün oder bei der großen Koalition, würden fast alle Leute im Lande sagen: Die war bei Rot-Grün höher. Tatsache ist, dass die angestrebte Nettoneuverschuldung dieser Regierung in diesem Jahr 800 Millionen € über

(Karl-Martin Hentschel)

dem letzten Wert der Simonis-Regierung liegt. Und der Wert stammt aus dem Jahr 2004.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch 2008 wird die Neuverschuldung nach dem vorliegenden Doppelhaushalt noch höher liegen. Selbst im Wahljahr 2010 - so sagt uns Ihr Finanzplan, Herr Wiegard - wird die Neuverschuldung noch über dem Niveau liegen, mit dem Rot-Grün 2004 geendet hat, nämlich 790 Millionen €. Und dann versuchen Sie, den Leuten zu verkaufen, Sie sparten!

Herr Carstensen, Herr Wiegard, es waren eine Menge bunte Raketen in Ihrem Pressefeuerwerk vom 4. Juli 2006. Die funkelten schön. Aber Ihr Sparkurs entpuppt sich unter dem Strich als fetter Chinakracher: Nur Schall und Rauch. Die Nettoneuverschuldung senken Sie damit nicht.

Nachdem sich das **Defizit** des Landes in den letzten zwei Jahren noch einmal verdoppelt hat, soll es jetzt endlich losgehen mit der Reduzierung der Nettoneuverschuldung. Aber auch hier lohnt es sich, die Zahlen anzuschauen, denn die prognostizierte Reduzierung des Defizits beruht nicht auf Einsparungen. Sie beruht allein darauf, dass die Landesregierung Mehreinnahmen mit Steuern bis 2010 in Höhe von 1 Milliarde € rechnet. 1 Milliarde mehr bei Nettoeinnahmen von 5 Milliarden, das sind 20 % Mehreinnahmen bis 2010. 20 % Mehreinnahmen in vier Jahren? Das ist keine solide Haushaltspolitik. Das ist „Konjunktur-Voodoo“.

Eingerechnet ist natürlich die Mehrwertsteuererhöhung. Im Frühjahr 2005 hat sich unser Wahlkämpfer Carstensen auch dazu geäußert:

„Es ist schon armselig, wenn Heide Simonis wieder einmal nichts anderes einfällt, als die von Rot-Grün ruinierten Staatsfinanzen durch Steuererhöhungen zu retten. Dieses wird nicht funktionieren, weil die Wirtschaft damit nicht belebt wird.“

Und heute machen Sie genau das: Durch Steigerung der Steuern um 20 % will die große Koalition im Jahre 2010 bei der Höhe der Neuverschuldung landen, mit der Rot-Grün aufgehört hat. Mit Sparen hat das nichts zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns nun genauer an, wo gespart wird und wo nicht. Tatsächlich gibt es zwei Stellen, an denen gespart wird: bei den **Sonderzahlungen für Beamte** und bei den **Kommunen**.

Aber da, wo es die eigene Parteibasis und die **eigene Verwaltung** betrifft - bei dem Abbau von Ver-

waltungsstrukturen und der Gebietsreform -, da blockiert die CDU. Jedes Ministerium verteidigt seinen Hof.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war früher anders?)

- Aber wir haben es geschafft, den Ministerien jedes Jahr eine Quote zu setzen, um die sie abbauen mussten. Das hat die neue Regierung nicht geschafft. - Die Pseudo-Einsparungen durch Verbesserungen dürfen sogar als Sparbeiträge angerechnet werden. Das klingt wie Trick 17 mit Selbstüberlistung. Aber bei einem Finanzminister ist das ein Skandal auf Kosten der Zukunft.

Wenn Herr Wadephul sagt, die Koalition habe beim **Bürokratieabbau** Pflöcke eingeschlagen, dann muss ich leider feststellen, Herr Wadephul, dass Sie keine Pflöcke, sondern Streichhölzer eingeschlagen haben.

Meine Damen und Herren, Tag für Tag lesen wir in der Zeitung, welche Wohltaten diese Regierung im Land verbreitet. Dafür hat sie den **Schleswig-Holstein-Fonds** geschaffen: ein persönlicher Geschenk-Etat für die Minister Carstensen und Austermann von 100 Millionen € jährlich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: 2 Millionen € für Cirrus!)

Dieser Fonds - im CDU-Wahlkampf „Turn-around-Fonds“ genannt - sollte durch Umschichtungen finanziert werden. „Turn around“ ist an diesem Fonds nur eines: Dieser Fonds wird jetzt zu hundert Prozent aus Schulden finanziert. Dafür werden - entgegen den Versprechungen - den Kommunen Jahr für Jahr 120 Millionen € weggenommen.

Herr Wadephul, das ist kein Kompromiss. Im Koalitionsvertrag steht nämlich: Grundsatz sei, dass das Land seine Finanzprobleme nicht zulasten der Kommunen lösen werde. Wenn Sie jetzt sagen, dies sei ein Kompromiss, den Sie eingegangen seien, dann ist nichts dergleichen wahr. Da hat die CDU voll zugestimmt.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat es vorgeschlagen!)

Minister Stegner nennt das Ganze auch noch einen „fairen Interessenausgleich“.

Der Ministerpräsident empfiehlt seinen „Kommunalos“ zynisch, sie sollten die Kürzungen doch bei den Kindergärten und bei der Schülerbeförderung wieder einsparen. Dazu sagt mit Recht der Geschäftsführer des Landkreistages Jan-Christian Erps:

(Karl-Martin Hentschel)

„Besonders betrüblich ist nach Durchsicht der Kompensationsliste, dass es sich bei zahlreichen Punkten nicht um echte Einsparungen, sondern um weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger handelt.“

Hier hat er Recht. Das ist eine Politik, die Familien mit Kindern direkt ins Gesicht schlägt.

Herr Wiegard, jeder, der Verwaltung rationalisiert hat, weiß, dass die Gretchenfrage der **Stellenabbau** ist. Das war Ihnen auch vor der Wahl sehr bewusst. Ich zitiere:

„Wir wollen in der allgemeinen Verwaltung bis zum Jahr 2010 2.650 Stellen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden durch Fluktuation und Pensionierungen einsparen.“

Dies stand 2005 in einer Wahlkampfbroschüre. In diesem Jahr aber ist die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder um 150 Stellen gewachsen, wobei die Lehrerinnen und Lehrer noch nicht einmal mitgerechnet wurden. Nur, weil die Hochschulbeschäftigten in einen anderen Stellenplan verlagert wurden, sind die Stellen nicht eingespart. Nun sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie in Zukunft planen, an die Kommunen abzugeben, auf die Einsparkorridore angerechnet werden. Auch das ist ein Trick. Den Steuerzahlern ist es piepegal, ob das Geld vom Landesbesoldungsamt oder auf Kreisebene gezahlt wird.

Ich komme jetzt zum Oberreformer Klaus Schlie. Das, was er bisher produziert hat, ist viel Papier. Er hat jetzt sein erstes Reformgesetz vorgelegt, das sich überwiegend mit dem Jagdrecht beschäftigt. Ansonsten kommt es nach Begründung des Gesetzes zu Einsparungen von sage und schreibe 0,4 Stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Carstensen, der **Schlie-Prozess** wird nirgends in der Verwaltung ernst genommen. Ich spreche noch nicht einmal von den vermeintlichen Ökos aus der Umweltverwaltung. Stockkonservative Bereiche Ihrer Verwaltung und die Leitungsebenen gewinnen dem zeitraubenden Prozess maximal ein Grinsen ab. Vielleicht verfährt Herr Wiegard hier in seiner Schläue aber auch wieder nach dem Strategietrick 17: Erst einmal ein bisschen Bürokratie aufbauen. Wenn Herr Schlie dann mit seiner Abteilung von 50 Mitarbeitern gehen muss, dann sehe ich schon die Schlagzeile vor meinen Augen: Landesregierung macht ernst mit Bürokratieabbau, Schlie eingespart!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Carstensen, einen Tag vor dem legendären 17. März im letzten Jahr haben Sie sich ausführlich geäußert:

„Ich kandidiere morgen, weil unser Land eine stabile Regierung braucht, die die Kraft hat, etwas zu bewegen.“

Na denn man tau! Dpa meldete letzte Woche:

„Zoff in der Schulpolitik, Streit um Naturschutz, Uneinigkeit beim Nichtraucherschutz, Dauerkonflikt um Studiengebühren - in Schleswig-Holsteins großer Koalition haben sich viele Fronten verhärtet.“

Der Vortrag von Lothar Hay hatte eher wenig mit dem Haushalt zu tun. Er hat aber sehr deutlich gemacht: In allem, was er angesprochen hat, war er uneins mit der Koalition.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich wie in Berlin verhakeln sich auch in Kiel die beiden Koalitionspartner und sind nicht mehr in der Lage, die Zukunftsaufgaben anzupacken. Die dringende Modernisierung des **Schulsystems** wird zwischen den Fronten dieser Koalition zerrieben. Am Schluss wird das Schulsystem nicht einfacher, günstiger oder besser, sondern es gibt dann neben Förderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule auch noch eine Gemeinschaftsschule, also eine zusätzliche Schulart. Alles wird teurer. Eltern, Lehrer und Schüler sind verzweifelt, aber der Koalitionsfrieden ist gerettet.

Bei der **Verwaltungsreform** schlägt Justizminister Döring der CDU ihre Bewegungsunfähigkeit um die Ohren: Die heutige Kleinteiligkeit sei nicht mehr haltbar und auf die Verwaltungsstruktur müsse die Gebietsreform folgen. - Danke, Herr Döring, gut gebrüllt! Dazu sagt der Abgeordnete Hamerich - ist er hier?

(Zuruf: „Ja, der ist hier!“)

Der Abgeordnete Hamerich sagt: Die CDU-Landtagsfraktion wird eine Verwaltungsreform - wie Stegner sie will - nicht mittragen. Eines ist sicher: Die Fraktion lässt sich nicht alles gefallen. - Herr Hamerich, da bin ich richtig gespannt. Die beiden Regierungsfractionen hier im Haus lassen sich bisher wirklich jeden Unsinn gefallen; Hauptsache, der Unsinn ist parteipolitisch ausgewogen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

(Karl-Martin Hentschel)

Was im Kabinett sonst so gedacht wird, gab Innenminister Stegner am Aschermittwoch zum Besten:

„La, le, li,
auch in Kiel stimmt die Chemie.
Vize-Ute streitet nie,
Peter-Harry führt die Regie.
Nur der Mann im Mond schaut zu,
wenn der Kieler Landtag schlafen geht.“

So denkt also der künftige SPD-Vorsitzende über die Abgeordneten der großen Koalition!

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Hentschel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stegner?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD] : Lieber Herr Abgeordneter Hentschel, ist Ihnen der Brauch vertraut, sich am Aschermittwoch karnevalistisch zu betätigen?

- Der Brauch ist mir bekannt. Ich bin drei Jahre lang in Köln zur Schule gegangen. Ich habe aber auch gelernt, dass die Späße, die man dann macht, manchmal durchaus einen ernsten Hintergrund haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eins ist allerdings auffällig: Die Puppen können tanzen - unser Regierungschef schweigt. Er wünscht sich wahrscheinlich heimlich, er dürfte mittanzen. Er ist aber in allen Themen drin, meint dazu sein Fraktionsvorsitzender Wadephul. „Er wird auch weiterhin nicht nur moderieren, sondern auch führen. Da bin ich mir ganz sicher.“ - Das sagt Herr Wadephul. Lieber Herr Wadephul, mir hat Selbsthypnose auch schon viermal geholfen, das Rauchen aufzugeben. Ich wünsche der Union viel Glück!

Herr Wadephul sagt: **Studiengebühren** wird es in Schleswig-Holstein geben. Studiengebühren gibt es nicht mit der SPD, sagt sein Kollege Hay. Der Koalitionsausschuss tagt am 24. September 2006 in Kiel. Wird die Koalition dann wieder durchstarten? Wir sind gespannt.

Peter-Harry Carstensen erinnert derweil an einen Zirkusdirektor, der mit Stolz geschwellter Brust in der Manege herumspaziert, während sich hinter der Tribüne Raubtiere und Dompteure ein wenig zerfleischen. Wie sagte doch der Nordfriesische Landrat Bastian am 24. März 2006?

„Die schwarz-rote Regierung ist schlimmer als die rot-grüne.“

Ich kann ihm nicht widersprechen. Bastian steht nicht im Verdacht, ein grüner Sympathisant zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Kommen wir zu den **Einzelplänen**: 80 Millionen € wollte Finanzminister Wiegard in den einzelnen Geschäftsbereichen einsammeln. Nichts davon ist geschehen. Das ist immerhin 1 % des Gesamtvolumens. Wenn man sich die Einzelpläne anschaut, dann reibt man sich die Augen.

Der einzige Haushalt mit relevanten Einsparungen ist nämlich der **Umwelt- und Agrarhaushalt**. Jung Siegfried, der auszog, Krähen, Knicks und Umweltausgaben zu reduzieren, will 8,7 % einsparen. Das hilft aber dem Haushalt nicht, da der Umwelthaushalt fast ausschließlich durch EU-, GA-Mittel und Abgaben finanziert ist.

Herr von Boetticher, viel interessanter ist aber ein anderer Punkt: Bislang bekommen die Landwirte Direktzahlungen überwiegend aus Brüssel. Die tauchen im Landeshaushalt nicht auf. Die Summe dieser Mittel wird in den nächsten Jahren erheblich steigen. Die EU hat den Ländern die Möglichkeit gegeben, die steigenden Mittel entweder direkt auszahlend oder aber über den Umweg der Landeshaushalte unter Auflagen auszahlend, um Agrarumweltprogramme zu finanzieren. Dies nennt sich **Modulation**. Die grüne Landtagsfraktion hatte dazu mit der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft, dem BUND und Bioland ein gemeinsames Konzept erstellt. Herr Minister, Sie verzichten völlig auf diese Möglichkeiten, obwohl Sie damit Geld einsparen können. Dafür werden Ökolandbau, Vertragsnaturschutz und die Förderung der Milchbauern zusammengestrichen. Als Höhepunkt soll der Landeswald, unser gemeinsames Erbe von Generationen, auch noch verscherbelt werden. Wenn ich Lothar richtig verstanden habe, dann ruft die SPD: Bitte nicht alles!

Herr von Boetticher, Länder wie Dänemark, Österreich, Polen und Bayern machen längst eine andere Politik und begreifen Ökoprodukte, grüne Wiesen, Vertragsnaturschutz und regionale Qualitätsprodukte als Chance, Geld zu verdienen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Bei uns sind die Regale voll mit Qualitätsprodukten, aber nicht aus Schleswig-Holstein. Das ist eine kurzsichtige Politik.

(Karl-Martin Hentschel)

Ich komme zum **Arbeitsmarkt**: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, zunächst sollten wir die plumpen Versuche des Ministerpräsidenten, den **sanften Aufschwung** auf seine Fahne zu schreiben, ruhig, aber sachlich zurückweisen. Jeder Wirtschaftswissenschaftler weiß, dass Strukturmaßnahmen nur mittelfristig wirken. Wenn es stimmt, dass Steuer- und Abgabensenkungen entscheidend für den Wirtschaftsaufschwung sind, dann ist das ein rot-grüner Erfolg. Wenn es stimmt, dass die Arbeitsmarktreformen entscheidend für das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen sind, dann ist das unser Erfolg, denn Rot-Grün hat diese Reform gemacht. Die CDU hat bisher nur Steuern und Abgaben erhöht. Arbeitsmarktreformen hat sie auch noch nicht gemacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen ist die von Carstensen als sein Verdienst gefeierte überproportionale Abnahme der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein nach Auskunft des Nordchefs der Bundesagentur für Arbeit, Jürgen Goecke, überwiegend durch Arbeitsplätze in Hamburg verursacht: Einen Carstensen-Effekt vermochte der BA-Chef auch auf Nachfrage nicht zu erkennen.

(Johannes Callsen [CDU]: Aber der IHK-Präsident!)

Schwamm drüber - jeder lobt sich gern selbst! Herr Carstensen, was mich aber ärgert, ist, dass diese Regierung auf die sich weiter zuspitzende Lehrstellenknappheit einfach nicht reagiert. Vor zwei Jahren hatten wir noch genauso viele **Lehrstellen** wie Nachfrage. Heute fehlen bereits mehrere Tausend Lehrstellen in Schleswig-Holstein. Die Zahl der ausländischen Azubis hat sich sogar halbiert. Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Baden-Württemberg haben Sonderprogramme gestartet, die von den Grünen dort explizit unterstützt werden. Diese Regierung tut nichts und der Ministerpräsident paddelt lieber in seinem Drachenboot. Ich gönne Ihnen den Spaß, sonst sagen Sie noch, ich sei miesepetrig, Herr Carstensen, auch wenn Sie gerade wieder wegrennen. Aber bitte Spaß erst nach der Arbeit!

Meine Damen und Herren, der zweite Bereich im Haushalt, der 2007 - wenn auch minimal - sinkt, ist der **Schulbereich**. An dieser Stelle möchte ich mich bei Frau Erdsiek-Rave ausdrücklich bedanken und sie loben. Sie hat als Präsidentin der Kultusministerkonferenz einsam das Banner der Gemeinschaftsschule hochgehalten. Das hat offensichtlich auch Herrn Schlie am 10. März überzeugt. Er sagt:

„Unser System ist in der gegenwärtigen Form nicht zukunftsfähig.“

Dafür wurden er von seinem Kreisverband allerdings als „Umfaller“ und seine Pläne als „Osterhasen-Pädagogik“ beschimpft. Das Ergebnis ist Stillstand.

Von dem Versprechen im Wahlkampf, tausend neue Lehrerstellen zu schaffen, ist längst nicht mehr die Rede. Das großspurige Versprechen, ein kostenloses Kita-Jahr einzuführen, wurde klammheimlich wieder eingesammelt. Fazit: Auf die Bildungsoffensive wartet man vergebens. Denn bilden muss sich erstmal eines: eine Linie der Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ähnlich ist die Situation an den **Hochschulen**, Herr Austermann. Ein Konzept zur Modernisierung der Ausbildung - nichts da! Ein Konzept zur Schaffung der benötigten zusätzlichen Studienplätze - Fehlanzeige! Ein Konzept, wie die Konzentration der Forschung auf die strategischen Projekte durchgesetzt werden kann, gibt es nicht. Stattdessen stiften Sie ein permanentes Chaos, indem Sie immer neue, mit niemandem abgestimmte Vorschläge absondern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ein produktives Chaos!)

Allein gegen alle Rektorate und ASten in kaum mehr als einem Jahr! Das soll Ihnen einmal einer nachmachen!

In der **Wirtschaftspolitik** beobachten wir - zumindest rhetorisch - eine Kehrtwende zu Beton statt Innovation, mit erstaunlichen Ergebnissen. Die **Flughafenförderung** hat nach dem Stopp des Ausbaus in Kiel mit dem Urteil gegen die Subventionen in Lübeck ihr zweites Waterloo erfahren. Sogar das „Handelsblatt“ meldete, dass Klaus Müller recht hatte: Ryanair ist eine unzuverlässige Gesellschaft und droht nach ihrer bekannten Taktik - das hat sie inzwischen zweimal gemacht - mit dem Weggang nach Bremen. Dann stünde Lübeck vor dem Aus.

Das sind aber Peanuts im Vergleich zu der **Fehmarnbelt-Querung**; da geht es um ganz andere Dimensionen, nämlich um 5 Milliarden. Und es geht um eine Staatsgarantie, die Gewinne über Jahrzehnte garantieren soll, weil die Privatwirtschaft sonst nicht bereit ist zu investieren. Da hat Schleswig-Holstein wirklich Glück, wenn die Kanzlerin jetzt die Notbremse zieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber die Wünsch-dir-was-Politik unseres visionären Ministerpräsidenten blickt schon weiter. Am

(Karl-Martin Hentschel)

7. Februar verkündete er, er wolle nun den Transrapid von Amsterdam über Hamburg nach Warschau bauen, natürlich mit Bundesgeldern. Wi hebbt dat jo!

Die vorgeschlagene Trasse würde übrigens 30 Milliarden € kosten. Dabei war der Bau schon auf der stark frequentierten Strecke Hamburg-Berlin völlig unrentabel. Da bekomme ich den Verdacht: Irgendwann spielen die Dimensionen sowieso keine Rolle mehr.

Herr Carstensen, ich weiß, dass Sie sich die Werte der 50er-Jahre zurückwünschen. Das klingt romantisch und liebenswert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da gab es aber keinen Transrapid!)

Damals lag die Abiturientenquote noch weit unter 10 % und ein Drittel der Menschen arbeitete auf dem Land. Da war die Welt noch in Ordnung. Wer gestern die neuesten Zahlen der OECD-Studie gelesen hat, weiß aber: Dieses Land braucht andere Visionen. Die „Frankfurter Allgemeine“ titelte: Deutschland verliert den Anschluss.

(Zurufe)

Weder Milliarden für Betonpisten noch ein Zurück in die 50er-Jahre werden unsere Probleme lösen. Die Zukunft heißt **Wissensgesellschaft**. Wir müssen alle möglichen Ressourcen umschichten in das, was Zukunft bedeutet: Wir brauchen Bildung von der Wiege bis zur Bahre.

(Unruhe)

Wir brauchen viel mehr Studenten. Wir brauchen Wissenschaft, Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien, Rohstoffrecycling, Kommunikation, Gesundheitswissenschaft und vieles andere mehr!

(Zurufe)

Roman Herzog hatte Recht, als er sagte: Ein Ruck muss durch unser Land gehen. - Herr Carstensen, wachen Sie auf! Organisieren Sie sich eine strategische Abteilung in der Staatskanzlei, die die Zukunft ins Auge fasst!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich schlage Ihnen vor, jeden Morgen, wenn Sie aufstehen, rufen Sie als Erstes Herrn Maurus an und rufen Sie ihm am Telefon zu: Ruck! Ruck! Ruck! - Das kann von mir aus auch auf Plattdeutsch geschehen.

(Zurufe)

Herr Carstensen, Sie haben falsche Versprechungen gemacht und so das Vertrauen Ihrer Wähler massiv hintergangen. Sie haben keine Vision, kein Konzept und keine Linie. Stattdessen erleben wir täglich Streitereien und Blockade. Diese Art von großer Koalition bewegt nichts außer Stillstand.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lothar, wie bewegt man Stillstand? - Zurufe)

- Das ist eine interessante Frage, Herr Kubicki. - Die vielen partiellen Wünsche der großen Koalition und ihrer Klientel führen trotz der anerkanntesten Sporbemühungen von Herrn Wiegand dazu, dass der Haushalt weiter wächst und das Defizit Dimensionen annimmt, die unter Rot-Grün unvorstellbar gewesen wären.

Trotzdem werden wir Grünen der Regierung bei der Konsolidierung nicht in den Rücken fallen, wo Sie es ernst meinen, wie Sie das bei unserer Regierung jahrelang gemacht haben.

Wir wissen aber auch, dass der Haushalt nicht aus eigenen Kräften saniert werden kann. Wir erwarten deshalb, dass sich die Landesregierung auch um die Einnahmeseite bemüht. Vermögen muss wieder in relevantem Umfang besteuert werden, damit die Reichtumsschere nicht weiter auseinandergeht. Das waren einmal 100 Millionen € im Jahr für den Landshaushalt.

Die **Unternehmensteuerreform** muss von Anfang an aufkommensneutral sein, da bin ich mit Lothar Hay einig. Firmen mit Milliardengewinnen, zum Beispiel IKEA, die alle Gewinne in die Karibik überweisen, lediglich als Lizenzgebühren für den Elch, müssen wieder Steuern zahlen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Wir werden wie im letzten Jahr sehr differenziert prüfen, was wir mittragen wollen. Wir werden aber genauso deutlich unsere Alternativen formulieren, aber keine Forderungen aufstellen, ohne realistische Gegenfinanzierungsvorschläge zu machen. Wir werden auch nicht die HSH Nordbank verkaufen, auch nicht virtuell. Ich habe vorhin bei dem Vorschlag geklatscht, die Anteile zu kaufen, weil die Zinsen, die wir im Moment bekommen, viel höher sind als das, was wir an Krediten aufnehmen müssten. Das ist der interessante Gesichtspunkt, den Herr Kubicki dargestellt hat, dass die Gewinnsteigerungen in den nächsten Jahren so hoch sind, dass es ein lohnendes Geschäft ist.

(Zurufe)

(Karl-Martin Hentschel)

Wer nachhaltige Finanzpolitik machen will, kann nicht an der Zukunft sparen. Weniger Verwaltung, weniger Beton, mehr Bildung, mehr neue Technologien und eine verantwortliche Umweltpolitik, das ist unsere Linie.

Herr Carstensen, immer mehr Menschen im Lande und auch in Ihren Koalitionsparteien sind über diese Koalition beunruhigt. Der Einzige, der das offensichtlich noch normal findet, sind Sie selbst. Aus dem „Gute-Laune-Bär“ ist ein „Problem-Bär“ geworden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. Ich möchte darauf hinweisen, dass Sie am Beginn Ihrer Rede eine Handlung als Betrug bezeichnet haben. Das ist aus meiner Sicht parlamentarisch nicht zulässig.

Ich möchte auf der Tribüne Besuchergruppen begrüßen, und zwar die Landjugend aus dem Kreisverband Steinburg und die Deutsche Auslandsgesellschaft. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor ich das Wort erteile, möchte ich zwei geschäftsleitende Bemerkungen zu unseren Dringlichkeitsanträgen machen. Der TOP 21 b - Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel? - ist statt Punkt 9, zu dem es keine Aussprache geben wird, auf heute Nachmittag gesetzt worden, wenn wir mit der Haushaltsdebatte fertig sind.

Der Punkt 21 a - Keine Schlechterstellung der schleswig-holsteinischen Kommunen bei Hartz IV - ist auf Freitag anstelle von TOP 44 um 15:30 Uhr gesetzt worden.

Nun hat sich die Vorsitzende der Gruppe des SSW im Landtag lange genug geduldet. Das Wort hat Anke Spoorendonk. Wir geben ihr die Möglichkeit, in die Pause hinein zu reden. - Bitte schön.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch uns erreichte Anfang des Monats die freudige Nachricht, dass sich der Arbeitsmarkt im Norden auf dem Weg der Besserung befindet. Die Zeit der Schreckensnachrichten sei endgültig vorbei, hieß es. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein ist sogar besser als im Bundesdurchschnitt. Das ist von allen Vorrednern schon gesagt worden. Gesagt wurde auch, dass es im Juli sogar 14 % weniger Arbeitslose als vor ei-

nem Jahr gab. Im Moment liegt die **Arbeitslosenquote** in Schleswig-Holstein bei 9,6 %. Mehrere Tausend neue Arbeitsplätze sind geschaffen worden. Auch von der NordBau in Neumünster wurde Positives gemeldet, wenngleich es noch zu früh ist, von einer nachhaltigen Trendwende zu sprechen.

Was auffiel, war aber, dass es in der Baubranche bereits erste Anzeichen für Flaschenhalsprobleme gibt und dass die Zahl offener Stellen in Schleswig-Holstein stark angestiegen ist. Der SSW will die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt gar nicht schlechtreden. Ich habe auch ein gewisses Verständnis dafür, dass die jetzige Landesregierung und der Vorsitzende der CDU-Fraktion diese positive Entwicklung auf ihr Konto verbuchen.

Aber wie sieht die Realität aus? - Dieser Aufschwung ist einzig und allein das Verdienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und insbesondere in Schleswig-Holstein. Sie haben mit ihrer Lohnzurückhaltung und einem großen Arbeitseinsatz in den Betrieben die Grundlage für die wirtschaftliche Erholung geschaffen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wegen der Lohnzurückhaltung der Beschäftigten in den vergangenen Jahren steht die deutsche Wirtschaft im EU-Durchschnitt wieder viel besser da. Während die **Arbeitskosten** im EU-Durchschnitt zwischen 2000 und 2004 um 2,8 % im Jahr gestiegen sind, waren es in Deutschland nur 2 %. In Niedriglohnländern wie Ungarn und Tschechien - das haben wir der Presse entnehmen können - gab es Zuwächse von mehr als 10 %. In den vergangenen drei Jahren stieg die Produktivität je Arbeitsstunde um 3,6 %. Deshalb sind die Lohnstückkosten unter dem Strich um über 1 % gesunken. Es ist diese Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die zum jetzigen Wirtschaftsaufschwung entscheidend beigetragen hat. Dazu kommt eine kleine Erholung der Binnenkonjunktur, die allerdings mehr damit zu tun hat, dass viele Bürgerinnen und Bürger angesichts der kommenden Mehrwertsteuererhöhung noch in diesem Jahr Investitionen tätigen, die sie schon lange auf der Liste hatten. Nächstes Jahr sieht es leider wieder anders aus. Interessanterweise weist die Landesregierung im Finanzplan des Landes selber auf diese Problematik hin. So steht im Finanzplan:

„Der private Konsum wird in 2007 in hohem Maße von den bisherigen Entscheidungen der Finanzpolitik belastet. Durch diese Maßnahmen wird den privaten Haushalten Kaufkraft entzogen.“

(Anke Spoorendonk)

Merkwürdig ist nur, dass die Landesregierung jene Entscheidungen im Bundesrat mitgetragen hat. Deshalb muss man feststellen, dass der jetzige Aufschwung trotz der Politik der großen Koalitionen in Berlin und Kiel zustande gekommen ist.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen: Jeder Arbeitslose weniger ist ein Grund zur Freude. Denn wer in Arbeit kommt, bringt dem Land auch mehr Einnahmen.

Die positive Entwicklung im August kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitsagentur noch immer viel zu wenig unternimmt, um **Langzeitarbeitslose** durch Weiterbildung und Qualifizierung zu fördern. Hier ist also eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert, gerade auch seitens des Landes, mit Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten für Langzeitarbeitslose und nicht zuletzt für über 50-Jährige. Denn genau das ist das große ungelöste Problem der Landespolitik. Dazu kommt, dass das jetzige Wirtschaftswachstum wieder einmal zwischen dem Hamburger Randgebiet und dem **Norden des Landes** ungleich verteilt ist. So ist die Arbeitslosigkeit in Nordfriesland im August sogar wieder angestiegen.

Aus Sicht des SSW ist es entscheidend, dass die Landesregierung den Haushalt 2007/2008 nutzt, um den Wirtschaftsaufschwung weiter zu unterstützen und insbesondere durch **regionalpolitische Ansätze** eine ausgewogene Entwicklung des gesamten Landes voranzubringen, einschließlich des ländlichen Raumes.

(Beifall bei SSW und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Natürlich ist dies vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage des Landes eine äußerst schwierige Aufgabe. Das wissen wir auch.

Die finanzielle Ausgangslage Schleswig-Holsteins könnte sehr viel schlechter nicht sein. Wir haben die höchste **Pro-Kopf-Verschuldung** aller Flächenländer und 2006 betragen die Zinsausgaben bereits 1 % des Haushalts. 67 % aller Nettoausgaben sind bereits gebunden und mit 19 % liegt die **Kreditfinanzierungsquote** Schleswig-Holsteins im Ländervergleich sehr hoch. Obwohl die Steuer-schätzung für 2007 und 2008 mit über 800 Millionen € zusätzlichen Einnahmen rechnet, weist Finanzminister Wiegard in der „sh:z“ vom 11. September zu Recht darauf hin, dass die Steuereinnahmen dennoch nur auf dem Niveau des Jahres 2000 liegen werden.

Aber der Einbruch bei den **Steuereinnahmen** seit dem Jahre 2000 ist nicht vom Himmel gefallen, sondern ist Folge der großen Steuerreformen der rot-grünen Bundesregierung, die zu über 50 Milliarden € Mindereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen geführt haben, unter anderem durch die Senkung der **Körperschaftsteuer für Unternehmen**. Von daher ist es schon ein bisschen merkwürdig, wenn sich unser Finanzminister vor der Sommerpause öffentlich für eine weitere Senkung der Unternehmensteuern einsetzt, die natürlich zu weiteren Einnahmeverlusten für das Land führen würde. Der Fraktionsvorsitzende der SPD hat zu Recht darauf hingewiesen, was im Bundesfinanzministerium derzeit gesagt wird. Hier kann ich dem Kollegen Wiegard - den ich wirklich sehr schätze und dem ich für seine Ausführungen danken möchte - nur empfehlen, auf seinen Parteilfreund Ministerpräsident Rüttgers zu hören, der sich dazu bereit erklärt hat, sich von Lebenslügen zu verabschieden,

(Beifall beim SSW)

nämlich von der Vorstellung, dass eine Senkung der Unternehmensteuern zu mehr Arbeitsplätzen führt. Die bitteren Erfahrungen haben uns gelehrt, dass dies nun wirklich nicht der Fall ist.

Nicht zuletzt also die steuerpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre auf **Bundesebene** haben Schleswig-Holstein ein großes strukturelles Defizit in seinem Haushalt beschert. Obwohl die Landesregierung 2007 und 2008 jeweils 300 Millionen € sparen will, werden wir wie in den letzten Jahren nicht in der Lage sein, einen **verfassungsgemäßen Haushalt** aufzustellen. Auch das wissen wir. Die Landesregierung hat gesagt, dass sie bis 2010 die Nettokreditaufnahme halbieren will. Damit wird die Kreditfinanzierungsquote langsam gesenkt. Erst ab 2009 rechnet die Landesregierung mit einem positiven Primärsaldo des Haushalts.

Im Prinzip kann der SSW von daher die Eckpunkte des Haushaltes für 2007/2008 und den Finanzplan bis 2010 unterstützen. Denn ein noch radikalerer Sparkurs hätte verheerende Folgen für Schleswig-Holstein. Wir dürfen nicht vergessen, dass außer Bayern oder Baden-Württemberg kaum ein Land einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen kann.

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir im Detail mit vielen Einzelmaßnahmen der Landesregierung gar nicht einverstanden. Die kommenden Auseinandersetzungen werden genau das beinhalten. Wir werden uns um diese Einzelmaßnahmen streiten. Wir werden die Einzelpläne miteinander debattieren. Denn diese Maßnahmen ha-

(Anke Spoorendonk)

ben dazu geführt, dass die Erwartungen an eine Regierung in so kurzer Zeit wie selten enttäuscht worden sind. Sowohl die große Koalition in Berlin als auch die Landesregierung in Kiel haben es geschafft, innerhalb von weniger als einem Jahr viele Hoffnungen zu zerstören. Die Ursachen für diese Enttäuschung sind nicht nur politische Fehlentscheidungen oder krumme Kompromisse, sondern vor allem das ewigen Hickhack zwischen den Regierungsparteien, egal ob es jetzt um das neue Schulgesetz in Schleswig-Holstein geht, um Studiengebühren, um das Kopftuchverbot in Schulen oder um die Gesundheitsreform. Die Bürger stehen verwirrt da und wissen nicht mehr, wo es langgeht. Das Allerschlimmste ist aber, dass die großen Koalitionen gerade den letzten Rest an Vertrauen in die Politik verspielen.

So hat die große Koalition in Kiel im Mai letzten Jahres einen **Koalitionsvertrag** beschlossen, in dem sie die Politik der Landesregierung festlegte. Es hat aber nicht viel mehr als ein halbes Jahr gedauert, bis sie diese Zusagen, ohne zu zucken auf den Scheiterhaufen der Geschichte geworfen hat. Noch im Dezember hat unser Ministerpräsident den Polizisten versprochen, dass bei ihnen nicht gespart wird. Zwölf Wochen später, im März, legt seine Landesregierung einen Haushaltsentwurf vor, in dem das Weihnachtsgeld von Beamten, Polizisten und Lehrern stark gekürzt wird. Wen wundert es da, dass selbst die Staatsdiener sich im Zorn von der Regierung abwenden? Die heutige Demonstration wird dies noch einmal bestätigen.

Der SSW kritisiert weiter, dass der Haushaltsentwurf zu wenig soziale Rücksichten nimmt und den ländlichen Raum unverhältnismäßig hart trifft. So stehen zum Beispiel die Senkung der Personalstandards für die Kindertagesstätten in zwei Kreisen und die Kürzungen bei den Beratungsstellen für Frauen im Widerspruch zu der Bildungs- und Familienpolitik, die sowohl SPD als auch CDU derzeit propagieren.

Besonders hart wird es auch den ländlichen Raum treffen. Die Kürzung bei der Dorfentwicklung und bei den **erneuerbaren Energien** und der geplante Verkauf des **Landeswaldes** vertiefen die Spaltung zwischen den wenigen Wirtschaftszentren Schleswig-Holsteins und dem Rest des Landes. Auch die Kürzung der Ausgaben für die **Schülerbeförderung** wird die Familien im ländlichen Raum besonders hart treffen.

(Beifall beim SSW)

Für den SSW bestätigen sich damit die Befürchtungen, die der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag

schon im Februar geäußert hat: Die Landesregierung konzentriert ihre Förderpolitik auf die Metropolregion und die städtischen Zentren und steht mit leeren Händen bei der Förderung des ländlichen Raumes da.

So standen für die Integrierte Ländliche Entwicklung in den Gemeinden - zum Beispiel für die Dorfentwicklung - von 2000 bis 2006 fast 66 Millionen € zur Verfügung. Laut Haushaltsentwurf wird es künftig im Rahmen des **ELER-Programms** im Zeitraum 2007 bis 2013 nur noch 38 Millionen € für diese Maßnahmen geben. Dies ist insbesondere deshalb problematisch, weil es damit faktisch nicht möglich ist, die vielfältigen Ergebnisse aus rund 100 ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen umzusetzen. Denn bisher wurden mit der Schwerpunktachse „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ vielfältige Projekte gefördert und auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

In dieses Bild hinein passt dann auch, dass das Nachfolgeprogramm des „Regionalprogramm 2000“ nicht mehr nur für die strukturschwachen Regionen gelten soll. Die **EU-Förderung** für die regionale Entwicklung soll mit dem „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ künftig ganz Schleswig-Holstein umfassen. Man kann sich leicht vorstellen, welche Regionen in diesem Wettbewerb die Verlierer sein werden.

Durch die massive Mittelkürzung werden also wichtige **Investitionen** zur Aufrechterhaltung von Lebensqualität und Wirtschaftsentwicklung auf dem Lande nicht mehr getätigt werden. Die Wirtschafts- und Investitionskraft der privaten und der öffentlichen Haushalte werden in der Fläche allein nicht ausreichen, um die Attraktivität zu erhalten und den Auswirkungen des demografischen Wandels und der wegbrechenden Infrastruktur entgegenzuwirken.

Die Einrichtung von **Aktiv-Regionen** im Rahmen des Zukunftsprogramms zur Förderung des ländlichen Raumes darf nicht zu einem K.-o.-Wettbewerb zwischen den einzelnen Regionen führen. Die Landesregierung hat weiterhin eine Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in allen Ecken Schleswig-Holsteins.

Der Gipfel des Vertrauensbruchs - auch das muss ich noch einmal sagen - ist aber der geplante Eingriff in die **kommunalen Finanzen**, der nicht nur Verwaltungsleute, sondern auch Politiker auf die Palme bringt. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben vor dem Landtag demonstriert. Das

(Anke Spoorendonk)

war wirklich etwas Einmaliges. Wir wissen, dass sie das nicht taten, weil ihnen in die privaten Taschen gegriffen wird, sondern weil sie zu Recht um die Handlungsfähigkeit und die finanzielle Existenz ihrer Städte und Gemeinden fürchten. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage der Kreise, Städte und Gemeinden wird der Eingriff in die kommunalen Finanzen wirklich weitreichende Folgen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben. Wenn man sagt, das sei ein Spiel, „rechte Tasche, linke Tasche“, so muss ich sagen: Das ist so.

Die Landesregierung hält aber leider unverändert an ihren Plänen fest. Dabei hat die große Koalition noch vor einem Jahr in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben - auch das möchte ich noch einmal zitieren -, dass „das Land seinen Haushalt nicht zu lasten der Kommunen sanieren will und darf“. - Recht hatte sie. Dabei bleiben wir.

Die von CDU und SPD vorgeschlagenen **Kompensationen** für die Kommunen sind entweder also völlig inakzeptabel oder unseriös. Am Ende wird die ganze kommunale Familie als Verliererin dastehen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Denn auch das Konstrukt der **Verwaltungsregionen** ist an sich eine Totgeburt und wird entgegen den Aussagen der Landesregierung keine Einsparungen erbringen. Der Verwaltungsstrukturreform liegt keine grundlegende Analyse der gegenwärtigen Situation sowie der daraus folgenden Herausforderungen zugrunde. Die neue Verwaltungsebene kostet - da gehe ich jede Wette ein - zusätzliches Geld und zusätzliches Personal, sie erweitert die Bürokratie, verschlechtert die demokratischen Kontrollmöglichkeiten der gewählten Gremien auf kommunaler Ebene und bringt auch nicht mehr Bürgernähe.

(Beifall bei SSW, FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neuen Verwaltungsregionen machen nur Sinn, wenn das Ziel eine **Kreisgebietsreform** ist, bei der längerfristig die Zahl der Kreise in Schleswig-Holstein auf vier oder fünf reduziert wird. Wenn die Landesregierung die heutigen Kreise abschaffen will, dann soll sie es aber sagen, dann soll sie keine Salamiaktik betreiben.

(Beifall beim SSW)

Ich fasse zusammen: Trotz der großen finanziellen Probleme darf das Land seinen Haushalt nicht auf Kosten anderer sanieren. Nur wenn es gelingt, ein

Sanierungskonzept zu beschließen, das über eine Wahlperiode hinaus reicht, kommen wir wirklich weiter. Aber ich habe noch im Kopf, wie diese Diskussionen in der Vergangenheit geführt wurden. Darum sage ich noch einmal: Allein durch Kürzungen schaffen wir es nicht, einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu bekommen. Wir brauchen ganz einfach mehr Einnahmen.

Die Landesregierung begründet ihre **Einsparziele** von über 300 Millionen € pro Jahr unter anderem damit, dass es ihrer Meinung nach nicht möglich ist, die Einnahmen des Landes zu erhöhen. Das sehen der SSW und auch viele Finanzexperten anders. Zum einen sind die Möglichkeiten einer besseren Steuerkontrolle durch die Finanzbehörden überhaupt noch nicht ausgeschöpft; denn immer noch entgehen dem Staat zum Beispiel durch Mehrwertsteuerbetrug jedes Jahr Milliardenbeträge an Steuereinnahmen. Zum anderen gibt es immer noch das ungelöste Problem einer Erbschaft- und Vermögenbesteuerung, bei der die Bundesrepublik im internationalen Vergleich hinterherhinkt.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Diesbezüglich sollte die Landesregierung auf Bundesebene aktiv werden. Drittens bleibt es eine entscheidende Aufgabe des Landes, mehr Arbeitsplätze zu schaffen; denn dadurch bekommen wir mehr Steuereinnahmen.

Im nördlichen Landesteil, wo es große Jobchancen auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt gibt, muss die Landesregierung aus Sicht des SSW weit mehr für die Vermittlung der dänischen Sprache tun, und sie muss das bisherige Angebot an Sprachkursen deutlich ausweiten. Die Zweisprachigkeit und damit das Erlernen der dänischen Sprache ist ein entscheidender Baustein in der wirtschaftlichen und kulturellen **Entwicklung des nördlichen Landesteils**.

Wir brauchen also mehr Dänischkurse und wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Landesregierung muss sich wirklich das Ziel setzen, das, was sie in eigener Zuständigkeit tun kann, auch umzusetzen.

Das gilt auch in der **Minderheitenpolitik** des Landes. Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung im Haushaltsentwurf keine Kürzungen bei den Organisationen der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe vorgenommen hat. Dass der Dänische Schulverein ab 2008 endlich die finanzielle Gleichstellung erhält, sehen wir als einen weiteren Ausdruck dafür, dass sich diese Landesregierung zu dem hohen Stellenwert der Minderheiten-

(Anke Spoorendonk)

politik für Schleswig-Holstein bekennt. Wir wissen also zu würdigen, dass der Minderheitenbereich einer der wenigen Bereiche ist, der nicht von Einsparungen betroffen wird.

Allerdings muss es erlaubt sein darauf hinzuweisen, dass diese finanzielle Gleichstellung natürlich nicht zu einer neuen Grundsatzdiskussion darüber führen darf, wer denn nun für die Minderheiten die Verantwortung trägt. Denn die gleichzeitig von der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung des Schulla- stenausgleiches für die Kommunen für Schülerinnen und Schüler der dänischen Minderheit hat, zum Beispiel in Nordfriesland, bereits zu einer unerquicklichen Diskussion geführt. Durch die Erhöhung von 25 % auf 100 %, die der SSW aus Gleichheitsgrundsätzen durchaus befürwortet, kommen auf die Kommunen im nördlichen Landesteil Mehrbelastungen von bis zu 3,3 Millionen € zu.

Ich habe Verständnis dafür, dass die Kommunen von diesem Vorschlag vor dem Hintergrund des Eingriffs in die kommunalen Haushalte nicht begeistert sind. Allerdings kann es nicht sein, dass man die dänische Minderheit quasi zum Spielball im Clinch zwischen den Kommunen und dem Land macht. Das muss aufhören. Denn am Ende sind laut Landesverfassung sowohl Land als auch Kommunen für die Minderheiten zuständig.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Heike Franzen [CDU] und Manfred Ritzek [CDU])

Im Übrigen weise ich auch darauf hin, dass die Zuschüsse an die dänische Minderheit keine Almosen sind. Wir sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und fordern die finanzielle Gleichstellung ein. Das heißt, wir wollen die gleiche finanzielle Förderung wie unsere Nachbarn von der Mehrheitsbevölkerung.

Dazu kommt, dass die dänischen Organisationen und Institutionen mit einem Staatszuschuss von über 60 Millionen € aus Dänemark und mit über 1.800 Arbeitsplätzen volkswirtschaftlich betrachtet für einen erheblichen positiven Effekt im Landesteil Schleswig verantwortlich sind. Diese Fakten werden in den Diskussionen um die freiwilligen Leistungen an die dänische Minderheit leider zu oft vergessen.

Das Stichwort „freiwillige Leistung“ bringt mich dazu, darauf hinzuweisen, dass der SSW beim neuen Schulgesetz die Notwendigkeit sieht, endlich die **Schülerbeförderung** für die **dänische Minderheit** gesetzlich abzusichern. Aber darauf werden wir noch eingehen, wenn wir hoffentlich im Oktober zu einer ersten Lesung des Schulgesetzes kommen.

Spätestens im Oktober werden wir auch eine Antwort auf die Frage haben, ob Schleswig-Holstein nun endlich **Gemeinschaftsschulen** bekommt. Vorsorglich weise ich noch mal darauf hin, dass es im Landtag eine Mehrheit für die Einführung von Gemeinschaftsschulen gibt.

(Beifall beim SSW)

Allerdings - so redlich will ich auch sein - ist positiv, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden Dr. Wadephul an der Spitze immerhin schon bereit ist, über eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen nachzudenken.

Ich glaube, die Realität vor Ort, die Situation an vielen Hauptschulen und der Rückgang der Schülerzahlen werden schneller neue Fakten schaffen, als so manchem konservativen Bildungspolitiker lieb ist. Denn vor Ort ist man oft schon weiter. So haben zum Beispiel die Gemeinde Handewitt oder auch der Schulausschuss der Stadt Flensburg beschlossen, offen für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zu sein. Deshalb kann man der CDU nur zurufen: Gebt euch einen Ruck.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Lieber Kollege, ich werde Ihnen die Pressemitteilungen dazu zeigen. - Denn die neue Initiative der Landesregierung zur Stärkung der Hauptschule ist zwar kurzfristig ein richtiger Schritt, aber langfristig brauchen wir unbedingt eine Änderung des gegliederten Schulsystems und damit eine Abschaffung der Hauptschule.

Auch das neue Hochschulgesetz werden wir erst im Oktober im Landtag beraten. Allerdings steht der SSW schon heute den bisher bekannten Kompromissen der Landesregierung ausgesprochen kritisch gegenüber. So ist es aus unserer Sicht besonders problematisch, dass das Verbot von **Studiengebühren** aus dem Hochschulgesetz herausgenommen werden soll. Auch wenn die Studiengebühren nicht gleich kommen, so bleiben sie eine Option der Landesregierung. Die Aussage der Bildungsministerin, man könne über nachgelagerte Studiengebühren nachdenken, beruhigt uns nun wirklich auch nicht.

Wir sagen: Das Recht auf eine kostenlose Erstausbildung ist ein wertvolles Gut unseres Sozialstaates und ist wichtig, um die soziale Gerechtigkeit in unserer Gemeinschaft zu wahren. Genau das gehört zu den Merkmalen unserer Gesellschaft. Das Pfund, mit dem Schleswig-Holstein im globalen Wettbewerb wuchern kann, sind hoch ausgebildete Bürgerinnen und Bürger. Studiengebühren werden junge Menschen aber von einem Hochschulstudium eher

(Anke Spoorendonk)

abschrecken, auch wenn sie erst nach dem Studium fällig werden.

Wir brauchen Anreize zu mehr Bildung und keine Abschreckung. Wenn Wissenschaftsminister Austermann vor dem Hintergrund der steigenden Bewerberzahlen bei den schleswig-holsteinischen Hochschulen von „Aldi-Studenten“ spricht, dann sagt das - denke ich - mehr über ihn aus als über die Studierenden.

(Lothar Hay [SPD]: Er hat das positiv gemeint!)

Ich könnte den Wissenschaftsminister fragen, ob er etwa der Meinung sei, ob nur Studierende, die sich die Studiengebühren - zum Beispiel wegen ihrer vermögenden Eltern - leisten können, gute Studenten sind. Ich meine, wir sollten uns darüber freuen, dass unsere **Hochschulen** immer attraktiver werden.

(Beifall beim SSW - Zurufe von der CDU)

- Ich halte den Begriff „Aldi-Student“ schon für mehr als gewöhnungsbedürftig.

Wenig attraktiv wirkt der gefundene Kompromiss beim Hochschulrat. Er ist weder Fisch noch Fleisch und bringt eigentlich nur mehr Bürokratie und wenig Fortschritt für die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein. Die Anhörung zum Universitätsklinikum hat unsere Zweifel dahin gehend bestätigt, dass sich der Wissenschaftsminister auf dem Holzweg befindet. Ein Teilverkauf des **UK S-H** wird jedenfalls kaum die in Aussicht gestellten Einnahmen für das Land erbringen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, das Konzept des Vorstandes des UK S-H ernst zu nehmen und seine eigenen Vorschläge zu überarbeiten.

(Beifall beim SSW)

Auch bei einem anderen wichtigen Thema muss die Landesregierung nacharbeiten. Denn es ist schon erstaunlich, dass die Bundeskanzlerin am Wochenende offen aussprach, dass die feste **Fehmarnbelt-Querung** nicht zu finanzieren und für die Bundesregierung keine vorrangige Infrastrukturmaßnahme sei.

(Zurufe)

Sehr geschätzter Herr Ministerpräsident, ich habe das der Presse so entnehmen können. - Der SSW fordert schon seit Jahren, dass Schleswig-Holstein zu allererst die Verkehrsinfrastruktur im Lande in Ordnung bringt, bevor man sich Prestigeprojekten à la Fehmarnbelt hingibt.

(Beifall beim SSW)

Dabei haben für uns der Ausbau der **A 20** und die **westliche Elbquerung** mit Anbindung an die Westküste die höchste Priorität. Wenn Frau Merkel jetzt sagt, Schleswig-Holstein müsse sich zwischen diesen beiden Großprojekten entscheiden, dann ist unsere Antwort klar: Die Fehmarnbelt-Querung kann warten. Ob sie unter privatwirtschaftlichen Bedingungen jemals kommt, erscheint uns fraglich. Damit beschäftigen wir uns nicht. Uns ist wichtig, dass die Prioritäten stimmen. Wenn eine privatwirtschaftliche Finanzierung für die Landesregierung als letzte Möglichkeit hochgehalten wird, ist das eher ein Akt der Verzweiflung.

(Beifall beim SSW)

Zurzeit klaffen also Anspruch und Wirklichkeit bei der Landesregierung eher auseinander. Was klappt, kann als Politik der kurzsichtigen Einsparungen umschrieben werden. Denn wir wissen immer noch nicht, wohin die große Koalition das Land gemeinsam steuern will. Dabei lautet aus Sicht des SSW die ganz zentrale Frage, wie die beste Balance zwischen Haushaltssanierung, der Weiterentwicklung unseres Sozialstaates und der Schaffung von Arbeitsplätzen aussieht. Wer auf diese Frage als einzige Antwort herunterbetet, dass wir über Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt haben, dass öffentliche Aufgaben ausschließlich aus diesem Grund künftig nicht mehr erfüllt werden sollen, der gibt den Menschen in Schleswig-Holstein keine ernst zu nehmende Zukunftsperspektive. Und daher sage ich: Nach bisheriger Erfahrung bezweifeln wir, dass die große Koalition die Kraft hat, das Land langfristig zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger voranzubringen.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie noch über einen Termin informieren. Vor dem Eingang des Landshauses überbringt die Landjugend Schleswig-Holstein um 13:30 Uhr die von der Kreislandjugend Steinburg geflochtene Erntekrone. Sie alle sind sehr herzlich gebeten, an dieser schon traditionellen Übergabe teilzunehmen.

Wir setzen die Sitzung um 15 Uhr mit der Rede des Ministerpräsidenten fort.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:19 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir setzen die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 7 fort.

Bevor ich in die Rednerliste gehe, möchte ich auf der Tribüne sehr herzlich die SPD-Ortsvereine von Uetersen und Wedel begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich habe noch eine Bitte an die Fraktionsgeschäftsführer; davon ausgenommen ist die SPD, weil sie es schon erledigt hat. Bitte nennen Sie uns die Redner hinsichtlich der Dringlichkeitsanträge, damit wir nicht raten müssen, wer reden soll, sondern damit wir es wissen.

Nun erteile ich dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Peter-Harry Carstensen, das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bringen heute den Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2007/2008 ein. Ich darf mich bei den Rednern der Opposition für die moderate Beurteilung bedanken. Diese ist für eine Opposition schon fast ein Lob. Auf einige Dinge vom Kollegen Kubicki komme ich noch; auch auf die anderen Vorredner gehe ich noch ein.

Zunächst zu Ihnen, Kollege Hentschel. Sie sagen, wir hätten eine Klage wegen der Verfassungswidrigkeit der alten Haushalte seinerzeit angestrebt und zurückgenommen. - Nein, Kollege Hentschel, das ist ein bisschen anders. Das Verfassungsgericht ist seinerzeit angerufen worden, um festzustellen, dass der Haushalt verfassungswidrig war. Wir brauchen das Urteil des Verfassungsgerichts nicht mehr, weil wir es Ihnen so sagen. Bedauerlicherweise ist das nicht verfassungsgemäß, was damals gemacht wurde.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was machen Sie jetzt? - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das ist ein kleiner Unterschied. Ich kann Ihnen das vielleicht nachher noch einmal erklären. Die anderen haben es ja begriffen. Insofern muss ich es jetzt nicht noch einmal für alle erzählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich erkläre es Ihnen noch einmal: Es ging nur um die Feststellung. Wenn man auf die Feststellung klagt und es festgestellt wird, dann braucht man nicht mehr zu klagen. Denn dann ist das Ergebnis schon da.

Das Zweite ist: Sie sagten, dass die Nettoneuverschuldung steige. Nun kann man das gegenüber der Regierungszeit von Rot-Grün formal so sehen, aber ich kann mich gut daran erinnern, dass wir vor gut einem Jahr einen Haushalt übernommen haben, in den Sie mit 550 Millionen € Nettoneuverschuldung eingestiegen sind. Dann hat es eine Deckungslücke von 940 Millionen € gegeben, sodass wir bei 1,5 Milliarden € lagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist bedauerlicherweise richtig!)

Dann gab es im Mai eine Steuerschätzung, die nicht so günstig war und es gab einiges an Sozialkosten, die auch bei einer anderen Regierung entstanden wären. Dann wären wir auf 1,7 Milliarden € gekommen. Ich darf Ihnen eines sagen, damit wir uns über die Eröffnungsbilanz im Klaren sind: Das ist für mich die Eröffnungsbilanz und die Schlussbilanz, an der Sie Anteil gehabt haben.

(Beifall bei der CDU)

Insofern müssen wir das ein bisschen zurecht-rücken.

Zu einigen Punkten, die Frau Spoorendonk genannt hat, komme ich nachher. Denn auch daran ist etwas zu berichtigen.

Nun, Opposition ist immer Regierung im Wartestand, lieber Herr Kubicki.

(Zuruf von der SPD)

- Manche können es auch. Allerdings muss man in einer solchen Debatte - auch wenn es die erste Lesung ist - etwas mehr in die Substanz gehen. Dann kann man nicht nur aus Zeitungen zitieren. Ich war erstaunt, wie häufig Sie die „Lübecker Nachrichten“ zitiert haben.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Einmal!)

- Nein, nicht nur einmal, sondern mehrmals.

(Martin Kayenburg [CDU]: Zweimal mindestens!)

Sie haben anschließend noch gesagt, dass Sie auch eine seriöse Zeitung zitieren wollten, und dann kamen die „Kieler Nachrichten“.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das kann ich auch im Sinne der „Lübecker Nachrichten“ so nicht stehen lassen. Also, wir haben hier

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

im Land nur sehr seriöse Zeitungen. Alles andere, was von außen kommt, ist vielleicht nicht seriös.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich komme gleich noch auf ein Zitat aus den „Lübecker Nachrichten“ zu sprechen. Ich finde: Wenn man zitiert, dann muss es genau sein. Ich komme noch auf ein Zitat, das Sie als wörtliche Rede gebracht haben, aber nicht dem entspricht, wie es gewesen ist. Bei der Rede über die Diätenreform haben Sie der Zeitung geradezu Ihre Meinung gesagt. Deswegen verwundert es mich; mehr will ich dazu nicht sagen.

Ich bin ja Jäger und habe großen Respekt vor Tieren, die sich suhlen. Sich nur in Kritik zu suhlen, aber nicht rauszukommen und nicht zu sagen, was man will, reicht nicht, Herr Kubicki. Sie sagen auf Bundesebene, dass Sie keine Mehrwertsteuererhöhung wollen. Dann sorgen Sie aber dafür, dass dem Land Schleswig-Holstein 200 Millionen € objektiv an Einnahmen fehlen. Dann sagen Sie, dass Sie die 120 Millionen € an Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich nicht wollen; das sind zusammen schon 320 Millionen €. Dann sagen Sie, dass Sie es falsch finden, in das Einkommen der Beamten einzusteigen; das sind zusammen schon 420 Millionen €. Sie verlieren allerdings kein einziges Wort darüber, wie diese 420 Millionen € finanziert werden sollen. Das kann nicht angehen!

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich darf Ihnen Folgendes sagen, Herr Kubicki: Sie wissen, wie sehr es mich trifft, dass ich es machen musste, dass ich also eine Zusage nicht einhalten konnte. Ich sage Ihnen aber auch: Ich habe bei den Entscheidungen, die wir treffen, ein gutes Gewissen. Sie sagten, es falle mir locker leicht, und Sie brachten das Zitat: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das war Adenauer!)

- Ja, aber er hat es nicht als Aussage Adenauers gebracht, sondern mich mit dem Geschwätz in Verbindung gebracht.

Herr Kubicki, ich sage es Ihnen bei allem Respekt und in aller Freundschaft:

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn wir das nicht gemacht hätten, dann säßen Sie nicht hier!)

Wenn Sie hier mit auf der Regierungsbank gesessen hätten, dann wären Sie an diesen Entscheidungen nicht vorbeigekommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hätten hier sitzen können. Ich habe mich immer gewundert, woher 14 Tage vor der letzten Wahl plötzlich der Hang zur SPD kam.

(Claus Ehlers [CDU]: Fahnenflucht!)

Damals gab es auch einige Zusagen, die dann nicht ganz eingehalten wurden. Ich kann das inzwischen verstehen. Ich komme mit der SPD ausgesprochen gut zurecht und deswegen kann ich Ihren Wunsch gut verstehen, dass Sie auch mal mit der SPD regieren wollen. Nein, ich vermisse etwas mehr Seriosität in dieser Geschichte und Sie müssen sagen, wie Sie das Geld aufbringen. Das wäre notwendig.

Ich bin fest davon überzeugt: Wenn Sie mit uns hier sitzen würden oder gesessen hätten, wären wir auch gemeinsam nicht an dieser Entscheidung vorbeigekommen. Das ist die Situation, die wir haben. Ich bin auf die Vorschläge der Opposition sehr gespannt. Schließlich haben Sie gesagt, wir seien in der ersten Lesung und es kämen noch Vorschläge.

Ich sage Ihnen zu - das gilt für die Grünen, für den SSW und natürlich auch beziehungsweise ganz besonders für die FDP -: Wenn es seriöse Vorschläge gibt, die wir nachvollziehen können, dann werden sie mit aufgenommen. Denn das Ziel heißt Sparen - oder nach Ihrer Definition, die sicherlich richtiger ist - beziehungsweise besteht darin, dafür zu sorgen, dass wir weniger Schulden machen.

Sie haben völlig recht, dass wir die Geschwindigkeit des Schuldenmachens verringern. Sie haben völlig recht, wir machen mehr Schulden und wir werden 10 Jahre lang mehr Schulden machen. Wenn wir es schaffen, innerhalb von 10 Jahren auf null zu kommen oder innerhalb von fünf Jahren die Neuverschuldung in dieser Höhe zu halbieren, haben wir eine gewaltige Leistung für dieses Land erbracht.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das ist aber das Ziel, das wir uns jetzt setzen, und wir wissen, dass wir dann immer noch nicht bei **verfassungsgemäßen Haushalten** sind.

Meine Damen und Herren, die Menschen im Lande merken, dass sich hier etwas tut. Die Wirtschaft merkt das, sie honoriert das. Die Einzigen, die das jetzt so in Ansätzen merken, ist die Opposition, aber die kommen auch dazu. Die große Koalition hat Bewegung ins Land gebracht. Die ersten Erfolge sind da und Schleswig-Holstein ist auf gutem Weg. Wir machen im Land unsere Hausaufgaben und dabei steht die Haushaltswende ganz oben an.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

So schaffen wir Planungssicherheit und tragen zu einem vernünftigen Investitionsklima im Land bei.

Mit dem Doppelhaushalt, den wir Ihnen vorgelegt haben, wird die erste Etappe geschafft. Gegenüber der **mittelfristigen Finanzplanung** wird der Haushalt um 600 Millionen € entlastet. - Soll ich den Satz wiederholen? - Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung wird der Haushalt um 600 Millionen € entlastet. Das ist ein ungeheurer Kraftakt und das ist ein gutes Ergebnis.

Eine konsequente **Haushaltssanierung**, wenn wir darüber draußen reden, bringt uns immer Zustimmung. Aber wenn es konkret wird, sieht die Welt für die anderen ganz anders aus. Wir werden noch über einzelne konkrete Dinge sprechen, wenn wir in den Beratungen direkt in die einzelnen Haushalte hineingehen. Natürlich weiß ich, dass die gemeinsam beschlossenen, die dringend nötigen Einsparungen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Kritik stoßen. Ich weiß aber auch, wenn wir hier jetzt die Lasten nicht ausgewogen verteilen, sind wir später zu weit drastischeren Schritten gezwungen. Das will ich nicht. Zu unserem Sparkurs gibt es keine verantwortungsvolle Alternative.

Ich sage auch, ich sehe nicht nach hinten. Ich gebe keinem die Schuld, sondern meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass wir die Zukunft gestalten und nicht irgendwo über die Vergangenheit lamentieren. Wenn wir unseren Kindern und Enkeln ein Leben in Wohlstand und innerem Frieden ermöglichen wollen, müssen wir jetzt handeln. Wir müssen den seit vier Jahrzehnten - das ist das Einzige, wo ich nach hinten schaue und, wie ich glaube, weit genug - beschrittenen Weg in den Schuldenstaat stoppen. Wir müssen den Weg der expandierenden Ansprüche an die Sozialsysteme verlassen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Solidarität ohne Bevormundung durch den Staat und durch Interessenverbände. Unsere großen Reformen auf Bundesebene sind viel zu wichtig für politische Machtspielen. Bei der Gesundheitsreform kommt es mir darauf an, dass der Finanzausgleich über alles funktioniert und dass die Lohnnebenkosten sinken. Uns kommt es darauf an -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Deswegen steigen die Beitragssätze!)

- ich bin doch nicht zufrieden mit dem, sonst hätten wir es schon -,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

dass die Existenz der Krankenhäuser in diesem Land nicht gefährdet wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das Land und die Situation des Landes stehen bei mir auch im Mittelpunkt.

Der Sanierungskurs der Landesregierung setzt ein wichtiges Zeichen, aber es möge sich bitte niemand täuschen in der Situation, auch die nächsten Jahre werden schwer genug werden. Wir sind noch längst nicht über den Berg. Ich kündige auch an, auch der Doppelhaushalt 2009/2010 wird ein Sparhaushalt werden müssen. Ich wäre deshalb froh, wenn auch die Opposition nicht nur die abstrakte Forderung nach einem Sparkurs unterstützen würde, sondern auch die konkrete Umsetzung.

Meine Damen und Herren, der erste Schritt hin zur Halbierung der **Neuverschuldung** ist gemacht. Wir haben das größte Sanierungspaket in der Geschichte des Landes geschnürt. Wir sanieren, wir reformieren, aber wir investieren auch. Wir investieren gezielt in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, etwa, liebe Frau Spoorendonk, in die Entwicklung des ländlichen Raumes mit einem 480 Millionen € **Zukunftsprogramm**, das wir der Europäischen Kommission jetzt vorgelegt haben. Ich staune ein bisschen, ich habe das Gefühl, dass Sie in Ihrer Rede ein bisschen an der Wirklichkeit vorbei waren, auch in anderen Dingen; darauf komme ich gleich noch.

Wir investieren in **Wissenschaft und Forschung**. Ich nenne hier das Kieler Protonentherapiezentrum und die Exzellenz-Cluster Entzündungsmedizin und Meeresforschung.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Man muss doch erst einmal dafür sorgen, lieber Herr Klug, dass die Geschichte hier nach Schleswig-Holstein kommt. Das haben Sie noch nie erlebt, wie das gelaufen ist,

(Beifall bei CDU und SPD)

wie wir uns vereinbart haben mit Hamburg und gesagt haben, bis August plant ihr. Das hat es vorher noch nicht gegeben, nicht einmal irgendwo anders im Bundesgebiet, dass die Zusammenarbeit so gut klappt. Wenn die Zusammenarbeit dort nicht gewesen wäre, wäre die Geschichte nicht nach Kiel gekommen, Herr Klug. Das müssen Sie doch einmal sehen.

Wir investieren mithilfe des **Schleswig-Holstein-Fonds**, wir haben neue Instrumente zur **Mittelstandsförderung** geschaffen, zum Beispiel den Seed- und Start-Up-Fonds für Ausgründungen aus Hochschulen, das Darlehnssofortprogramm für kleine und mittlere Unternehmen und den Beteili-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

gungsfonds für etablierte Unternehmen aus dem Mittelstand. Alle diese Instrumente sind handfeste Hilfen für unsere **Unternehmen**. Wir investieren in die **Verkehrsinfrastruktur**. Mit dem Ausbau der A 20 nicht nur bis Bad Segeberg, dem sechsspurigen Ausbau der A 7, der Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck und dem Hafenausbau stellen wir die richtigen Weichen gerade auch als Logistikkreuzung im Norden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was ist mit der Fehmarnbelt-Querung?)

- Nun warten Sie doch, seien Sie doch nicht so aufgeregt! Sie haben doch noch ein langes Leben vor sich, Sie können doch noch ein bisschen Geduld haben. Das ist doch nicht die letzte Rede, die Sie von mir hören.

(Heiterkeit)

Seien Sie ein bisschen geduldig, Herr Kollege.

Wir machen Druck in Berlin für den Ausbau der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals und ich sage Ihnen - jetzt kommen Sie -, für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein kann es nicht um die Frage Elbquerung westlich Hamburg oder Fehmarnbelt-Querung gehen, es geht um beides. Wir sind Toplogistikstandort und Verkehrsbrücke nach **Skandinavien** und wollen das auch bleiben. Hier werden wir unsere Interessen auch dem Bund gegenüber offensiv wahrnehmen.

Nun haben wir gehört, was vorhin zitiert wurde. Ich habe mir das aus dem Protokoll noch einmal herausziehen lassen. Herr Kubicki hat gesagt:

„Nun informierte uns die Bundeskanzlerin darüber - ich zitiere wieder -, dass für die Belt-Querung kaum Chancen bestünden.“

Sie sollten sich bitte das Zitat und das Interview einmal durchlesen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich darf die Überschrift einmal hochhalten! - Heiterkeit)

- Eine Überschrift. Entschuldigen Sie, Herr Kubicki, Sie wissen doch, wie Überschriften entstehen. Sie wissen doch, worauf das zielt. Sie müssen doch nicht nur Überschriften lesen. Ich lese Ihnen das vor. Es gab ein Interview in der „Ostsee-Zeitung“ und da wurde eine für den Moment, für den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern typische Frage gestellt: Wie stehen Sie zur geplanten Fehmarnbelt-Brücke, die den ostdeutschen Häfen erhebliche Sorgen bereiten könnte? - Frau Merkel: „Ich kann nicht nur Kanzlerin für die ostdeutschen Häfen sein. Was dieses Brückenprojekt betrifft, sehe ich jedoch eine Reihe von Problemen, vor allem

bei der Finanzierung.“ Sehen wir auch, sonst würden wir die Tagung in Berlin nicht machen. „Es gibt im norddeutschen Raum mehrere wichtige Verkehrsprojekte, etwa die Elbquerung.“ Genauso sehe ich das auch. „Und da der Bund nicht alle Verkehrsprojekte finanzieren kann“ - auch das sehen wir - „werden sich die norddeutschen Länder entscheiden müssen.“ Schleswig-Holstein hat sich entschieden, wir wollen die Elbquerung und wir planen weiter für die Fehmarnbelt-Querung. So einfach ist die Sache.

(Beifall bei CDU und SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hat nicht gesagt, Sie sollen alles fordern, sie hat gesagt, Sie sollen sich entscheiden!)

- Ist das keine Entscheidung? Das habe ich gerade gesagt, es geht um beides.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Entschuldigen Sie mal, wenn wir die Elbquerung haben, dann machen wir das doch nicht wie die Grünen, dass wir uns zurücklehnen und sagen, jetzt sind die Verkehrsprobleme des Nordens gelöst.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Aber die Elbquerung ist doch das Erste, was wir machen müssen. Was wollen Sie mit einer Fehmarnbelt-Querung, wenn Sie anschließend nicht weiterkommen? Das ist das, was Sie nicht begreifen. Wir müssen doch erst einmal dafür sorgen, dass wir dann auch eine Verbindung durch Schleswig-Holstein über die Elbe bekommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das kann doch wohl nicht so schwer sein.

Ich darf Ihnen sagen, andere begreifen das, zum Beispiel in Brüssel, welche Bedeutung die Geschichte hat. Wir haben ein hochinteressantes Gespräch mit dem Präsidenten Barroso gehabt. Herr Minister Döhring, ich darf mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken für eine ausgezeichnete Arbeit, die unser Hanse-Office leistet. Wir haben Zugang bei den Kommissaren. Auch das ist vielleicht eine kleine Veränderung. Kommissionspräsident Barroso hat mir am Donnerstag in Brüssel versichert, dass die Fehmarnbelt-Querung auf der europäischen Prioritätenliste stehe.

Ohne irgendeinen Hinweis oder eine Nachhilfe wurde dies von Barroso als erster Punkt in dem anschließenden Pressegespräch genannt. Er sagte, dass wir darüber gesprochen haben und es zu den

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Kernprojekten gehört, die auch finanziert werden sollen.

Wir investieren in **Bildung** mit zusätzlichen Lehrerstellen, mit der Förderung von Ganztagschulen und betreuten Ganztagschulen. Wir wollten einen Weg junger Leute direkt in die Arbeitslosigkeit nicht akzeptieren. Wir werden mit einem millionenschweren Förderprogramm, zu dem das Land 26 Millionen und die EU 23 Millionen € beisteuern, pro Jahr rund 5.000 Jugendliche an Haupt-, Förder- und Beruflichen Schulen fördern und trainieren, damit sie berufsreif werden.

In Schleswig-Holstein bleibt die soziale Infrastruktur erhalten.

Bei der **inneren Sicherheit** investieren wir in eine neue Polizeiboatsflotte, in neue Funktechnik und in Einsatzleitstellen.

Auch im Bereich der **Kulturförderung** und bei den **Minderheiten** haben wir es geschafft, die überproportionalen Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre aufzuhalten. Für mich ist die Kulturförderung eine Investition für mehr Innovation. Wir stärken gerade die Kinder- und Jugendkultur und setzen so einen Akzent bei der ästhetischen Erziehung.

Das zeigt ganz deutlich: Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat auch durch gezielte **Investitionen** Verantwortung für die Zukunft des Landes übernommen. Die jüngste ökonomische Entwicklung gibt uns recht. Denn die Wirtschaft in unserem Land wächst nicht nur so wie woanders im Bundesgebiet, sondern wächst bei uns im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern überdurchschnittlich. Das macht sich endlich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar.

Nun kann man natürlich lange darüber reden, liebe Frau Spoorendonk, auf wessen Konto das geht. Aber ich kann Ihnen aufgrund dessen, wie ich es in den letzten Jahren verfolgt habe, sagen: Wenn diese Entwicklung noch auf das Konto einer rot-grünen Koalition gegangen wäre, hätten gerade auch Sie dafür gesorgt, dass im Landesteil Schleswig überall die Glocken läuten. Deswegen kann man sich jetzt doch einmal freuen. Freuen Sie sich doch einmal mit uns darüber, dass die Entwicklung so ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und SPD)

Machen Sie das doch nicht immer so herunter! Sorgen Sie dafür, dass sich die Leute freuen! Es sind 20.000 Leute, die im letzten Jahr arbeitslos gewesen sind. Bei der Jugendarbeitslosigkeit hat es einen gewaltigen Erfolg gegeben.

Wir sind das einzige Land im Bundesgebiet, das jetzt mehr Lehrstellen hat als im letzten Jahr. Man kann natürlich auch darüber sprechen, ob das genug sind. Jedenfalls sind es bei uns 2 % mehr, während es im Durchschnitt des Bundesgebiets 4 % weniger sind. Freuen Sie sich doch einmal mit den Menschen. Die freuen sich doch auch, dass es ihnen besser geht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Ministerpräsident, wissen Sie, wie es um die Lehrstellen steht? Sie sagen, wir sollten uns freuen! Das ist unglaublich!)

- Nein, das ist nicht unglaublich. Jetzt sagen Sie mir doch bitte einmal, was Sie dafür getan haben. Sind Sie draußen bei den Betrieben gewesen? Die haben sich in das Bündnis für Ausbildungsplätze - Herr Döhring und Herr Austermann haben mit dafür gesorgt - eingeklinkt. Und wie viel Lehrstellen gehen auf Ihr Konto?

Der deutsche Norden - das stellen Experten fest - führt die wirtschaftliche Erholung in Deutschland an. Die Aufbruchstimmung hat nun die schwer gebeutelte Baubranche erreicht. Der Jobmotor springt an.

Frau Spoorendonk, ich habe mich ein bisschen gewundert, dass Sie gesagt haben, zu Anfang des Monats sei das auch zu Ihnen durchgedrungen. Bei uns ist es schon im Januar durchgedrungen. Wir haben schon im Januar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 10 % weniger **Arbeitslosigkeit** gehabt. Im Februar, März und April waren es ebenfalls 10 %. Im Mai waren es 13 % weniger Arbeitslosigkeit. Im Juni und Juli hatten wir 14 beziehungsweise 15 % weniger Arbeitslosigkeit. Im August lag die Zahl bei 12 %.

Sie müssen auch damit aufhören zu behaupten, dies sei eine Entwicklung nur im Hamburger Umland. Ich gebe Ihnen deshalb hier noch einmal die Zahlen, die nicht für das Hamburger Umland gelten: Flensburg minus 12,6 % Arbeitslosigkeit. Ich nenne hier Zahlen aus dem Monat August. Diese Zahl liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Dithmarschen ist das einzige Gebiet, das beim Bundesdurchschnitt liegt; da sind es 8,1 %. Nordfriesland: minus 10,4 %. Das ist weit über dem Bundesdurchschnitt. Auch darüber können wir uns freuen. Insofern ist es nicht richtig, zu behaupten, dass die Effekte im Süden besser seien.

Die Effekte stellen wir auch im Norden, im Landesteil Schleswig, fest. Ich bin darüber froh. Das hat auch etwas mit einer guten Zusammenarbeit mit den dänischen Behörden und einer guten Zusam-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

menarbeit insbesondere mit Karl Holz und anderen zu tun, die dort Verantwortung hinter der Grenze tragen. Insofern spielt hier auch der Einfluss einer guten Politik im Bereich des Nordens eine Rolle.

Zu den Zahlen der **sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze!** Im August waren es 7.800 mehr als im Vorjahresmonat. Schleswig-Holstein liegt damit hinter Hamburg bundesweit an zweiter Stelle. Das ist ein schönes Gefühl, so am Wirtschaftswachstum teilzunehmen. So kann man beim Bundesrat oder in der Ministerpräsidentenkonferenz auch zu Herrn Stoiber gehen und sagen: Edmund, wir haben euch eingeholt; damit habt ihr im letzten Jahr nicht gerechnet. Das ist ein schönes Gefühl. Darauf bin ich stolz.

Wir haben diesen Erfolg nicht allein erzielt. Aber wir haben dafür gesorgt, dass die Wirtschaft bei uns diese Erfolge hat.

(Beifall bei der CDU)

Blicken Sie einmal in die Statistik! Nach meiner Erinnerung standen wir vor zwei Jahren noch auf Platz 10 in der Arbeitslosenstatistik; es kann auch Platz 9 gewesen sein. Inzwischen stehen wir auf Platz 5. Dass die oberen Plätze schwieriger zu knacken sind, wissen wir alle. Aber auf Platz 5 gekommen zu sein, macht ein bisschen stolz.

Lesen Sie doch einmal, was in der - - Wie heißt doch noch diese rote Zeitung?

(Zuruf: „Financial Times“!)

- Ja, „Financial Times“. Ich wollte eben einmal hören, was ihr so lest.

(Heiterkeit)

Lesen Sie also einmal, was in der „Financial Times“ und in der „Wirtschaftswoche“ über Schleswig-Holstein geschrieben ist! Ich finde, das sieht von außen ganz gut aus.

Ich habe Respekt vor den Unternehmerinnen und Unternehmern, die bereit sind, Risiken zu tragen, und dadurch neue Chancen eröffnen. Ich habe Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die die Ärmel aufkrempeln und kräftig anpacken. Unternehmer und Arbeitnehmer schaffen Wachstum und geben uns damit eine Richtung vor. Aber sie verpflichten die Politik auch zu mutigen Entscheidungen. Ich baue auf diese Leistungsbeurteilung, die in Schleswig-Holstein da ist.

Schleswig-Holstein ist aus den genannten Gründen auf einem guten Weg. Die große Koalition hat in den zurückliegenden eineinhalb Jahren eine Menge erreicht. Ich bedanke mich dafür. Wir hatten eigent-

lich selber nicht gedacht, wie sich die Zusammenarbeit gestalten könnte. Die Zusammenarbeit ist außerordentlich verantwortungsvoll. Das ist das, was dieses Land braucht. Die Koalition hat viel erreicht. Wir wissen, dass noch große Aufgaben vor uns liegen.

Die Opposition kann sich, wenn sie will, außerordentlich entspannt zurücklehnen, es sei denn, sie will dieselbe Verantwortung zeigen und mit anpacken. Dazu sind Sie ganz herzlich eingeladen.

Ich bedanke mich ganz herzlich, meine Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten.

Nun greift § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung. Jede Fraktion und der SSW haben die Möglichkeit, in gleicher Länge zu antworten. Die Länge beträgt 23 Minuten. Sie können diese Zeit ausschöpfen, müssen es aber nicht tun.

Das Recht zur ersten Rede hat der Oppositionsführer, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki. Er hat sich gemeldet.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der gebotenen Kürze nur einige Anmerkungen machen.

Herr Ministerpräsident, ich gönne es Ihnen und der Regierung, sich in hervorragenden Wirtschaftsdaten sonnen zu können. Wir hätten es - da haben Sie recht - in dieser Frage wahrscheinlich nicht anders gemacht. Aber bezüglich Ihrer Aussage über die aktuell gute Wirtschaftslage Schleswig-Holsteins und die strukturelle Lage unseres Landes sind wir wahrscheinlich unterschiedlicher Auffassung. Ich will darauf nicht näher eingehen. Aber ich empfehle, die letzte „Wirtschaftswoche“ zu lesen, nicht etwa nur lesen zu lassen. Da gibt es erneut ein Länder-Ranking, aufgestellt von der Initiative „Soziale Marktwirtschaft“ gemeinsam mit der „Wirtschaftswoche“, um festzustellen, wie der Platz Schleswig-Holstein im Staatengefüge Deutschlands tatsächlich ist und wie die Entwicklung bei uns ist.

Also: Ich gönne Ihnen die guten konjunkturellen Daten. Im nächsten oder übernächsten Jahr werden wir vielleicht andere Daten haben. Aber dann werden wir darauf zurückkommen. Denn Sie sind

(Wolfgang Kubicki)

selbstverständlich ebenfalls für das verantwortlich, was sich bis dahin entwickelt.

Was mich zu meiner Wortmeldung veranlasst hat, ist Ihre Bemerkung, wir - damit meinten Sie die Union und die FDP - hätten es nicht anders gemacht als Sie, nämlich als die große Koalition. Deshalb beschleicht mich ein Zweifel, ob es richtig war, Sie von meiner Fraktion mit zum Ministerpräsidenten zu wählen. Wenn die Behauptung, wir hätten es nicht anders gemacht, richtig wäre, dann wäre es völlig egal, wer auf der Regierungsbank sitzt. Dann hätte Rot-Grün dort auch sitzenbleiben können. Die Aussage ist nämlich schlicht und ergreifend falsch.

Wir hätten bereits das **Naturschutzgesetz** reformiert. Wir haben uns darauf verständigt. Wir haben gesagt, was wir schnellstens tun müssen, um Bürokratieabbau zu erreichen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie glauben, dass die Reformierung des Naturschutzgesetzes keine Einsparung im Landeshaushalt bringt, wenn Sie glauben, dass **Bürokratieabbau** nichts damit zu tun hat, dass wir uns von Aufgaben entledigen und damit auch Personal freisetzen, dann fragen Sie bitte Ihren Finanzminister, wie er es schaffen will, Stellen im Landeshaushalt abzubauen, wenn man nicht gleichzeitig Aufgaben reduziert und damit auch schnellstmöglich anfängt.

(Beifall bei der FDP)

Wir hätten bereits **Studiengebühren** eingeführt. Darüber müsste man nicht diskutieren. Das hätte dazu beigetragen, dass die Hochschulen eine bessere Finanzausstattung gehabt hätten. Das hätte weiter die Konsequenz eines besseren Bildungsangebotes gehabt. Wir hätten Ihnen beispielsweise vorgeschlagen, wobei ich mit Herrn Wiegard sehr schnell einig geworden wäre, mit der **HSH Nordbank** Geschäfte zu machen, statt diese Geschäfte andere machen zu lassen. Wir würden nicht darüber reden, ob wir von unserem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, sondern wir würden davon Gebrauch machen, dies aber als Finanzinvestment betrachten, als etwas, was dazu beitragen soll, die Landeskasse auf Dauer zu sanieren, um nicht Gewinne in andere Bereiche abfließen zu lassen.

Ich habe Ihre persönliche Betroffenheit bei der Frage der **Sonderzahlungen** für **Beamtinnen und Beamte** gesehen und ich nehme diese auch ernst. Herr Ministerpräsident, das wäre jedoch ernsthafter zu glauben gewesen, wenn diese Regierung bewiesen hätte, dass sie mit ihren Ankündigungen in anderen Bereichen genauso ernsthaft umgeht. Ihre Regierung hat erklärt, sie wollte in den Etats der Häuser 80 Millionen € einsparen. Davon findet sich bis auf

den Etat des Landwirtschaftsministers nichts wieder. Herr Landwirtschaftsminister, bei Ihnen sind es 8,7 Millionen €, die überwiegend durch Mittel eingespart werden, die wir weniger für den Küstenschutz ausgeben als vorher. Wo aber ist der Restbetrag? Wir haben eine Kabinettsmitteilung erhalten, dass Sie nun 32 Millionen € im Rahmen der **mittelfristigen Finanzplanung** einsparen wollen. Das ist eine virtuelle und keine tatsächliche Einsparung. Wo ist die tatsächliche Einsparung? Das ist das Problem der Glaubwürdigkeit nach außen. Sie verlangen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von den Kommunen Sparbeiträge, die Sie selbst in Ihrem eigenen Bereich, in dem Sie Verantwortung tragen, nicht erbringen können.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen sagen, warum Sie dies nicht erbringen, denn in dieser Koalition gilt genau das gleiche Prinzip wie in der alten Koalition: Taste meine Häuser nicht an. Wir können den Landesetat auf Dauer nicht sanieren, wenn dieses Prinzip weiter gilt, weil die festen Blöcke nicht in Ihrer Hand, sondern in der Hand des Koalitionspartners sind, der sich nicht bewegen will, wie wir aus Ihren Reihen ständig hören. Herr Ministerpräsident, gehen Sie nicht mit der Erklärung auf den Markt der Meinungen, wir hätten das nicht anders gemacht. Das würde mich persönlich betroffen machen. Ich habe mich in der Erwartung dafür eingesetzt, Sie zu wählen, dass Sie es anders machen als Ihre Vorgänger.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Kubicki. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einer Haushaltsdebatte geht es auch darum, sich über Zahlen zu verständigen. Gerade für die Opposition geht es darum, das zu hinterfragen, was die Regierung immer wieder sagt. Herr Ministerpräsident, ich glaube, wir sind uns einig: Sie wollten 50 Millionen € pro Jahr sparen. Tatsächlich werden Sie aber jedes Jahr 100 Millionen € mehr ausgeben. Ich glaube, wir sind uns auch bei der mittelfristigen Finanzplanung einig. Sie sagen zwar, dass Sie in den nächsten beiden Jahren 600 Millionen € herausnehmen, aber an anderer Stelle packen Sie das Geld wieder drauf. Wenn Sie sich die Zahlen der **mittelfristigen Finanzplanung** angucken, dann steigen die **Ausgaben** in 2006 gegenüber den Ausgaben der

(Monika Heinold)

alten mittelfristigen Finanzplanung. Die Ausgaben steigen, sie sinken nicht. Sie setzen die Ausgaben nach oben. Wenn Sie sagen, Sie sparen 600 Millionen €, dann müssen Sie redlicherweise auch sagen, dass Sie diese 600 Millionen € an anderer Stelle zusätzlich zu dem., was in der mittelfristigen Finanzplanung steht, draufpacken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit bin ich bei der **Nettoneuverschuldung**. Sie sagen, Sie wollen die Nettoneuverschuldung bis 2010 halbieren. Das ist richtig im Vergleich zu 2006. Sie sagen aber nicht, dass die Nettoneuverschuldung damit noch über der von 2004 aus dem letzten von Rot-Grün beschlossenen Haushalt liegt.

(Zurufe von der CDU)

- 2004 gab es den letzten rot-grünen Haushaltsabschluss! Hier werden wir uns doch einig sein, verehrte Kollegen von der CDU! Sie sagen auch nicht, dass der Haushalt 2010 noch eine globale Mindereinnahme von über 500 Millionen € hat. Das heißt, für den Weg dahin, die Nettoneuverschuldung zu erreichen, die wir Ihnen sozusagen hinterlassen haben, braucht es noch 500 Millionen €, die Ihnen fehlen. Das ist viel Arbeit!

Nun zu den Bürokratiekosten, Herr Ministerpräsident! Sie sagen, Sie wollen Bürokratie abbauen. Das verbreiten Sie überall im Land. Was machen Sie aber? Mit den **Verwaltungsregionen** schaffen Sie eine neue bürokratische Ebene mit mehr Personal, mehr Bürokratie und mehr Kosten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu den Personalkosten! Sie sagen, diese Landesregierung ist angetreten, **Personal** abzubauen. Was haben Sie bis heute gemacht? Sie haben bisher über 100 neue Stellen geschaffen. Sie haben circa 100 neue Stellen geschaffen. Dass Sie nun mit dem Abbau beginnen wollen, freut uns, Herr Ministerpräsident. Es wird höchste Zeit!

Zu den Steuereinnahmen! Diese Landesregierung - diese CDU - ist im Bund und im Land angetreten, um Steuern und **Lohnnebenkosten** zu senken. Was machen Sie? Die Lohnnebenkosten steigen, die Mehrwertsteuer steigt und Sie verleiben sich diese Steigerung fröhlich ein. Die **Unternehmensteuerreform** haben Sie ab 2008 mit einem Ausfall für Schleswig-Holstein von 100 Millionen € noch gar nicht eingerechnet. Die werden Ihnen fehlen, wenn Sie dieser Unternehmenssteuerreform im Bund zustimmen.

Zu den Kommunen: Die CDU hat in den letzten Jahren gesagt, sie wolle die Kommunen entlasten.

Was passiert? Die Kommunen werden belastet, Herr Ministerpräsident. Das geschieht nicht, weil Sie im Wahlprogramm vielleicht etwas versprochen hätten, was die SPD nicht wollte. Es war doch nicht die SPD, die gegen die CDU durchgesetzt hat, 120 Millionen € aus den kommunalen Kassen zu nehmen. Herr Wadephul, so einfach ist das nicht mit dem Wahlprogramm und dem Koalitionsvertrag. Im Koalitionsvertrag steht noch, dass das Geld für die **Kommunen** gesichert wird. Jetzt gilt: Trotz steigender Steuereinnahmen wird die Masse im kommunalen Finanzausgleich im nächsten Jahr um 20 Millionen € sinken. Das heißt, das Land hat mehr Steuereinnahmen. Die Summe im kommunalen Finanzausgleich sinkt real um 20 Millionen €. Dass die Kommunen mehr als vorher haben werden, kann nur eintreten, wenn sie über ihre eigene Gewerbesteuer so gut dastehen, dass sie dies schaffen.

Ist die Finanzpolitik der Landesregierung seriös oder nicht? Sie beantworten das mit ja. Wir werden das sehr kritisch und sehr skeptisch weiter verfolgen. Die Finanzpolitik der CDU war zu Oppositionszeiten nicht seriös. Sonst müssten Sie heute nicht alles komplett anders machen, als Sie es zu Oppositionszeiten gefordert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wie sollen wir zu einem finanzpolitischen Sprecher Vertrauen haben, der jetzt Finanzminister ist und sagt: Leider habe ich mich fünf Jahre lang geirrt. Herr Finanzminister, Ihr Auftritt heute war seriös. Der Plan liegt vor. Wir werden beraten. Wir werden aber sehr genau hinschauen, ob sich das, was Sie pauschal versprechen, auch in den Zahlen widerspiegelt. Das, was Sie hier verkündet haben, passt nicht zu dem, was Sie im Haushalt machen. Sie packen drauf und Sie geben zusätzliches Geld aus. Wir haben sehr klar gesagt, welche **Strukturmaßnahmen** wir mittragen. Gerade beim Weihnachtsgeld ist das nicht einfach. Das hat eine CDU zu Oppositionszeiten nie zustande gebracht. Wir stehen dazu. Wir schlagen weitere und sehr mutige Strukturmaßnahmen vor. Ich erinnere an die Kreisgebietsreform und an die Umstrukturierung im Schulbereich, bei der wir offensiv für Oberstufenzentren eintreten. Wir haben Konzepte, wie es gehen kann. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, Sie wollen sich damit ernsthaft beschäftigen, dann machen Sie das. Machen Sie als ersten Schritt die Kreisgebietsreform, die auch von der Wirtschaft gefordert wird, weil sie notwendig, gut, richtig und effizient ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Frau Abgeordneter Heinold. - Für den SSW im Landtag hat Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielleicht eine Bemerkung vorweg: Es mag Sie überraschen, aber der SSW denkt mit seinem eigenen Kopf. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht und das tun wir immer noch. Wenn Sie sagen, wir hätten uns eigentlich ein bisschen mehr darüber freuen können, dass es dem Norden gut geht, dann sage ich, das tun wir. Das tun wir heute. Das hätten wir auch vor fünf oder vor zehn Jahren getan. Ich will also noch einmal deutlich machen: Wir denken mit unserem eigenen Kopf. Wir loben gute Initiativen, wenn sie erfolgen und wenn sie umgesetzt werden.

Wir haben die alte Landesregierung mehrfach dafür kritisiert, dass sie in der **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** nicht weiterkam. Wir freuen uns darüber, dass hier jetzt etwas geschieht. Gerade weil etwas geschehen ist, müssen wir uns vor Augen halten, dass das, was das Land in eigener Zuständigkeit machen kann, auch gemacht werden muss. In eigener Zuständigkeit kann das Land dafür sorgen, dass die Zweisprachigkeit weiter gefördert wird, dass Dänischkurse angeboten werden, nicht nur für diejenigen Menschen, die jetzt arbeitslos sind, sondern auch für diejenigen, die sich auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt eine Chance ausrechnen. Das können wir selbst leisten.

Natürlich - das habe ich in meiner Rede bereits gesagt - freuen auch wir uns über den beginnenden Aufschwung. Das nicht zu tun, wäre ja auch völlig hirnverbrannt. Ich frage nur, wessen Aufschwung das denn ist. Eine solche Diskussion gab es ja einmal auf Bundesebene. Ich habe in meiner Rede gesagt: Die **Lohnzurückhaltung** vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren hat dazu geführt, dass wir eine Entlastung bekommen haben. Es mag sein, dass ich es nicht richtig im Kopf habe, aber mir fällt im Moment keine arbeitsmarktpolitische Maßnahme dieser Landesregierung ein, die innerhalb dieses Jahres schon gegriffen hat. Ich lasse mich hier gern belehren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen das gemeinsam und wir wollen das gemeinsam für dieses Land durchführen. - Welche Maßnahmen haben denn schon gegriffen? Ich

möchte das gern wissen. Aber das müssen wir ja nicht hier und heute diskutieren.

Herr Ministerpräsident, ich gebe zu - kleinlich sollte man nicht sein -, dass die Mittel für die **Integrierte Ländliche Entwicklung** anscheinend - so ist jedenfalls die Pressemitteilung der Kollegen Nabel und Rodust zu verstehen - nicht von 66 Millionen auf 38 Millionen € gekürzt werden, sondern nur von 66 Millionen auf 50 Millionen €. Darüber freuen auch wir uns. Wir werden diesem Änderungsantrag zum Haushalt - das ist ja noch gar nicht Teil der Haushaltsberatungen - natürlich zustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Konrad Nabel [SPD])

Zum Zukunftsprogramm ländlicher Raum, zu den 480 Millionen € habe ich mich - so habe ich meine Rede jedenfalls im Kopf - nicht direkt geäußert. Ich habe nur gesagt, dass wir dem Konzept der Bildung von „**Aktivregionen**“ sehr kritisch gegenüberstehen. Wir wollen nicht, dass Regionen gegeneinander ausgespielt werden. Das war die Aussage in meiner Rede und dazu stehe ich.

Ich habe - mittlerweile gehöre auch ich diesem Haus schon etwas länger an - eine ganze Reihe von Haushaltsreden und Haushaltsberatungen im Kopf. In den Haushaltsdebatten ist immer wieder gesagt worden, dass der Landeshaushalt praktisch versteinert ist, dass über 95 % des Haushalts in Beton gegossen ist, weil wir in der Finanzpolitik von den Rahmenbedingungen des Bundes abhängen - Stichwort Unternehmensteuer -, weil der Großteil des Haushalts zur Deckung der Personalkosten und für bestimmte Strukturen da ist. Daher ist es folgerichtig, Personalkosten reduzieren und Strukturen verändern zu müssen.

Zur **Verwaltungsstrukturreform** habe ich einiges gesagt, dazu stehe ich. Ich sehe noch nicht, wie die Verwaltungsstrukturreform dazu beitragen soll, den Haushalt zu konsolidieren. Ich sehe vielmehr neue Kosten, ich sehe mehr Bürokratie. Ich wünsche mir - wir werden am Freitag ja Gelegenheit bekommen, dazu etwas zu sagen -, dass wir in dieser Sache mit dem **Bürokratieabbau** eine Versachlichung hinbekommen. Wir haben einen Bericht eingefordert und werden von der Landesregierung hoffentlich etwas zum Stichwort Standardkostenmodell hören. Denn dort besteht wirklich die Möglichkeit, transparent zu machen, wie Bürokratiekosten reduziert werden können.

(Beifall beim SSW)

Die Verwaltungsstrukturreform, wie sie im Moment dasteht, wird uns nicht weiterhelfen.

(Anke Spoorendonk)

Zu den **Personalkosten**! Richtig ist, dass dort etwas gemacht werden muss. Ich sehe aber keine Perspektive. Ich sehe Kürzungen und ich sehe, dass man ein Jahr nach Bildung der großen Koalition sagt: Oh Gott, oh Gott, jetzt müssen wir hier etwas machen!

Das läuft so ein bisschen unter dem Motto - ich glaube, ich habe das dänische Sprichwort hier schon einmal übersetzt -: Es ist einfacher, um Vergebung zu bitten, als um Genehmigung zu bitten. Man hätte das im letzten Jahr wissen können und im letzten Jahr hatte man auch schon die überwältigende, große Mehrheit. Da hätte man sich die Zeit nehmen können, das auszudiskutieren. Ich begreife ganz einfach nicht, wieso man das in dem Koalitionsvertrag anders festschrieb.

Letzte Bemerkung! Der SSW hat in den vergangenen Haushaltsberatungen immer eine sehr realistische Linie gefahren. Das habe ich auch in meiner Rede deutlich gemacht. Wir wissen, dass wir den Haushalt nicht neu erfinden können, dass wir die schleswig-holsteinische Wirklichkeit nicht neu erfinden können. Unser Ansatz ist immer gewesen, dass wir in die Einzelpläne hineingehen, dass wir uns einzelne Maßnahmen angucken, um dort unseren Einfluss geltend zu machen. Das ist realistische Politik, das ist angemessene Politik.

Ich wünsche mir wirklich - das habe ich schon mehrfach angesprochen -, dass wir gemeinsam ein Konzept für viele Jahre entwickeln könnten, eine Kartoffelkur, die zehn Jahre hält. Nur so kommen wir weiter. Dann brauchten wir auch nicht in einem Hauruckverfahren zu sagen: Jetzt kürzen wir einmal hier um 120 Millionen und da um 300 Millionen. So ein Konzept müsste vorliegen. So weit ist man leider noch nicht. Das bedauern wir sehr. Da könnte man einmal den berühmten Blick über die Grenze wagen.

Wir stehen am Anfang der Haushaltsberatungen. Ich habe in meiner Rede noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass wir die Ausführungen des Finanzministers sehr schätzen, ihn auch. Er hat die Fähigkeit zu überzeugen. Das macht die Argumentation nicht einfacher. Man muss sich wirklich Mühe geben und kann nicht einfach mit populistischen Aussagen kommen. Das finde ich gut.

(Heiterkeit und Zurufe)

Lieber Herr Finanzminister, ich will trotzdem mit einem Kritikpunkt kommen. Ihre Aussagen waren sehr eindimensional. Wir müssen wirklich fragen, wie wir die **Einnahmesituation** des Landes verbessern können. Wir können uns aus dieser Situation nicht herausparen und wir können nicht nur beklagen,

dass die Situation so ist. Sie ist politisch gewollt. Hinter dem Haushaltsentwurf, hinter den vorangehenden Haushaltsentwürfen stehen politische Beschlüsse, die immer von Mehrheiten getroffen worden sind. Dazu muss man stehen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kollegin Heinold brachte in ihrem Redebeitrag vorhin zum Ausdruck, dass es im Rahmen einer Haushaltsdebatte möglich sein muss, sich auf gewisse grundlegende Zahlen zu verständigen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im nächsten Satz sagte sie, die Ausgaben des Haushalts 2007 würden gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2005 steigen.

Nun haben wir heute schon erlebt, dass manche Kollegen nur die Überschriften von Zeitungsartikeln lesen, doch an dieser Stelle empfiehlt es sich, sich die Zahlen genauer anzuschauen und nicht nur pauschale Aussagen zu machen.

Auch ich habe die **mittelfristige Finanzplanung** 2005 und die mittelfristige Finanzplanung 2006 dabei. Zu Ihrer Hilfe, es ist jeweils die Tabelle auf Seite 72. Wenn man die Zahlen miteinander vergleicht, stellt man fest: Personalausgaben 2007 gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2005 - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gesamtausgaben! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Gesamtausgaben steigen!)

- Lassen Sie mich doch bitte zu Ende reden! **Personalausgaben** 2007 gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2005: minus 132 Millionen €.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um die Gesamtausgaben!)

Sächliche Verwaltungsausgaben gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2005: minus 15 Millionen €. **Zuwendungen** gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 2005: minus 11 Millionen €. An allen Stellschrauben, an denen die Regierung arbeiten konnte, wo sie die Ausgaben kürzen konnte,

(Tobias Koch)

sind die Ausgaben gekürzt worden. Sie haben recht: An zwei Stellen sind sie gestiegen. Sie sind bei Investitionen gestiegen, um 38 Millionen €.

(Beifall bei der CDU)

Wollen wir das der Regierung vorwerfen? Das war unser gemeinsames Ziel. Wir sollten uns freuen, dass wir mehr Geld für **Investitionen** ausgeben, als noch im letzten Jahr geplant.

Die Ausgaben steigen an einer zweiten Stelle: bei den **Zinsen** für Schulden, und zwar um 55 Millionen €. Das ist für die Schulden, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben. Dafür müssen wir jetzt die Zinsen zahlen.

(Beifall bei der CDU)

Das wollen Sie uns vorwerfen? - Frau Kollegin, vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass die Ausgaben überall dort steigen, wo wir mehr investieren, dass sie dort steigen, wo wir Ihre Zinsen bezahlen müssen. Dann sind wir uns einig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Landesregierung hat Herr Finanzminister Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Wort ganz kurz; wir werden das später vertiefen. Anke Spoorendonk, Sie hatten mir vorgeworfen, das sei eine eindimensionale Betrachtung. Ich bin der Meinung, ich hätte zwei Dimensionen beleuchtet, nämlich die Einnahmen und die Ausgaben, und das deshalb, weil die dritte Dimension, nämlich das Vermögen, in den letzten zwölf Jahren verloren gegangen ist. Deshalb war es nicht möglich, das dreidimensional darzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem Frau Heinold den Beitrag zwar in angemessener Form als Herr Hentschel gebracht hat - ich denke, darüber werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten auseinandersetzen -, nochmals allerdings die Mitteilung an die Öffentlichkeit gemacht hat, dass die Schlussbilanz der grünen Mitwirkung an der Finanz- und Haushaltspolitik des Landes mit einer Neuverschuldung von knapp unter 800 Millionen € geendet habe, erlaube ich mir den dezenten Hinweis: Sie haben vergessen, den Vermögensverbrauch in Höhe von 400 Millionen € dazuzurechnen, der 2004 mit der Entnahme von 200 Millionen € aus der HSH Nordbank und den 200 € aus dem Verkauf von Landesvermögen ent-

standen ist. Das müssen Sie bitte hinzurechnen, wenn Sie zu einer ehrlichen Betrachtung kommen wollen. Dann sind Sie bei 1,2 Milliarden €.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie trage auch Mitverantwortung für den Haushalt 2005, den Wahljahreshaushalt. Ich habe das vorhin sehr dezent angedeutet. Wenn Sie es herausfordern, will ich das gern vertiefen. In diesem Haushalt wollten Sie Steuermehreinnahmen von 10 % mitverantworten. Im gleichen Jahr haben Sie die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt. Deshalb konnte die ganze Rechnung nicht aufgehen. Das Aufdecken dieser Rechnung führt dazu, dass Sie bei dieser Haushaltsrechnung fast 1 Milliarde € unterschlagen haben. Ich denke, es gehört zur wahrheitsgemäßen Betrachtung in der Öffentlichkeit, dass wir hier darüber reden.

Sie haben die Steigerung der **Nettoaussgaben** angesprochen. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen. Die Steigerung von 2006 auf 2007 beträgt 105 Millionen €, wenn ich das richtig im Kopf habe. Von diesen 105 Millionen € Steigerung der Nettoaussgaben entfallen 100 Millionen auf die Steigerung der Zinsausgaben. Diese Steigerung, Frau Heinold, werden Sie der jetzigen Regierung mit Sicherheit nicht anlasten können. Da müssen Sie schon ein bisschen zurückdenken. Allein in den letzten fünf Jahren sind 30 % der Gesamtschulden des Landes entstanden. Daran waren Sie irgendwie beteiligt.

Wir müssen die Primärausgaben betrachten: Was ist nach Abzug der Zinsen und der Investitionen das, was wir im laufenden Haushaltsbetrieb verausgaben? Diesen Wert müssen wir in den nächsten zwei Jahren stabilisieren und in den nächsten vier Jahren senken. Da ist das, was wir für den laufenden Betriebshaushalt brauchen. Das ist einer der ganz wichtigen Punkte.

Weil wir am Freitag eine Diskussion zur **HSH Nordbank** haben, wollte ich jetzt nicht darüber sprechen. Aber weil so oft darüber gesprochen wurde und die Befürchtung besteht, dass in den Medien darüber berichtet wird, will ich kurz etwas dazu sagen. Ich glaube übrigens, dass auch die Berichtsdiskussion am Freitag nicht sehr hilfreich ist. Denn in der Schlussphase der Kauf- und Verkaufsverhandlungen, in der es auch darum geht, ob man ein Vorerwerbsrecht ausübt oder nicht, ist es nicht klug, sehr intensiv darüber zu berichten.

Aber, lieber Wolfgang Kubicki, wir müssen uns entscheiden: Ankauf oder Verkauf? Sie sagen immer, wir sollten unsere Anteile verkaufen. Wenn die Landesregierung, wenn das Parlament im vergangenen Jahr Ihrem Antrag gefolgt wäre - für

(Minister Rainer Wiegard)

600 Millionen verkaufen und im gleichen Jahr 600 Millionen € weniger Kredit aufnehmen -, dann hätten Sie spätestens heute den Antrag gestellt, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wegen der Verschwendung von Landesvermögen einzurichten. Ich glaube, wir müssen mit großer Sorgfalt sehen: Wie sind die Entwicklungen? Wenn Sie heute einfach so empfehlen, ohne sorgfältig prüfen zu können, das **Vorerwerbsrecht** in einer Größenordnung von deutlich über 1,2 Milliarden € für einen Anteil von 26,6 % auszuüben, dann habe ich großen Zweifel, ob es uns als öffentlichen Anteilseigner gelingt, die Bank innerhalb von zwei, zweieinhalb oder drei Jahren dazu zu bringen, aus diesem Anteil deutlich mehr zu machen. Deshalb bin ich sehr froh darüber - wir alle sollten froh darüber sein -, dass private Investoren bereit sind, in eine Bank Geld zu investieren, die bisher von öffentlichen Anteilseignern zu 100 % beherrscht wird, weil sie glauben, wir hätten eine gute Grundlage gelegt. Jetzt kann man mithilfe dieser privaten Anteilseigner mehr daraus machen. Sie sind sogar bereit, langfristig und dauerhaft zu akzeptieren, dass der Anteil der öffentlichen Hand über 50 % liegt. Ich arbeite im Augenblick daran, dass wir zwischen den verbleibenden öffentlichen Anteilseignern eine Vereinbarung treffen, über 2013 den Anteil über 50 % zu halten, weil es für die Bank gut ist und weil die Bank gut für unser Land ist. Ich denke, darüber gilt es in der nächsten Zeit miteinander zu diskutieren.

Es ist merkwürdig - ich habe das schon einmal gesagt; ich kann es wiederholen -, dass die Rating-Agenturen eine Bank wie die HSH Nordbank besser bewerten, wenn sie einen **Anteilseigner** hat, der so wie Schleswig-Holstein eigentlich pleite ist. Das ist zwar merkwürdig, aber es ist so. Alle vier amerikanischen Investoren haben uns gesagt: Es ist ein guter Ansatz, wenn diese Bank mehrheitlich im Eigentum der norddeutschen Region bleibt und wenn sie hier fest verwurzelt ihre Heimat hat und ihren festen Kundenstamm, neben den anderen wichtigen Spartensegmenten. Ich glaube, dass wir in dieser Richtung weiterdiskutieren sollten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Finanzminister.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung. Jetzt ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/910, dem Finanzausschuss zur Beratung sowie den Bericht der Landesregierung,

Drucksache 16/921, Finanzplan, dem Finanzausschuss zur abschließenden Behandlung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21b auf:

Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/973

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag ist ein Bericht in dieser Tagung erbeten worden. Wer diesem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so passiert.

Dann bitte ich Sie, Frau Ministerin Dr. Gitta Trauernicht, um die Berichterstattung für die Landesregierung.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 25. Juli 2006 kam es im schwedischen **Kernkraftwerk Forsmark** zu einem gravierenden Störfall. Die schleswig-holsteinische Reaktorsicherheitsbehörde leitete unverzüglich nach Bekanntwerden dieses Ereignisses eine Übertragbarkeitsprüfung für die Kernkraftwerke Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel ein.

Nach dem durch Sachverständige bestätigten Ergebnis wird ein vergleichbarer Ereignisablauf wie in Schweden in den schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken ausgeschlossen, die eingeleiteten detaillierten Untersuchungen im Umfeld des Ereignisses werden jedoch fortgesetzt.

Obwohl die Unterschiede im Aufbau der Stromversorgung zwischen Forsmark und dem **Kernkraftwerk Brunsbüttel** ein gleichzeitiges Abschalten von Wechselrichtern im Kernkraftwerk Brunsbüttel verhindern, wurde dieser Frage im Rahmen von detaillierten Untersuchungen nachgegangen. Bei diesen Untersuchungen wurde festgestellt, dass, selbst wenn im Notfall mehrere Wechselrichter ausfallen würden, die Notstromversorgung gesichert wäre. In diesem Fall würde nämlich die Anlage durch das unabhängige Notstandssystem, in dem sich zwei Notstromaggregate in einem eigenen Gebäude befinden, versorgt.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Unbenommen davon hat die Reaktoraufsichtsbehörde darauf gedrängt, die bestehende aus sicherheitstechnischer Sicht auch zulässige Abhängigkeit des Zuschaltprogramms für die Verbraucher von der durch die Wechselrichter erfolgten Wechselspannung aufzuheben.

Mit dem Änderungsantrag, auf den sich der Dringlichkeitsantrag insbesondere bezieht, beantragt die Betreiberin Maßnahmen, die diese bisher bestehende Abhängigkeit aufheben. Dazu werden die für die Zuschaltfunktion von Notstromverbrauchern relevanten Schaltschränke zusätzlich zu der bisher bestehenden Versorgung über die Wechselrichter auch mit einer Einspeisung über die batterieversorgten Gleichstromschienen versorgt.

Dabei handelt es sich also nicht um Maßnahmen, die zur Behebung eines Sicherheitsdefizits zwingend erforderlich sind, sondern um Maßnahmen, die im Sinne der bestmöglichen Vorsorge eine Verbesserung darstellen.

Die Betreiberin des Kernkraftwerks Brunsbüttel hat ihre Ersteinschätzung, dass Wechselrichter im Notstromfall für die Zuschaltung sicherheitstechnisch wichtiger Verbraucher keine Rolle spielen, auf vertiefte Nachfragen meiner Sachverständigen und meiner eigenen Experten nach detaillierter Überprüfung einschlägiger Detailschaltpläne von sich aus revidiert. Dies hat eine breite öffentliche Debatte um die Sicherheit und das Sicherheitsmanagement des Kernkraftwerks Brunsbüttel ausgelöst. Auch ich halte es für erklärungsbedürftig, warum sich die Betreiberin im Rahmen der Erstüberprüfung geirrt und erst später mitgeteilt hat, dass im Kernkraftwerk Brunsbüttel Wechselrichter im Notstromfall für die Zuschaltung sicherheitstechnischer Verbraucher von Bedeutung sein könnten.

(Holger Astrup [SPD]: Unzuverlässigkeit!)

Hier stellen sich Fragen der Qualitätssicherung und des Sicherheitsmanagements.

Mit dem Bundesumweltminister stimme ich darin überein, dass diese Fragen sorgfältig geklärt werden müssen. Dies gilt sicherlich auch für die Frage der Zulässigkeit.

Der gefährliche Vorfall in Schweden hat erneut unterstrichen, dass es sich bei der Kerntechnologie um eine **Risikotechnologie** handelt. Der Streit um die Verantwortbarkeit einer solchen Risikotechnologie hat in unserem Land über Jahrzehnte hinweg zu kontroversen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Bevölkerung geführt. Unbeschadet der unterschiedlichen Haltungen zur Nutzung der Kernenergie haben die Energieversorgungsunternehmen

im Jahr 2000 die Entscheidung der Bundesregierung respektiert, die Stromerzeugung aus Kernenergie geordnet beenden zu wollen. Im so genannten **Atomkonsens** haben sie sich mit der Bundesregierung darauf verständigt, die Nutzung der Kernenergie zu befristen und für jedes Kernkraftwerk eine Reststrommenge festzulegen, die von dem jeweiligen Kernkraftwerk noch produziert werden darf. Mit der Atomgesetznovelle 2002 ist dies gesetzlich verbindlich festgeschrieben.

Für das Kernkraftwerk Brunsbüttel, das im Mittelpunkt der heutigen Diskussion steht, ist nach dem Atomkonsens davon auszugehen, dass es voraussichtlich im März 2009 abgeschaltet werden muss. An diesem im Atomkonsens vorgezeichneten **Ausstiegsweg** darf nach meiner festen Überzeugung nicht gerüttelt werden. Denn das Kernkraftwerk Brunsbüttel weist nun einmal im Vergleich mit jüngeren Anlagen ein anderes Sicherheitskonzept auf. Wissenschaft und Technik entwickeln sich aber weiter. Deshalb entspricht es auch dem Sinn und Zweck des Atomkonsenses, Brunsbüttel früher vom Netz zu nehmen als jüngere Anlagen.

Diese Grundposition ist auch Basis der Koalitionsvereinbarung der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Ich zitiere:

„In der Frage der weiteren Nutzung der Kernenergie sind wir uns bewusst, dass die jetzt im Atomgesetz normierten Restlaufzeiten gelten und zurzeit nicht zu verändern sind. Es besteht Einigkeit, dass die Landesregierung nicht initiativ wird, den Energiekonsens aufzukündigen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anderslautende Positionierungen, die sich in den vergangenen Tagen vereinzelt in den Medien fanden, sind also von der Koalitionsvereinbarung nicht gedeckt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Ministerin für ihren Bericht und eröffne die Aussprache. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Betreiber des Kernkraftwerks Brunsbüttel ist unzuverlässig. Das wurde im Bericht der Ministerin noch einmal deutlich. Am 6. September

(Detlef Matthiessen)

2006 wurde bekannt, dass die Betreiberfirma Vattenfall Europe Nuclear Energy GmbH, wie sie heute auf Neudeutsch zu heißen pflegt, auf Verlangen der Reaktoraufsicht einen Änderungsantrag für die Notstromversorgung des AKW Brunsbüttel einreichen muss.

Wie die Ministerin bereits im Sozialausschuss und auch jetzt wieder berichtet hat, hat sich der Betreiber nach dem Ereignis in Schweden nicht bemüht, die hiesige Reaktoraufsicht über das Ereignis zu unterrichten. Danach erklärte der Betreiber im Verfahren der Schnellabfrage, dass es Wechselrichter in Brunsbüttel nicht gebe. Daraufhin verkündete der Bundesminister noch, in Deutschland könne so etwas nicht passieren. Einige Tage später fällt dem Betreiber auf, dass er doch Wechselrichter hat, und zwar im Bereich der Notstromversorgung.

Was ist das für ein Betreiber? Weiß er nicht, welche Technik im Atomkraftwerk verbaut ist?

Das reiht sich in die Ereignisse von Dezember 2001 bis März 2002 ein, wo sich der Betreiber zunächst über Wochen weigerte und zuletzt mit einer Anordnung gedroht werden musste, ehe der Reaktor heruntergefahren wurde: Radiolysegasexplosion eines Kühlmittelrohres; 400 Tage Stillstand. Aber vorher war nach den Verlautbarungen alles in Ordnung.

Auch damals wurden Maßnahmen ergriffen, die **Zuverlässigkeit des Betreibers** und das Vertrauen, das man notwendigerweise in ihn haben muss, wieder herzustellen. Offenbar hat das nicht lange gehalten, denn das, was der Betreiber hier wieder aufführt, hat mit Zuverlässigkeit und Vertrauen aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Ausschusssitzung und auch jetzt im Bericht wurde aus meiner Sicht nicht zufriedenstellend beantwortet, ob eine Überspannungsreaktion nach Unterbrechung der Leistungsabführung nur in Schweden oder auch in Brunsbüttel vorkommen kann und gegebenenfalls mit welchen Folgen. Wie ist der aktuelle Status der Abarbeitung der 650 offenen Punkte aus der periodischen Sicherheitsüberprüfung? Wie ist denn die Gefahr terroristischer Angriffe von außen zu sehen? Das kann heute, nach dem ernsthaften Versuch eines Bombenattentates in Deutschland und nach der Verhaftung auf dem Kieker Bahnhof, doch keine abstrakte Gefahr mehr sein. Deshalb ist der Begriff „**Restrisiko**“ in diesem Zusammenhang neu zu beleuchten. Brunsbüttel zählt diesbezüglich zu den schwächsten Reaktoren. Welche atomrechtlichen Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung daraus?

Meine Damen und Herren, in dieser Situation erklärt plötzlich der Betreiber, er prüfe einen **Antrag auf Laufzeitverlängerung**. Das nennt sich Flucht nach vorn. In dieser Situation ist dies eine bodenlose Unverschämtheit und eine Provokation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Und unser Wirtschaftsminister hat nichts Eiligeres zu tun, als sich an die Seite von Vattenfall zu stellen und einen solchen Antrag, wenn auch ohne Zuständigkeit, zu begrüßen. Er sagt, das Atomkraftwerk sei doch nach all den Vorkommnissen und Enttötigungen besonders sicher.

Herr Austermann, so machen Sie es wahrscheinlich auch beim Autokauf: Sie suchen nach einem Gebrauchtwagen, der älter ist als andere Gebrauchtwagen, und erkundigen sich, ob der denn besonders oft in die Werkstatt musste; denn dann ist er ja oft repariert und bestimmt besonders sicher und gut. Und diesen Gebrauchtwagen nehmen Sie dann, Herr Austermann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Er kauft immer Neuwagen! - Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege, geben Sie einmal der Wahrheit eine Chance! Mut zur Wahrheit! - Zuruf von Minister Dietrich Austermann)

- Herr Wirtschafts- und Technologieminister von Schleswig-Holstein, Brunsbüttel ist abzuschalten und seine Laufzeit ist nicht zu verlängern!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Trauernicht, Sie haben im Ausschuss auf das Instrument der **Kleinen Anfrage** hingewiesen. Nach dem Bericht werde ich wohl davon Gebrauch machen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Von der Kleinen Anfrage, Herr Stritzl. Es geht um Überspannungsreaktionen und derartige Dinge, die sich die Fachsprecher gern näher erläutern lassen wollen. Ich würde mich freuen, wenn die Fachsprecher eine Einladung in Ihr Haus bekommen könnten, Frau Ministerin, so wie das Tradition ist, damit man diese Dinge aus dem Sozialausschuss auslagert. Ich habe nämlich das Gefühl, ich trete den Kolleginnen dort etwas zu nahe, wenn wir neben Hartz IV solche technischen Details in aller Tiefe entfalten sollen.

(Widerspruch der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Sylvia Eisenberg [CDU] -

(Detlef Matthiessen)

Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

Insofern würde ich mich freuen, wenn wir dort tatsächlich ein Fachgespräch führen könnten.

Meine Damen und Herren, ich kann es nur wiederholen: Dieser Schrottreaktor Brunsbüttel gehört abgeschaltet!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Kernkraftwerk Brunsbüttel polarisiert aus zweierlei Gründen. Zum einen geht es um die technische **Sicherheit**. Wenn das Kraftwerk technisch nicht sicher wäre, hätte es schon längst abgestellt werden müssen. Die Ministerin hat eindeutig gesagt, dass die Reaktorsicherheitsbehörde eben keine Mängel gefunden hat, die zu diesem Schritt geführt hätten.

Zum anderen gibt es immer wieder die Diskussion zwischen verschiedenen Parteien über eine mögliche Verlängerung der **Laufzeit**. Es geht nicht um einen Neubau von Kraftwerken, sondern um die Verlängerung der Laufzeit.

Sicherheit ist für unsere Fraktion - ich meine, für alle - das oberste Gebot bei den Laufzeiten von Kernkraftwerken, und zwar in jeder Sekunde, in jeder Minute, in jedem Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Sicherheit ist unabhängig von der Laufzeit eines Reaktors. Hätten wir irgendwelche Zweifel an der Sicherheit von Brunsbüttel, müssten wir ihn heute abschalten, in dieser Sekunde.

(Beifall bei der CDU - Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das unterscheidet uns! Sie haben nie Zweifel!)

Es ist unwahrscheinlich viel geschrieben worden. Ich zitiere nur einige Schlagzeilen, die ein bestimmtes Stimmungsbild erzeugt haben: Neue Frist für Vattenfall, Umweltschützer fordern Klarheit, Ruf nach Abschalten, Brunsbüttel kann länger laufen - das ist die andere Seite -, wir werden zu Unrecht an den Pranger gestellt und so weiter und sofort. Also Emotionalisierung in der Presse, in den Medien durch die Überschriften, allerdings auch -

ich gebe zu, auch hier heute - durchaus Klarstellung in der Sache.

Wenn es Informationsfehler gegeben hat, muss man dies beenden. Herr Kollege, Sie kommen immer auf die Flugzeuge zu sprechen, die auf ein Kernkraftwerk herunterstürzen können. Wissen Sie, wir haben auch noch andere sehr gefährliche Raffinerieanlagen in Schleswig-Holstein. Das sind unsere Chemieanlagen. Die sind überhaupt nicht geschützt. Wenn Sie dort mit einem Flugzeug hineinstürzen, haben Sie auch enorme Schäden, auch Vergiftungen. Ich weiß nicht, ob Sie sich in der Chemie ein bisschen auskennen. Diese Angstschürerei sollte man aber wirklich lassen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Augen zu und durch!)

Der Antrag auf Änderung der Betriebsgenehmigung ist durchaus erfolgt, weil ein gewisser Druck von der Politik da war, einen neuen Signalgeber einzubauen, obwohl er nicht zwingend notwendig war und wäre. Denn sonst wäre der Reaktor abgestellt worden.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie stellen die Logik auf den Kopf!)

Wenn das Kernkraftwerk heute noch läuft, das heißt nicht abgeschaltet werden muss, dann kann man berechtigterweise die Frage stellen: Warum soll es nicht länger laufen? Warum soll es nicht länger laufen, wenn die Sicherheitsvoraussetzungen gegeben sind? Eine Schrottblaube ist es sicherlich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Hinweis von Herrn Hay. Herr Hay - er ist jetzt nicht da - hat heute Morgen von der Hälfte des Hauses Beifall für die Aussage bekommen, je früher das Kraftwerk abgeschaltet werde, desto besser. Wissen Sie, das Kraftwerk Brunsbüttel produziert etwa 1.000 MW pro Jahr. Das sind etwa 200 Windkraftanlagen à 5 MW. Dann müssen wir die - das wollen wir auch - sofort bauen.

(Beifall beim SSW)

Das ist aber nicht so einfach. Erstens müssten Sie Investoren finden und zweitens dauert so etwas länger.

Lassen Sie uns dieses Thema deshalb besonnen behandeln. Schüren wir nicht Ängste, nutzen wir alle bedeutende Energiequellen für unser Land mit vernünftigen Ausstiegsszenarien, durchaus unter Berücksichtigung der Verlängerung von Laufzeiten, um unseren alternativen Energien, das heißt den regenerativen Energien, zum Beispiel Windkraft, eine

(Manfred Ritzek)

Chance zu geben, die Erzeugung dieser Mengen an Strom zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Störfall im schwedischen Forsmark hat die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken wieder ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Zwei Wochen nach Bekanntwerden des Störfalls ermittelte Forsa im Auftrag des Bundesumweltministeriums, dass für 73 % der Bundesbürger das Unfallrisiko der Atomkraftwerke zu hoch ist. 62 % der Bundesbürger finden, das Tempo des Atomausstiegs sollte beibehalten oder beschleunigt werden. Diese große gesellschaftliche Mehrheit bestätigt unseren Kurs und die Notwendigkeit des konsequenten Atomausstiegs.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Störfall in Schweden hat auch Diskussionen um die Sicherheit im AKW Brunsbüttel ausgelöst. Hier gab und gibt es Irritationen um die **Informationspolitik** des Betreibers Vattenfall. Es ist für mich schon erstaunlich, dass der Betreiber beider AKWs nicht sofort vollständig die Vorfälle in Schweden an die Aufsichtsbehörden in Kiel und Berlin übermittelt hat und nicht in der Lage war, umfassend den vergleichbaren Sicherheitsstandard in Brunsbüttel darzustellen.

Ich wundere mich angesichts der Diskussion um Sicherheitsmängel in Brunsbüttel weiter über die aktuelle Idee von Vattenfall, von anderen Atomkraftwerken **Laufzeiten** auf das AKW Brunsbüttel **übertragen** zu lassen. Dies ist geradezu aberwitzig. Ich kann nur hoffen und bin mir sicher, dass die Genehmigung, sollte sie im nächsten Jahr tatsächlich beantragt werden, von Sigmar Gabriel abgelehnt werden wird.

Nun noch ein Wort zur Rolle der **Atomaufsichtsbehörde** in Schleswig-Holstein. Wir haben uns im Sozialausschuss zum Thema Reaktorsicherheit/AKW Brunsbüttel am 31. August dieses Jahres von der für Reaktorsicherheit zuständigen Ministerin Gitta Trauernicht intensiv berichten lassen - sie hat es heute auch noch einmal getan - und werden dies Thema im Oktober wieder aufgreifen. Für mich bleibt festzuhalten: Gitta Trauernicht hat im Um-

gang mit Sicherheitsfragen beim Kernkraftwerk Brunsbüttel sofort verantwortlich und korrekt gehandelt; wir können hier keine Versäumnisse feststellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wie Sie wissen, laufen die Untersuchungen zu Brunsbüttel noch. Bis zum 20. September 2006 hat Berlin für den Energiekonzern die Frist gesetzt, um zu belegen, ob in Brunsbüttel ähnliche Risiken bei der Notstromversorgung bestehen wie im schwedischen Pannereaktor Forsmark. Der Ruf der Grünen nach Abschaltung des AKW ist daher vor schnell und populistisch.

Für mich ist klar: Brunsbüttel soll und wird vereinbarungsgemäß spätestens 2009 vom Netz gehen - da unterscheiden wir uns ein bisschen von der CDU -, wir halten am Atomausstieg fest und stehen für eine verantwortungsvolle und verlässliche Politik.

Die Geisterdiskussion um die Übertragung von Laufzeiten jüngerer AKW auf Brunsbüttel muss endgültig vom Tisch. Bis zu diesem Zeitpunkt darf aber nicht der Eindruck entstehen, dass die Sicherheit von Brunsbüttel nicht ständig auf höchstem Niveau gehalten wird. Bis zur letzten Minute muss das Reaktorschutzkonzept an den Stand moderner Anlagen herangeführt werden. In Brunsbüttel und allen AKW in Schleswig-Holstein muss höchste Sicherheit bis zum Ende der Restlaufzeiten gewährleistet sein und Vorrang vor allen anderen Interessen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Seitdem schwedische Atomkraftwerke abgeschaltet wurden, weil ihre Notstromversorgung entweder ausfiel oder gefährdet war, steht das Kernkraftwerk Brunsbüttel im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Frage lautet: Ist es im Lichte der schwedischen Erfahrungen noch sicher genug? Das ist die Frage, die der Kollege Matthiessen im Sozialausschuss, der unter anderem für Fragen der Reaktorsicherheit zuständig ist - darüber kann man sich noch einmal am Rande unterhalten -, gestellt hat. Die Tatsache, dass die für Reaktorsicherheit

(Dr. Heiner Garg)

zuständige Ministerin Brunsbüttel noch nicht abschalten ließ, lässt nur eine ganz eindeutige Antwort zu: Ja, nach Ansicht der Atomaufsicht ist Brunsbüttel sicher.

In der öffentlichen Diskussion fiel stattdessen zweierlei auf. Erstens wirkten die Aussagen und die Handlungen der formal fachlich zuständigen Ministerin fachlich aus meiner Sicht eben nicht so souverän wie hier eben gerade geschildert. Ich fand es im Sozialausschuss alles andere als souverän, was uns da berichtet wurde. Zweitens wirkte die Informationspolitik der Kraftwerksbetreiberin wenigstens für Nichtfachleute alles andere als transparent.

Zunächst zum **Regierungshandeln**. Die Atomaufsichtsbehörde hat die Aufgabe, Gefahren und Schäden zu vermeiden, die von Kernkraftwerken ausgehen können. Einfach ausgedrückt: Wenn Sie ein Kernkraftwerk als nicht mehr sicher beurteilen, dann, Frau Trauernicht, haben Sie es abzuschalten. Und im Zweifel muss die Sicherheit vorgehen und ein Kernkraftwerk abgeschaltet werden.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Offensichtlich sind diese Regeln doch nicht so einfach, wie sie sich anhören: Denn Frau Trauernicht kann sich nicht so einfach entscheiden: Einerseits zweifelt sie offensichtlich nicht an der Sicherheit des Kraftwerkes. Sonst hätte sie es ja wohl pflichtgemäß abschalten lassen, und zwar gerade als Vertreterin einer Partei, der SPD, die sich hier in Schleswig-Holstein auf die Fahne schreibt, Vorreiter beim Kernenergieausstieg zu sein.

Andererseits haben Sie, Frau Ministerin - das will ich wirklich kritisieren - öffentlich von Zweifeln an der Sicherheit Brunsbüttels gesprochen. Ich darf Sie noch einmal auf den „taz“-Artikel hinweisen. Ob es nun ein autorisiertes Zitat war oder nicht: Die Öffentlichkeit muss den Eindruck haben, dass die fachlich dafür zuständige Ministerin erhebliche **Zweifel** an der **Sicherheit** des Kernkraftwerks hat und das trägt nicht gerade zur Beruhigung der Öffentlichkeit bei - um das einmal ganz vorsichtig auszudrücken.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, was gilt nun, Frau Ministerin Trauernicht: Ist Brunsbüttel sicher oder ist Brunsbüttel nicht sicher?

Wenn es nach Ansicht Ihrer Fachleute unsicher ist, dann müssen Sie es abschalten. Und wenn es nach Ansicht Ihrer Fachleute sicher ist, dann müssen Sie es gefälligst in aller Öffentlichkeit klipp und klar

sagen, anstatt so herumzueiern, wie Sie es auch heute wieder getan haben.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe gern zu: Es hilft der Ministerin sicherlich nicht, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Betreiberin des Kernkraftwerks Brunsbüttel teilweise undurchsichtig wirkt. Die Ministerin macht auf mich manchmal den Eindruck, sie ließe sich genau von dieser Öffentlichkeitsarbeit fehlleiten. Ich hoffe allerdings, mein Eindruck täuscht mich, und die Atomaufsichtsbehörde lässt sich nicht von der Öffentlichkeitsarbeit einer Kernkraftwerksbetreiberin leiten, sondern von überprüften technischen Fakten. Leider vermittelt die Ministerin aber den Eindruck, bei ihr reiche es immer mehr nur fürs Marketing in dieser Frage und eben nicht zu einer klar fundierten, technisch überprüfbaren Entscheidung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Lieber Kollege Matthiessen, Sie sagten, Sie seien einigen Damen im Sozialausschuss mit technischen Fragen zu nahe getreten. Ich hingegen glaube nicht, dass das technische Verständnis eine Frage von Mann oder Frau ist. Ich finde vielmehr,

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir uns ernsthaft darüber unterhalten sollten, ob die **Fragen der Reaktorsicherheit** wirklich in den **Sozialausschuss** gehören und oder vielmehr doch in dem Ausschuss debattiert werden sollten, wo wir auch sonst über Energiefragen diskutieren, nämlich im **Wirtschaftsausschuss**.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch zu Forderungen Stellung nehmen, die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke mögen über das hinaus verlängert werden, was im so genannten Atomkonsens vereinbart wurde. Dazu sage ich nur zwei Dinge.

Erstens. Reststrommengen von neueren Kraftwerken auf das alte Brunsbüttel übertragen zu wollen, halte ich beziehungsweise meine Fraktion für blanken Unsinn.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wer auch immer etwas am Atomkonsens ändern möchte, der möge den Vertrag zunächst einmal kündigen oder daraufhin hinwirken, dass dieser Vertrag von denjenigen gekündigt werden kann, die

(Dr. Heiner Garg)

das dürfen. Ansonsten gilt nämlich hoffentlich auch in der Politik: Pacta sunt servanda. - Geschlossene Verträge sind einzuhalten.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg und erteile für den SSW im Landtag dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Atommeiler in Brunsbüttel gehört mit seinen mittlerweile 30 Jahren zu den ältesten Atomkraftwerken in Deutschland und er hat zuletzt im Jahr 2002 mit einem gravierenden Störfall Schlagzeilen gemacht, als innerhalb des Sicherheitsbehälters eine Kühlleitung an zwei Stellen explodiert ist.

Der Betreiber hat seinerzeit den Unfall heruntergespielt und nur durch das ständige Drängen der Landesregierung kam es zu der nachträglichen Untersuchung des Vorfalls, bei der die gesamte Tragweite des Störfalls aufgedeckt wurde. Ohne dieses kritische Hinterfragen des Störfalls, wären seine Ausmaße möglicherweise unentdeckt geblieben.

Seit dem Störfall des Meilers Forsmark I in Schweden ist eine neue Debatte um die Sicherheit von Atomkraftwerken entbrannt. Aber auch die mangelhafte Informationspolitik des Betreibers Vattenfall lässt hier mehr als zu wünschen übrig.

Der Betreiber hat auch eine Informationspflicht gegenüber dem Land als Reaktorsicherheitsbehörde. Dieses **Informationsdefizit** hat auch Ministerin Trauernicht kritisiert und dieser Anspruch besteht nicht nur in Bezug auf die aktuelle Problematik, sondern auch auf die Fragestellungen, die schon in der Vergangenheit im Rahmen der Sicherheitsüberprüfung bearbeitet werden sollten. Und hier erwarte ich auch mehr Offenheit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Uns wurde zugesichert, umfangreiche Informationen im Sozialausschuss im Oktober zu erhalten und diese will ich natürlich abwarten.

Zurück zum Störfall in Schweden. Obwohl die schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke ein anders gestaffeltes Schutzkonzept für die Stromversorgung der Notstromdieselaggregate und der Wartungsinstrumentierung haben, steht eine vertiefte **Bewertung des Vorfalls in Schweden** hinsichtlich des Atommeilers Brunsbüttels noch aus und wir

können heute noch keine gesicherten Aussagen treffen.

Hier erwarte ich, dass die Landesregierung so schnell wie möglich untersucht, inwieweit der Störfall für schleswig-holsteinische Atomkraftwerke relevant ist. Allerdings stellt sich die Frage, warum der Betreiber jetzt beantragt hat, das Notstromsystem in Brunsbüttel umzubauen. Das scheint doch etwas unsicherer zu sein, als man uns als Bürgerinnen und Bürger weismachen wollte.

Die eben dargestellten Tatsachen zeigen vor allem eines: Die Atomenergie ist nicht so sicher, wie sie immer wieder dargestellt wird. Wir müssen einfach feststellen, dass wir es mit einer gefährlichen Technologie zu tun haben, die wir nicht kontrollieren können.

Auch wenn die Untersuchungen abschließend ergeben sollten, dass ein vergleichbarer Störfall in Schleswig-Holstein unwahrscheinlich ist, macht der Vorfall in Schweden deutlich, dass eine **latente Gefahr** grundsätzlich immer vorhanden ist. Angesichts des fortgeschrittenen Alters des AKWs Brunsbüttel kann nicht ausgeschlossen werden, dass es Ermüdungserscheinungen und Fehlfunktionen geben kann.

Auch die von der Landesregierung geforderte Darstellung und Überprüfung der Wirksamkeit der Qualitätssicherung und des Sicherheitsmanagements gibt keine hundertprozentige Sicherheit für die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein. So ehrlich sollten wir mit dieser Risikotechnologie umgehen.

Wir können feststellen, dass das Vertrauen der Bevölkerung durch den Vorfall in Schweden nachhaltig erschüttert wurde. Dies war kein Störfall in einem drittklassigen Meiler, der mehrere tausend Kilometer entfernt irgendwo in Osteuropa steht. Der Störfall in Schweden hat nur noch einmal verdeutlicht, dass die hoch gelobten europäischen Atomkraftwerke auch Unsicherheiten aufweisen können.

Aber auch der Umgang des Betreibers, seine Informationspolitik, mit dem Störfall trägt nicht dazu bei, das Vertrauen in die Kernenergie zu stärken. Hier muss die Landesregierung auf eine lupenreine Untersuchung des Vorfalls drängen.

Wir müssen uns immer wieder mit den Gefahren der Atomenergie beschäftigen. Eine unsichere Technologie und ein Vertrauensverlust auf breiter Basis lassen die Atomenergie in einem neuen, aber nicht besseren Licht erscheinen. Daher halte ich die derzeitige Diskussion um eine Reststrommengenübertragung auf das alte Atomkraftwerk Brunsbüttel

(Lars Harms)

tel für völlig abwegig. Dies kann nicht im Sinne des Atomausstiegsgesetzes sein.

Das Atomkraftwerk Brunsbüttel muss spätestens wie vorgesehen im Jahr 2009 vom Netz genommen werden. Wenn es geht, sollte dies auch früher geschehen. Denn nur wenn wir uns von dieser Risiko-technologie verabschieden, haben wir die Gewissheit, dass von ihr keine weiteren Gefahren ausgehen.

Ich möchte noch eines zu dem sagen, was der Kollege Ritzek ansprach. Er hat zumindest versucht, einen Weg deutlich zu machen, wie man vielleicht aus der Misere herauskommt. Er hat ganz deutlich gesagt: 200 **Windkraftanlagen** entsprechen ungefähr einem Atomkraftwerk wie Brunsbüttel. Wenn wir Brunsbüttel abschalten, müssen wir den Mut haben, 200 5-MW-Anlagen aufzustellen. Da bin ich mit ihm einig. Wir sollten es am besten im **Offshorebereich** machen und wir sollten versuchen, dieses gerade im Offshorebereich zu ermöglichen.

Da gibt es mehrere Schwierigkeiten, aber zwei Hauptschwierigkeiten. Erstens. Wir haben nicht die **logistische Basis** dafür. Diese ist nämlich gerade mit dem Offshorehafen in Husum von der Landesregierung gekillt worden.

Zweitens muss unbedingt eine **Netzanschlusspflicht** des Netzbetreibers für Offshorewindparkanlagen festgelegt werden. Das heißt, es kann nicht angehen, dass ich ein Atomkraftwerk auf Kosten des Netzanschlussbetreibers anschließen kann, also auf unsere Gebührenkosten, aber die Investoren im Offshorebereich diese Aufgabe selber tragen und bezahlen müssen. Das sind ungefähr 25 % der Kosten eines Offshorewindparks. Da können wir politisch zu einer anderen Lösung kommen. Dies müssen wir befördern. Herr Kollege Ritzek, ich erwarte jetzt von der Landesregierung, dass sie das vorantreibt.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Bevor ich die Beratung schließe, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, begrüßen wir sehr herzlich auf der Besuchertribüne Damen des Clubs Soroptimist International aus Flensburg - das ist eine Servicevereinigung berufstätiger Frauen - sowie Mitglieder der Frauen-Union aus Nordfriesland. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/973 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

„Weg vom Öl“ - Auswirkungen eines dauerhaften hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/371

Antwort der Landesregierung
Drucksache 16/823

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich das Wort dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann.

Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, dass wir mit der 120-seitigen Antwort auf die Anfrage der Grünen einen umfangreichen Bericht gegeben haben, der lesenswert ist

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und der auch deutlich macht, welche Betrachtungen wir beim Thema Öl haben. Dabei muss man wissen, dass ein wesentlicher Teil dessen, was geliefert wird und was bisher hergestellt wird - wer sich mit Rohölpolitik befasst, wird das bestätigen -, den sicherheitspolitisch unsicheren Regionen der Welt zuzuordnen ist. 70 % des Erdöls und 50 % des Erdgases, das bei uns verarbeitet wird, kommen aus dem Vorderen Orient.

Ich möchte aber anders beginnen. Wir haben festzustellen, dass sich die Marktgewohnheiten im Bereich des **Energieverbrauchs** von **fossilen Brennstoffen**, besonders von Öl und Gas, deutlich verändert haben. Seit 1990 hat sich der Verbrauch von **Öl** in Haushalten und Gewerbe fast halbiert, im Verkehr um 8 % reduziert trotz wirtschaftlichem Wachstum. Das heißt, es wird sparsamer gewirtschaftet. **Erdgas** hat hingegen deutlich zugenommen um 40 %. Die Preisentwicklung ist bedrohlich. Die Preisentwicklung bedeutet, dass wir heute etwa 110 bis 120 % mehr für die entsprechende Energie

(Minister Dietrich Austermann)

zahlen als im Jahre 1990, also eine gewaltige Steigerung, die oftmals nur auf emotionale Entwicklungen im Börsenbereich zurückzuführen ist, weniger als tatsächlich auf Fakten.

Unser gemeinsames Interesse geht in die Richtung, Energie zur Verfügung zu stellen oder anzubieten oder die Möglichkeit des Angebots zu schaffen, die sicher verfügbar, preiswert und umweltfreundlich ist. In keinem Fall dürfen hohe **Energiepreise** sich als Arbeitsplatzkiller auswirken. Dieses Thema zu diskutieren ist deshalb gut, und die Anfrage gibt einen Anlass, darüber nachzudenken.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Antwort der Landesregierung zweigeteilt. Vorangestellt haben wir eine Analyse der internationalen Situation der Reserven, der Preise, der geografischen Verteilung des Aufkommens, der nationalen Bedarfe und Verbrauchsstrukturen. Hierbei zeigt sich, dass die Staatskonzerne des Vorderen Orients und Russlands die Trümpfe in der Hand haben, wir relativ wenig Einfluss haben und im Lande fast überhaupt keinen Einfluss, auch wenn wir immerhin bei der **Erdölförderung** in Deutschland selbst in **Schleswig-Holstein** über 60 % des Vorkommens nutzen können. Ich denke, dass wir uns in absehbarer Zeit auch darüber unterhalten werden, weil dort noch erhebliche Reserven liegen. Beim Erdgas sieht das ganz anders aus.

Wir werden unseren **Energiebedarf** als eines der führenden Industrieländer nicht von heute auf morgen umsteuern können. Ohne Wirtschaftstätigkeit und Verkehr hätten wir nicht unseren Lebensstandard und würden frieren. Auch das will niemand der hier Anwesenden. Um Preiserhöhungen aber langfristig entgegen zu wirken, müssen wir zunächst Energie einsparen. Das kann jeder von uns, das kann die Regierung, das kann die Wirtschaft, und das wird auch gemacht. Ich habe auf den **sinkenden Verbrauch beim Öl** hingewiesen. Die Energie muss auch effizienter genutzt werden. Zudem müssen wir Technologievorsprünge entwickeln und halten, zum Beispiel im Bereich der **Biomasse** oder bei Nutzung der **Kohle**. Es hat den Anschein, dass wir nach dem Thema Kernenergie und Erdöl morgen das Thema Kohle haben, also die gesamte Palette der Energie diskutieren. Es wäre gar nicht unklug gewesen, das Ganze miteinander zu fassen.

In Schleswig-Holstein sollten wir uns in der **Energiepolitik** auf folgende Eckpunkte einigen können: Erstens. Angesichts der Unsicherheit der Öl- und Gasreserven und der weltweit steigenden Energienachfrage wollen wir einen ausgewogenen, sicheren, umweltverträglichen und preisgünstigen

Energiemix. Es wird nicht ein Energieträger sein. Wir werden auf absehbare Zeit den Energiemix brauchen.

Zweitens. Unsere wichtigsten Ziele sollten heißen: **Energie sparen**, Energie nutzen durch neue Kraftwerke und Nutzung der erneuerbaren Energien vor allem durch Wind, Sonne und Biomasse.

Drittens. Wir müssen die **Netznutzungsentgelte** stabil halten. Wir brauchen einen offenen Markt. Missbräuche marktbeherrschender Unternehmen sollten geahndet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Wir müssen investieren. Investieren heißt, dass auch wir als öffentliche Hand hier gemeinsam, Landesparlament und Landesregierung, überlegen, an welcher Stelle wir Investitionen in neue Energieträger unterstützen können. Die Landesregierung stellt mit dem Schleswig-Holstein-Fonds 18 Millionen € für **energiebedingte Investitionen** bereit. Wer sich die Planungen zum Thema Nordpower-Innovationspark im Raum Lübeck ansieht, der weiß, dass wir in Schleswig-Holstein zum Thema Energieversorgung durchaus ein Stück Zukunft mit gestalten können. Diese Anfrage gibt Gelegenheit, darüber zu diskutieren. Das begrüßen wir.

(Beifall bei CDU und SPD sowie bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Minister Dietrich Austermann und erteile das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für den Bericht. Die Einschätzung, dass wir noch viel Öl und Erdgas zur Verfügung haben, ist viel zu optimistisch und damit falsch. Das gilt sowohl für die Bewertung der **Vorräte** auf Seite 12 des Berichtes als auch für die ökonomische Theorie der **Ressourcenverlängerung** durch höhere **Preise**.

Die Verdoppelung des Ölpreises innerhalb von weniger als zwei Jahren mag ein Indiz für diese These sein. Die **Preisprognosen**, aufgestellt zu Beginn eines jeden Jahres für das Jahr, zum Beispiel von der Deutschen Bank aber auch anderswo, unterschreiten den tatsächlichen Preisverlauf seit Jahren um 20 % und mehr. Zu Anfang 2006 wurden 52 \$ vorhergesagt. Das haben wir das ganze Jahr lang noch

(Detlef Matthiessen)

nicht ein einziges Mal erlebt. Ab Beginn der 80er-Jahre liegt die jährliche Förderung über der Kapazität der neu entdeckten Reserven, sodass seit dieser Zeit die vorhandenen **Reserven** abnehmen. Deshalb wird von den meisten Experten von einem **Fördermaximum** zwischen 2010 und 2020 gerechnet. Einige gehen sogar davon aus, dass das Maximum noch vor 2010 eintreten wird oder sogar schon eingetreten ist. Selbst der von Chevron jetzt im Golf von Mexiko neu entdeckte Jackpot, das gewaltige Feld Raute 2, deckt den Weltverbrauch nur für sechs Monate. Allerdings muss man das Öl aus zwei Kilometer Meerestiefe und danach noch aus weiteren sechs Kilometern Deckschicht heben. Also Förderbarkeit und der Preis, mit dem man zu rechnen hat, stehen noch weit in den Sternen.

Auf der anderen Seite gab der Ölmulti Shell am 9. Januar 2004 bekannt, dass er 20 % seiner Reserven von „bewiesen“ zu „möglich“ umdeklarieren müsse. Die mexikanische staatliche Ölgesellschaft Pemex hat im September 2002 Abstriche bezüglich ihrer Reserven von 53 % vornehmen müssen. Alle aktuellen Förder- und Preisprognosen liegen systematisch optimistisch falsch. Das heißt, wenn wir eine Streuung zu erwarten hätten, müssten ja auch mal einige Prognosen preislich oder ressourcenmäßig darüber liegen. Das ist aber nicht so. Dahinter steckt natürlich auch ein wirtschaftspolitisches Kalkül derer, die zurzeit mit den bestehenden Energieverhältnissen ihre Verdienste machen.

Der Bericht enthält aber, Herr Minister - darüber habe ich mich sehr gefreut -, abschließend unter diesem Kapitel den Satz: „Gleichwohl darf, wie lange Erdöl und Erdgas zu welchen Preisen auch immer zur Verfügung stehen, die daran gekoppelte CO₂-Problematik nicht aus den Augen verloren werden.“ Ich glaube, das ist richtig und nur zu unterstreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und beim SSW)

Zweite Bemerkung! **Kohle** als Energierohstoff bleibt nicht billig. Es ist eine Illusion zu glauben, wenn Öl und Gas knapp werden, dass man dann Kohle noch preiswert zu Strom verarbeiten kann. Alle Rohstoffpreise bewegen sich zurzeit nur in eine Richtung. Öl hat eine Eckpreisfunktion ähnlich wie der Weizen in der Landwirtschaft. Wir haben morgen - der Minister erwähnte das schon - noch über Kohle zu sprechen. Daher belasse ich es bei diesen Bemerkungen.

Drittens! **Atomstrom** substituiert weder Öl noch Erdgas. Atomstrom wird aus Kohle und Uran sowie Erneuerbaren erzeugt, nicht aus Öl und nur zu ei-

nem ziemlich kleinen Teil aus Erdgas. Die immer wieder bemühte Verknappung von Öl als Legitimation, AKW-Laufzeiten zu verlängern, hat mit der Wirklichkeit daher überhaupt nichts zu tun.

Das wird umso perfider, je deutlicher man beobachten kann, dass diejenigen, die Ressourcenverknappung und Klimaschutz als Argumente für Atomenergie verwenden, eben zu diesen Problemen an anderer Stelle schweigen. Hätten wir genügend **Vorräte**, hätten wir weiterhin niedrige und sichere Preise, dürften wir mit der Verbrennung fossiler Energieträger dennoch nicht so weitermachen, weil wir mit dem **Klimawandel** unverantwortliche Schäden anrichten, die die Generationen nach uns mit keiner noch so großen Anstrengung werden beseitigen können. Gerade beim Thema Energie wird es so sein, dass wir in vier Generationen alle Vorräte aufgezehrt haben, dass wir für zwei Generationen Atomstrom genutzt haben, aber die Menschheit auf ewige Zeiten mit radioaktivem Müll belasten. Auf uns werden nachfolgende Generationen - davon bin ich überzeugt - voller Verachtung zurückblicken, weil wir die Möglichkeiten nicht nutzen und die Gefahren ignorieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das müssen uns die Grünen sagen!)

- Das hat mit den Grünen nichts zu tun, Herr Kubicki. Bedenken Sie bitte: Ein Durchschnittsamerikaner verbraucht pro Jahr 13 t Steinkohleäquivalente, ein Einwohner des Tschad dagegen 7 kg. Damit verbindet sich auch eine weltweite Ungerechtigkeit. Die **Verfügbarkeit über Energie** lässt sich eben auch in Dollar pro Kopf und Einwohner spiegeln.

Der grüne Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Sprecher Hans-Josef Fell hat ein Buch mit dem Titel „Chance Energiekrise“ herausgegeben. Wir sind Exportweltmeister. Wir sind eine **Technologation**. Wir haben hier Firmen in Schleswig-Holstein, die Windenergieanlagen bauen. Wir haben auch Firmen, die Biogasanlagen bauen. Ich bin fest überzeugt: Wir müssen alle Forschungsmittel, die zu 80 % in den Atombereich gehen, auf diesen Sektor umlenken. Wir haben erneuerbare Energien ohne Ende. Darin liegt eine Chance für unser Land.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Minister, für den unwahrscheinlich umfassenden Bericht. Sie sprachen voller Freude und Glücksgefühl über die 60 % der **Rohölförderung**, die wir in Deutschland haben und die in **Schleswig-Holstein** gefördert werden. In Schleswig-Holstein sind es knapp 2 Millionen t. Der Gesamtverbrauch in Deutschland beträgt 120 Millionen t. Trotzdem sollten wir uns über die Lage freuen.

Herr Matthiessen, Sie haben gesagt, Rohöl werde knapp und das Rohöl reiche bald nicht mehr aus. Prognosen über die **Verfügbarkeit von Rohöl** gibt es seit 40 Jahren. Immer hieß es und heißt es: Wir haben noch genug Rohöl für eine Zeit von 40 bis 50 Jahren. Das liegt daran, dass trotz des gestiegenen Bedarfs die Technologie immer weiter verbessert und verfeinert wird, damit man auch aus tieferen Schichten Rohöl fördern kann. Die nächste große Herausforderung ist die Verwertung von Ölschiefer. Von einem Auslaufen der Ressourcen zu sprechen ist, glaube ich, nicht gerechtfertigt. Sie können auch Herrn Chevron nicht zitieren. Was der gesagt hat, stimmt einfach nicht.

„Weg vom Öl!“ ist die Überschrift der riesigen Anfrage, die das Ministerium mit großer Geduld beantwortet hat. Aber das ist sicherlich nur ein Schlagwort. Mit der Realität hat es nichts zu tun. Betrachten Sie doch die **Abhängigkeit des deutschen Marktes** vom Rohöl.

Bei Mineralöl ist Deutschland mit 97 % von Importen abhängig. Bei Erdgas sind es 83 %. Es sind also gewaltige Mengen, die wir aus anderen Ländern importieren müssen.

Der Ressourcen hunger Chinas und Indiens nach Energierohstoffen bedeutet, dass das Preisniveau mit Sicherheit nicht heruntergehen wird. Heute haben wir für einen Barrel etwa 70 \$ zu zahlen. Die neueste Prognose des energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln basiert auf einem Gutachten, das die Bundesregierung beantragt hatte. Es ist noch ganz neu; es stammt vom August. Das Gutachten besagt, dass ein Barrel Rohöl im Jahr 2030 wahrscheinlich 100 € kosten wird.

Von dem gesamten **Energiebedarf** in Deutschland in Höhe von 486 Millionen t Steinkohleeinheiten werden 36 % durch Mineralöl gedeckt. 1973 waren es noch 55 %, in Schleswig-Holstein sogar 69 %; so steht es im Bericht. Wir haben also durchaus einen Erfolg des Landes Schleswig-Holstein zu verzeichnen bei dem Bemühen, Rohöl durch andere

Energien zu ersetzen, nämlich zum Beispiel durch die Windkraft.

Die **regenerativen Energien** spielen in Deutschland mit 3,5 % in der Gesamtbilanz leider nur eine marginale Rolle. Bis zum Jahr 2030 wird die Energienachfrage - so die Europäische Union im letzten Grünbuch vom März dieses Jahres - um weitere 60 % steigen. Es wird einen weiteren Anstieg bei Rohöl von jährlich 1,6 % geben. Wir haben uns in Deutschland von dieser Steigerungsrate zum Glück abgeklinkt. Das liegt an unserer modernen Technologie und ist sicherlich ein großer Erfolg.

Das Heizöl wurde mehr und mehr durch **Erdgas** zurückgedrängt. Die Kraftstoffverbräuche wurden bei uns durch eine verbesserte Motorentechnologie reduziert. Das alles spielt sicherlich eine Rolle bei der Reduzierung des Gesamtölbedarfs in Deutschland.

Fast 50 Millionen Fahrzeuge fahren über die deutschen Straßen. Es sind 45 Millionen Pkw, knapp 3 Millionen Lkw. Die allein schlucken 60 % des Mineralöl in unserem Land. Hier anzusetzen ist eine wichtige Aufgabe. Hier ist aber auch einiges schon geschehen. Ganz aktuell hat BMW verkündet, dass **Wasserstoff** als alternativer Kraftstoff für den Antrieb angeboten werden wird. In der Siebenerreihe werden die Fahrzeuge entsprechend angeboten, aber sicherlich zu ziemlich hohen Preisen.

Die Frage ist: Wie wirkt sich das auf Wirtschaft und Verkehr aus? - Die Landesregierung hat in dem Bericht deutlich gesagt, dass die Öl- und Gaspreise negative Auswirkungen auch auf das Wohlergehen der Bevölkerung, aber auch auf die Unternehmen haben werden, besonders dann, wenn wir sehr **energieintensive Industrien** oder sehr energieintensive **Dienstleister** haben, zum Beispiel Fahrzeugflotten. Bei dieser Entwicklung müssen sich diese Firmen sehr schnell umstellen und Einsparmöglichkeiten suchen.

Was ist zu tun? - Über viele Dinge haben wir in der Vergangenheit diskutiert und werden es weiter tun. Wir brauchen eine europaweite Energiepolitik. Wir müssen in unserem Land den **Energiemix** auf die bisherigen Schultern stellen und optimieren. Wir müssen die Entwicklung regenerativer Energien durch Forschung und Einsetzung von Finanzmitteln vorantreiben. Wir Schleswig-Holsteiner müssen zu einem führenden Land in der Entwicklung **regenerativer Energien** werden.

Wir müssen das **Einsparpotenzial**, das auf 30 % geschätzt wird, konsequent nutzen, sowohl bei den Privathaushalten als auch in der Industrie. Die Parole „Weg vom Öl!“ und die ausschließliche Be-

(Manfred Ritzek)

trachtung der Auswirkungen auf Schleswig-Holstein bringen uns nicht weiter. Das Thema Energie ist anspruchsvoller. Der Bericht der Landesregierung hat es bewiesen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Olaf Schulze das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Preisanstieg** bei Öl und Benzin ist rasant. In den Ölförderländern gibt es Krisen. Weltweit ist eine stark wachsende Nachfrage zu verzeichnen. Stichworte sind hier China und Indien. Die Anforderungen des weltweiten **Klimaschutzes** machen uns deutlich: Wir brauchen schon heute Alternativen zum Öl. Wir müssen die Abhängigkeit vom Öl reduzieren. Dabei muss das Ziel einer sicheren, nachhaltigen und preisgünstigen Versorgung der Bevölkerung und der Unternehmen im Mittelpunkt stehen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Weg vom Öl! - Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein“ gibt hierzu dankenswerterweise eine lesenswerte und informationsreiche Grundlage, die wir heute im Plenum sicherlich nicht abschließend debattieren können. Ich freue mich daher schon auf eine weitere intensive Beratung in den Ausschüssen.

Wenn wir die plakative Aufforderung „Weg vom Öl!“ ernst nehmen, müssen wir uns zugleich darüber einigen, wohin wir uns wenden wollen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion und mich noch einmal klar Position beziehen. Wir werden eine Abhängigkeit vom Öl nicht durch eine Abhängigkeit vom Uran eintauschen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns unserer Verpflichtung zum Klimaschutz bewusst und müssen auch in Schleswig-Holstein die **CO₂-Emissionen** reduzieren. Der Reduzierung des Ölverbrauchs kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu.

Ich begrüße die Aussage der Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage, dass entgegen vielen öffentlichen Forderungen der Energiewirtschaft eine kausale Verbindung von **Erdölverwendung** und **Kernenergie**, etwa in der Art, dass man Kernenergie allein deshalb nutzen müsse, um die Ölabhängigkeit zu reduzieren, in der Tat in

Deutschland unerfindlich sei, zumal die Ölverstromung nach den beiden Ölpreiskrisen der 70er- und der 80er-Jahre auf knapp 1 % zurückgedrängt werden konnte. Für uns kann der Weg „**Weg vom Öl**“ nur durch eine Energiepolitik begleitet werden, die die Weichen für Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien stellt. **Haupthandlungsfelder** dieser Politik sind für mich die Bereiche Verkehr, Wärme und Strom, für die der Energielieferant Öl unterschiedlich starke Bedeutung hat. Auch volkswirtschaftlich ist der Weg weg vom Öl alternativlos. Deutschland musste 2004 rund 25 Milliarden € für Rohölimporte zahlen. Das ist Geld, das unserer Binnenkonjunktur fehlt.

Vorbild sollte hierbei die Vision Schwedens sein, das sich ganz vom Öl verabschieden will. Nach dem Willen von Energieministerin Sahlin soll in Schweden schon im Jahr 2020 kein Haus mehr mit Öl geheizt werden und kein Autofahrer ausschließlich Benzin tanken. Stattdessen werden Sonne, Wind, Wasser und Biotreibstoffe dafür sorgen, dass die Industrienation weiter produziert, nicht friert und mobil bleibt. Selbst US-Präsident George W. Bush will die Einfuhren aus dem Nahen Osten reduzieren und alternative Energien fördern. Kalifornien hat bereits reagiert. Der Sonnenstaat legte ein 3 Milliarden \$ schweres Förderprogramm für Solaranlagen auf.

Diese Beispiele sollten uns Mut für unseren Weg machen. Schleswig-Holstein hat sich in Deutschland in der Energiepolitik als Motor einen guten Namen verschafft. Produkte der **Windenergie** made in Schleswig-Holstein sind weltweit ein Gütezeichen. Gerade die Windenergie ist in Schleswig-Holstein ein Jobmotor geworden. Diesen müssen wir erhalten und ausbauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die **Wasserstofftechnik**, die in den zukünftigen Jahren eine große Rolle spielen wird. Deshalb sollten wir darüber nachdenken, ob wir den Hafen Brunsbüttel gemeinsam mit Hamburg auch zum Energiehafen für den kommenden Energieträger Wasserstoff ausbauen können. Rotterdam denkt schon heute über diese Alternative nach und plant schon jetzt, große Flächen für Wasserstoff zu nutzen.

(Beifall beim SSW)

Aus dem Bündel der uns vorliegenden Informationen will ich angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit nur folgende Stichworte für den Weg „Weg vom Öl“ nennen, die wir in den Ausschüssen vertiefen sollten: Biokraftstoffe, Wasserstoffbrenn-

(Olaf Schulze)

zellen, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung. Auf dem Weg „Weg vom Öl“ sind wir längst nicht mehr am Anfang. Wir sind aber auch nicht am Ende. Wir sollten aber keinesfalls abwarten, bis die Ölressourcen erschöpft oder nur noch zu extremen Preisen nutzbar sind. Die Prognosen der Vergangenheit haben uns seit den 60er Jahren eine gleichbleibende Reichweite von Öl und Gas von 40 beziehungsweise 66 Jahren dargelegt. Dies sollte uns aber nicht zum Abwarten und einem „Weiter so“ verführen. Auch die Steinzeit ist nicht aus einem Mangel an Steinen beendet worden. Das industrielle Ölzeitalter sollte möglichst schnell durch technologische Innovationen beendet werden. Dies gebietet schon unsere Verpflichtung zum Klimaschutz. Beim fossilen Energieträger Öl handelt es sich um eine Übergangsenergie. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, hier einen Übergang in eine dauerhafte und regenerative Energiezukunft zu gestalten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Olaf Schulze. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was die Vorredner unter dem Stichwort Energiehunger der Weltbevölkerung gesagt haben, kann man - so glaube ich - so zusammenfassen: Angesichts des Energiehungers in großem Maße Energie bereitzustellen, ist nicht zu **konstanten Stückkosten** möglich. Wenn also mehr Menschen mehr Energie wollen und benötigen, dann müssen die Energiepreise in den nächsten Jahren steigen. Jetzt kann man sich fragen, ob man für diese einfache Erkenntnis die Große Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder auch die 50 Seiten der Vorbemerkungen der Landesregierung gebraucht hätte. Wir haben sie aber nun einmal.

Einer der Hauptenergieträger auf der Welt ist das Erdöl. Zum Beispiel nutzt fast das ganze Weltverkehrssystem heute noch Öl als **Energieträger**. Damit fußt natürlich auch der gesamte Weltwarenhandel derzeit noch auf Erdöl. Eine Nation, die einen großen Teil ihres Wohlstands mit dem Export von Waren in die ganze Welt erwirtschaftet, sollte sich daher sehr genau überlegen, wie abrupt sie die Fundamente ihres Wohlstandes verändern will. Der Ausruf „Weg vom Öl“ hört sich auch als Überschrift einer Großen Anfrage sehr dynamisch an.

Angesichts des riesigen Weltkapitalbestandes, der auf die Nutzung von Öl ausgerichtet ist, wird sich diese Dynamik weltweit nur sehr langsam bemerkbar machen. Deutschland wird bei dieser Bewegung aber Vorreiter sein. Der Tabelle B 7 auf Seite 62 der Antwort auf die Große Anfrage können wir entnehmen, dass der Endenergieverbrauch von Öl von 1995 auf 2020 um 17,5 % sinken wird.

Nicht nur wegen des höheren Ölpreinsniveaus sind **fossile Energieträger** problematisch. Sie sind es auch, weil ihre Verbrennung ganz offensichtlich zum Anstieg der weltweiten **Klimaerwärmung** beiträgt. Dass die Welt sich aufheizt, ist inzwischen wissenschaftlich unbestritten. Ob und inwieweit die Menschheit hieran Schuld trägt, ist - zumindest im Ausmaß - noch nicht ganz sicher. Das alles ist zwar nicht ganz so sicher, wie manche das gern behaupten, aber wir müssen trotzdem damit rechnen. Gerade deshalb ist es angemessen, den Verbrauch fossiler Energieträger zugunsten anderer Energieträger zu bremsen. Die Frage ist nur, wie dies am preiswertesten geschehen kann, denn schließlich geht es auch darum, Wohlstand zu erhalten und Wohlstand zu mehren.

(Beifall bei der FDP)

Der sicherste Motor für den Wechsel zwischen Energieträgern sind Veränderungen ihrer **relativen Preise**. Wenn der Ölpreis schneller steigt als die Preise anderer Energieträger, dann werden die Energieverbraucher nach und nach zu den relativ billigeren Energieformen wechseln, und zwar in dem Maße, wie es sich für sie lohnt. Dass die **öffentlichen Hände** sich hierbei nützlich machen können, ist - so glaube ich - unumstritten. Wie sie helfen sollten, darüber lässt sich trefflich streiten. Darüber streiten wir auch hier im Landtag und in den unterschiedlichen Ausschüssen immer wieder.

Ich will dies gern an einem Beispiel aus der jüngsten Geschichte aufzeigen. Ich formuliere einmal flapsig: Was trägt stärker dazu bei, die Abhängigkeit Schleswig-Holsteins vom Erdöl zu verringern oder früher zu verringern? Erdkabel oder Freileitungen? - Eines ist sicher: Je länger die Genehmigungsverfahren sich hinziehen und nicht entschieden werden, desto später werden zusätzliche landseitige Windmühlen oder sogar Offshorewindparks Energie aus fossilen Brennstoffen ersetzen können.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Windenergie kann fossile Energieträger dann ersetzen, wenn die erzeugte Windenergie nicht komplett die wegfallende Kernenergie ersetzen soll. Nach Ansicht der Grünen befinden wir uns hier be-

(Dr. Heiner Garg)

reits in der Zwickmühle: Entweder nutzen wir das realistische Potenzial der erneuerbaren Energien, um den CO₂-Ausstoß zu senken, oder wir nutzen es, um die Kernenergie zu ersetzen, oder wir machen von beidem ein bisschen, aber beides nicht richtig, oder wir schränken das Energieangebot massiv ein. Ich sage es an dieser Stelle ganz deutlich: Ich halte es für falsch, wenn wir uns im Landtag in fünf Minuten anmaßen zu wissen, wie das alles am sinnvollsten und am dynamischsten organisiert werden soll und kann.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, wir sollten uns darauf beschränken, einerseits die **Subventionen** einzelner Energieträger mittelfristig abzubauen und andererseits gleichzeitig dafür zu sorgen, dass jedem einzelnen Energieträger uneingeschränkt alle Kosten zugerechnet werden, die sie verursachen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Handel mit **CO₂-Lizenzen**. An dieser Stelle sage ich auch deutlich: Bei Subventionen meine ich nicht Markeinführungshilfen für neue Technologien. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Dort können wir weiter in die Tiefe gehen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für den SSW im Landtag erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Einleitung zur Antwort auf die Große Anfrage stellt die Landesregierung richtigerweise fest, dass die endlichen Energieträger Kohle, Öl, Gas und Uran sowohl für sich selbst als auch im Verbund nur als **Übergänge** anzusehen sind. Daher sei es die Aufgabe der Zeit, diese **Übergänge** bruchlos zu organisieren. Hierin stimme ich mit der Landesregierung überein. Die Frage ist aber, wie viel Zeit uns für diese Übergänge zur Verfügung steht. Hier geht die Landesregierung davon aus, dass es bei heutiger Produktion und Nachfrage beispielsweise für die nächsten 40 Jahre gesicherte **Reserven für Rohöl** gibt. Es gibt aber auch Ölvorkommen, die noch bis ins 22. Jahrhundert reichen, wobei die Gewinnung dieser Vorkommen mit immensem Aufwand und entsprechenden Kosten verbunden sein wird. Dies wird sich natürlich auf den Preis niederschlagen.

Demgegenüber steht die **ökologische Seite**. Hier macht die Landesregierung deutlich, dass der ent-

scheidende **Verbrauchssektor** für Erdöl und zunehmend auch für Erdgas der Verkehrsbereich sein wird. So hat es 1960 weltweit circa 60 Millionen Fahrzeuge und im Jahre 2000 bereits 700 Millionen Fahrzeuge gegeben. Es ist davon auszugehen, dass es um die Jahre 2020 und 2050 jeweils eine Milliarde - beziehungsweise zwei Milliarden - Fahrzeuge sein werden. Innerhalb von 100 Jahren gibt es also eine Steigerung von 60 Millionen auf 2 Milliarden Fahrzeuge. Das ist eine riesige Zahl, hinter der ein riesiger Energieverbrauch steht.

Welche negativen Auswirkungen dies auf den Treibhauseffekt und die damit zusammenhängenden Klimafolgen haben wird, ist derzeit kaum abschätzbar. Aber dass ein Klimakollaps dann nicht mehr ausbleibt, ist klar. Wir können also feststellen, dass die **Nachfrage** nach **Öl** und somit auch der Ölpreis nachhaltig steigen werden. Je knapper das Öl wird, desto mehr wird der Preis in die Höhe gehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist Marktwirtschaft!)

Dies ist zwar eine alte Erkenntnis, die schon mehrere Jahrzehnte alt ist, trotzdem hat sie noch bei Weitem nicht jeder verinnerlicht. Deshalb müssen wir alles daransetzen, Energie einzusparen und neue Arten der Energiegewinnung zu erschließen.

Dabei hat mich die Antwort der Landesregierung auf die Frage nach den Potenzialen zur Reduktion des Ölverbrauchs im **Verkehr** in Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit einem generellen Tempolimit auf Autobahnen und Bundesstraßen durchaus überrascht. Demzufolge liegen der Landesregierung keine konkreten Erkenntnisse für Schleswig-Holstein über eine mögliche Reduzierung des Ölverbrauchs durch **Tempolimits** vor. Die Landesregierung beruft sich hierbei auch auf Mitteilungen des Bundesverkehrsministeriums, wonach das Potenzial einer Kraftstoffeinsparung und damit auch einer Schadstoffreduzierung durch ein generelles Tempolimit auf Autobahnen weit überschätzt wird. Eine Studie der Internationalen Energieagentur kommt hierbei jedoch zu einem anderen Ergebnis, wonach ein Tempolimit tatsächlich Kraftstoff sparen könnte.

Wenn also ein Tempolimit auf deutschen Straßen politisch derzeit nicht gewollt ist, müssen andere Wege eingeschlagen werden, um den Ölverbrauch zu senken. Das heißt beispielsweise, der Durchschnittsverbrauch der Fahrzeugflotte muss weiter gesenkt werden - das kann man auch gesetzlich regeln - und das Umsteigen vom Individualverkehr auf **öffentliche Verkehrsträger** muss erleichtert werden.

(Lars Harms)

Was den ersten Punkt angeht, so hat es derzeit den Anschein, dass die deutsche Automobilindustrie lieber auf PS- und leistungsstarke Spritfresser setzt, statt energiesparende Motoren auf den Markt zu bringen. Diese Produktstrategie könnte sich in Zeiten hoher Spritpreise, in denen Sparsamkeit gefragt ist, künftig negativ auswirken. Schließlich reagieren ausländische Automobilhersteller bereits erfolgreich mit neuen, sparsameren Technologien.

Das öffentliche Verkehrswesen gehört aus Sicht des SSW zur Daseinsvorsorge, um den Bürgern ein Mindestmaß an Mobilität zu gewährleisten. Um den **Individualverkehr** auf öffentliche Verkehrsträger umzulenken, benötigen wir beispielsweise eine Verbesserung im Bereich der Verknüpfung der unterschiedlichen öffentlichen Verkehrsträger untereinander. Hier muss das Angebot besser auf die Nachfrage abgestimmt werden, dann können auch Potenziale im Land noch besser ausgeschöpft werden. Ich nenne das scharfe Stichwort „Schienenflieger“. Es ist ganz wichtig, Verkehre weg von der Straße auf einen öffentlichen Verkehrsträger zu lenken. Wir dürfen solche Entwicklungen nicht verschlafen; das hat auch ökologische Relevanz.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus der umfangreichen Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum Thema „Weg vom Öl“. Unterm Strich bleibt aber festzuhalten, dass es im Bereich der Energiepolitik noch viele Potenziale gibt, um Energie einzusparen und den Weg „Weg vom Öl“ hinzubekommen. Dazu gehören beispielsweise die Erhöhung der Effizienzsteigerung und die Mobilisierung vorhandener **Energie-Einsparpotenziale**. Gerade die Einsparpotenziale sind noch lange nicht ausgeschöpft und in diesem Bereich muss noch viel getan und finanziell investiert werden.

Die mittel- und langfristigen Probleme werden wir aber nur in den Griff bekommen, wenn wir weiterhin auf erneuerbare Energien und auf moderne Antriebssysteme setzen. Mit einer solchen Politik tun wir am meisten für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Hier hat die Landesregierung - wie ich in meiner vorherigen Rede deutlich gemacht habe - durchaus Handlungsalternativen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Eichstädt [SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für einen Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen gemeldet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich denke, wir wollen weg vom Öl!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die Redebeiträge von Herrn Ritzek und Herrn Schulze eingehen, die davon redeten, dass **Wasserstoff** eine Auswegmöglichkeit aus dem Dilemma sei, in dem wir uns in der Energiepolitik befinden. Ich möchte davor warnen. Denn Wasserstoff ist keine Energiequelle, es ist ein **Energieträger** - haben Sie gesagt - oder eher ein Energiespeicher. Wenn wir zum Beispiel an die Methanhydrate am Meeresboden als Quelle für Wasserstofftechnologie denken, dann geht das nicht, weil das genauso wie Erdgas und anderes eine fossile Energiequelle ist. Das heißt, die Wasserstofftechnik ist nur so umweltfreundlich, wie es die ursprüngliche Energiequelle zur Erzeugung des Wasserstoffes ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sonne!)

Das wollte ich klarstellen und davor warnen, dass die Nummer, die BMW mit dem Wasserstoffauto macht, vielleicht technologisch hoch interessant ist, aber per se noch kein umweltfreundlicher Schwenk in der Fahrtechnologie ist.

Biodiesel ist weitaus besser unter dem Aspekt der CO₂-Bilanz, Pflanzenöl, wie ich es in meinem Auto fahre, natürlich noch besser.

(Zurufe)

Ich möchte noch etwas zu dem Beitrag des Kollegen Harms sagen, zum **Tempolimit**. Die heutige Debatte finde ich sehr erfreulich. Ich habe vor Jahren ganz andere Debatten erlebt. Wir haben es in der Politik allerdings mit einer gewissen Egalisierung zu tun, denn die Grünen standen einmal für die Einführung eines Tempolimits, selbstverständlich. Im letzten Wahlkampf, in dem der Sturm vor Amerika Schäden verursachte, kam plötzlich die Forderung, die Ölreserven anzugreifen, die eigentlich für eine physikalische Verknappung und nicht für Preiskrisen zur Verfügung stehen. Der Bundeskanzler ließ sich von FDP und CDU treiben und verkündete, dass die strategischen Ölreserven dafür angegriffen werden. Bevor wir diese angreifen, müssen wir doch an Maßnahmen denken wie Tempolimit, Sonntagsfahrverbot und was wir noch aus der ersten Ölkrise kennen.

Mein Appell an uns alle lautet: Lasst uns die Debatte mit dem Mut führen, den uns die Problematik aufdrängt! Nicht umsonst sagte ich: Zukünftige Generationen werden auf uns mit Missfallen zurück-

(Detlef Matthiessen)

gucken - und das zu Recht -, wenn wir es nicht schaffen, die zentrale Zukunftsfrage zu lösen, wie wir unsere Energie bereitstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nun reicht es aber! Ich denke, wir wollen weg vom Öl! - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Matthiessen, ich glaube nicht, dass wir die Krise der Energieversorgung mit Lehrstunden überwinden. Wenn Sie es schaffen, Wasserstoff durch eine vollständige CO₂-freie Technologie wie zum Beispiel Sonnenenergie herzustellen, ist Wasserstoff weitaus besser als Ihr Biodiesel, Ihr Pflanzenöl und alles zusammen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Darin liegt eine der Zukunftschancen und die ist in Schleswig-Holstein schon vor vielen Jahren ergriffen worden und in guter wissenschaftlicher Hand. Ich nenne hier als Stichwort die Fachhochschule Westküste, an der das zum Mittelpunkt gemacht wird. Wenn es uns gelingt, zum Beispiel mit Windenergie, zum Beispiel mit Solarenergie **Wasserstoff als alternative Antriebsquelle** für Fahrzeuge zu erzeugen, sind wir auf dem richtigen Weg. Weil Sie eben versucht haben, das zu verschleiern, musste ich das klarstellen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Konrad Nabel.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 16/823, dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Auswirkung der beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform auf das Land Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/931

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst über den Berichtsantrag abstimmen. Wer dem Berichtsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Ich bitte dann die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Frau Dr. Gitta Trauernicht, um ihren Bericht.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Gesundheitsreform wird zurzeit viel debattiert und spekuliert. Deshalb begrüße ich die Möglichkeit, heute hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag einige Aspekte der geplanten Reform ansprechen zu können. Klar ist aber auch, dass erst der Gesetzentwurf eine solide Grundlage für eine Bewertung ist. Erst dann wird die Landesregierung entscheiden, ob diese Reform ihre Zustimmung im Bundesratsverfahren erhalten kann.

Die geplante Reform beinhaltet in der **ärztlichen Versorgung** der Menschen ohne Zweifel viele positive Elemente, die nach meiner Einschätzung in der öffentlichen Diskussion bisher zu kurz gekommen sind. Aufgrund der Kürze der Zeit kann ich nur einige cursorisch nennen. Aber das will ich auch tun.

Nach den Eckpunkten gibt es weiterhin ein ungeteiltes Recht jedes Einzelnen auf die notwendige und beste Gesundheitsversorgung. Eine Aufspaltung in **Grund- und Wahlleistungen** ist also nicht vorgesehen. Durch ein gesetzliches Rückkehrrecht wird der Versicherungsschutz für bislang unversorgte Menschen deutlich verbessert. Kassen werden verpflichtet, einen **Hausarzttarif** anzubieten, die Menschen aber nicht, diesen zu nehmen, sodass die freie Arztwahl erhalten bleibt.

Kassen erhalten außerdem die Möglichkeit, verschiedene Tarife anzubieten. Dadurch werden Entscheidungsmöglichkeiten der Versicherten erweitert. Stichwort: **Wahlfreiheit**. Das Recht auf Rückkehr in die private Krankenkasse soll durch einen Basistarif ohne Risikozuschläge erleichtert werden.

(Ministerin Dr. Gitta Trauernicht)

Die Versorgung älterer Menschen wird durch den Anspruch auf geriatrische Rehabilitation besser werden. Es wird einen Rechtsanspruch auf **Palliativmedizin** geben. **Mutter-Kind-Kureinrichtungen** haben größere Sicherheiten, weil aus Satzungsleistungen gesetzliche Ansprüche werden. **Krankenhäuser** sollen für **ambulante Behandlung** geöffnet werden, sodass zukünftig gesetzlich Versicherte bei besonders schweren Erkrankungen direkten Zugang zu Spezialisten in Krankenhäusern erhalten.

(Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP] reicht einen Telefonhörer weiter)

- Lieber Herr Garg, nachher sagen Sie wieder, Sie verstehen nicht, was ich sage.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich verstehe Sie immer!)

- Wenn Sie nicht zuhören, kann das schon einmal passieren.

Die integrierte Versorgung wird weiter gefördert. **Schnittstellen** werden beseitigt, zum Beispiel bei der Hilfsmittelversorgung Pflegebedürftiger, bei der häuslichen Krankenpflege in Wohngemeinschaften und in der Palliativmedizin.

In der vertragsärztlichen Versorgung wird ein neues **Vergütungssystem** eingeführt. Feste Eurobeträge statt floatender Punktwerte für Haus- und Fachärzte führen zu weniger Bürokratie und mehr Transparenz und damit hoffentlich zu zufriedeneren Ärzten, was wiederum den Menschen zugutekommt. Grundsätzlich - das ist schon fast revolutionär; aber er hört immer noch nicht hin - soll es gleiche Preise für gleiche Leistung geben, unabhängig davon, ob jemand privat oder gesetzlich versichert ist. Für die Heil- und Hilfsmittelerbringung soll der **Preiswettbewerb** über Ausschreibung forciert werden. Für Apotheken werden flexible Preisvereinbarungen möglich. Die Arzneimittelpreisverordnung wird auf Höchstpreise umgestellt. Das ermöglicht den Apotheken, niedrigere Preise zu vereinbaren. Diese Vorteile sollen an die Versicherten weitergegeben werden.

Es gibt also eine ganze Menge an sehr positiven Eckpunkten hinsichtlich der Versorgung kranker Menschen. Das ist aus Sicht einer Landesministerin außerordentlich begrüßenswert.

Aber die problematischen Eckpunkte sind auch bekannt. Ich nenne nur einige. Der geplante Fonds und die gesetzliche Beitragsfestsetzung sind ein radikaler **Systemwechsel** mit ungewisser Wirkung. Wenn überhaupt, dann macht ein Fonds nur Sinn, wenn nennenswerte Beiträge aus Steuern oder pri-

vater Krankenversicherung eingespeist werden. Außerdem ist für mich ein umfassender Finanzausgleich zwischen den Kassen unerlässlich. Das ist zweifelsfrei in den Eckpunkten verankert. Der Widerstand Bayerns ist allein auf Eigeninteressen zurückzuführen. Wer die Diskussion verfolgt hat, kann dies ganz klar sehen.

Zweitens. Die geplante **Budgetabsenkung** für die **Krankenhäuser** verschärft deren finanzielle Situation, und zwar bundesweit. Wir sind uns darin einig. Die Situation ist angesichts der unterschiedlichen länderspezifischen Basisfallwerte für Schleswig-Holstein besonders belastend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Deshalb habe ich von Anfang an deutlich Widerstand gegen eine pauschale Absenkung formuliert. Mein Veto steht nach wie vor im Raum.

Das derzeitige Gesamtaufkommen der Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung in Schleswig-Holstein darf durch die sich grundsätzlich verändernden Finanzströme aufgrund des **Fonds** nicht zu finanziellen Verlusten für die Versorgung führen. Deshalb lehne ich auch dezidiert ab, dass reiche Länder aus einem Fonds bevorzugt werden, wie unter anderem von Bayern verlangt. Schleswig-Holstein wird seine Interessen zu vertreten wissen und seine Zustimmung nicht geben, wenn Interessen des Landes berührt sind.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Ministerin Dr. Trauernicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Dr. Trauernicht, ich höre Ihre Worte wohl, insbesondere das machtstarke Wort, dass Ihr Veto jetzt im Raum steht. Das hört man gern. Die zusätzliche Belastung hätten Sie ruhig als Summe nennen können, die auf die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser zukäme. Frau Ministerin Trauernicht, was Sie in Berlin mit verhandelt haben, kostet die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser 80 Millionen €. Wenn Sie jetzt sagen, Ihr Veto stehe im Raum und die Landesregierung würde Zustimmung oder Ablehnung davon abhängig machen: Sie können sicher sein, wir wer-

(Dr. Heiner Garg)

den ganz genau sehen, was und wem Sie tatsächlich im Bundesrat zustimmen.

Ich finde es erstaunlich, wenn die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU mir erstens aufgrund dieser Debatte mit massivem Liebesentzug droht und zweitens in den „Lübecker Nachrichten“ diejenigen auffordert - das ist der weniger originelle Teil -, die an diesen Eckpunkten Kritik üben, sie sollten erst einmal eigene Vorschläge machen. Liebe Frau Kollegin Sassen, vielleicht gucken Sie einmal, was die Alternativen anbelangt, in das Grundsatzprogramm Ihrer eigenen Partei. Darin stehen genügend Alternativen.

(Beifall bei der FDP)

Das haben Sie in dem wunderbaren Artikel vergessen mitzuliefern.

Die zentrale Frage, vor der wir seit Jahren stehen, ist die Frage: Wie reformieren wir ein Gesundheitssystem so, dass angesichts des **demografischen Wandels** auch in Zukunft der Einzelne und seine Familie im Falle einer Krankheit vor dem finanziellen Risiko geschützt werden, das mit den **Krankheitskosten** entsteht? Der zweite Punkt ist: Wie sichern wir jedem in der Bevölkerung die Teilhabe am medizinischen Fortschritt und wie machen wir jedem in der Bevölkerung den Zugang zu einer ordentlichen medizinischen Versorgung möglich?

Nun ist die große Koalition mit dem Versprechen angetreten, die **Lohnnebenkosten** zu senken. Was tun Sie? - Sie beschließen Eckpunkte, in denen zunächst einmal die Lohnnebenkosten steigen. Die **Krankenkassenbeiträge** werden um 0,5 % - wie die einen sagen; das ist auch das, was die Kanzlerin zugibt - oder 1,5 % - wie der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württembergs sagt - steigen. Sie behaupten, Sie würden Lohnnebenkosten senken. Was passiert? - Die Beiträge werden steigen. Den **Gesundheitsfonds** hat übrigens der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister als Mumpitz bezeichnet. „Gesundheitsfonds ist Mumpitz“, so Dietrich Austermann am 13. September auf Seite 7 gegenüber den „Lübecker Nachrichten“.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- An dieser Stelle kann man wirklich klatschen, weil es nichts als Mumpitz ist.

Ob Sie den Gesundheitsfonds um drei, sechs oder neun Monate verschieben, spielt bei dieser Bundesregierung überhaupt keine Rolle mehr. Aber auf eines kann man sich verlassen: Die **Beitragserhöhungen** für die Versicherten werden pünktlich zum 1. Januar 2007 in Kraft treten, ohne dass sich irgendetwas für die Menschen ändert.

(Beifall bei FDP und SSW)

Ich finde das schon grandios.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Mehrwertsteuererhöhung!)

Zum Zweiten wurde die Entkoppelung der Gesundheitskosten von den **Arbeitseinkommen** beschlossen. Was machen Sie? - Genau das Gegenteil. Sie koppeln sie noch stärker an die Arbeitseinkommen.

Etwas gebe ich Ihnen zu. Ein einziges Konstrukt bei diesem Gesundheitsfonds ist sehr raffiniert. Die Politik ist nämlich in Zukunft für steigende Belastungen nicht mehr voll verantwortlich. Diesen schwarzen Peter schieben Sie den Krankenkassen zu, indem Sie Ihre Minikopfpauschale oben drauf setzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich hätte es nie für möglich gehalten, dass Sie einen solchen Mumpitz in Berlin mitbeschließen.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit haben Sie sich von jeder gesundheitspolitischen Kompetenz verabschiedet. Man mag über die **Bürgerversicherung** denken, was man will, und man mag über Ihre **Kopfpauschale** denken, wie man will: Wie man sich hier auf halbem Wege begegnet ist, das ist schlicht Murks. Es wäre besser, dieser Murks würde für vier Jahre ruhen, bis eine neue Bundesregierung gewählt würde. Denn was passiert? Die Kosten werden weiter steigen. Die Versorgung der Bevölkerung wird nicht besser werden, auch wenn die Gesundheitsministerin aus Schleswig-Holstein - das muss sie ja tun; sie saß am Verhandlungstisch - das in so blumigen Worten dargestellt hat.

Frau Ministern, ein letzter Satz, weil es auch um die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein geht. Sie haben mitverhandelt, dass die **Krankenhäuser in Schleswig-Holstein** um 80 Millionen € zusätzlich belastet werden. Sie haben mitverhandelt, dass der Rettungsdienst in Schleswig-Holstein um 2,9 Millionen € zusätzlich belastet wird. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, Ihr Veto stehe im Raum. Ich sage Ihnen: Erstens. Schleswig-Holstein ist bei der Aushandlung der Gesundheitsreform miserabel vertreten worden.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. All das, was Sie hier im Lande erzählen, hätten Sie dort am Verhandlungstisch erzählen sollen. Das brauchen Sie nicht hier einer Zeitung zu erzählen.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg und erteile das Wort für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Garg, ich denke, Sie werden damit leben können, dass Sie unter meinem Liebesentzug leiden müssen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er schon, aber ich nicht! - Heiterkeit!)

- Wir beide müssen darüber nicht diskutieren. Das steht völlig außer Frage.

Wäre das Thema Gesundheitsreform nicht so ernst, hätte man Sie mit Ihrem Ansinnen, bereits zum jetzigen Zeitpunkt einen Bericht zu den Fragen, die Sie aufgezählt haben, verlangen zu wollen, eher an einen Hellseher verweisen müssen. Ihr Antrag ist daher in meinen Augen nicht ganz seriös.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber jetzt kann doch nur verhandelt werden!)

- Regen Sie sich nicht auf! - Er dient offensichtlich nur dazu, sich und die FDP als „einziger Verstehender“ aller gesundheitspolitischen Probleme dieses Landes hier und heute in Szene zu setzen.

Das Eckpunktepapier hat in der Tat viel Staub aufgewirbelt und insbesondere bei den Krankenkassen für Unruhe gesorgt. Bei einigen Diskussionen hatte ich allerdings den Eindruck, dass es mehr um Besitzstandswahrung als um Reformbereitschaft ging.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Dennoch ist die Kritik am Eckpunktepapier berechtigt. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass Risiken politischer Entscheidungen diskutiert werden, bevor Fakten geschaffen werden. Der **Gesundheitsfonds** muss kein Übel sein, wenn es gelingt, den **Solidarausgleich** sicherzustellen. Mit dem Fonds muss auch nicht unbedingt mehr Bürokratie verbunden sein, wenn man es richtig macht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Leider lehrt aber die Erfahrung, dass neue Organisationsstrukturen ihre Eigendynamik entfalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aha!)

Daher muss auf die Art und Weise des Beitragseinzuges ein besonderes Augenmerk gerichtet werden. Mit der Gesundheitsreform auch mehr Effizienz und Transparenz schaffen zu wollen, darf also nicht mit mehr Verwaltung einhergehen. Das ist die große Sorge, die beim Gesundheitsfonds besteht. Das gebe ich zu.

Ministerin Trauernicht führt in ihrem Bericht einige landespolitische Aspekte des Eckpunktepapiers an. Im Hinblick auf das Gesundheitsland Schleswig-Holstein und die Vorreiterrolle bei der Palliativmedizin möchte ich ebenfalls darauf hinweisen, dass geriatrische Rehabilitation und verbesserte Palliativversorgung **Pflichtleistungen** werden. Auch dass alle Kassen Mutter-/Vater-Kind-Kuren bezahlen müssen, kann zu einer positiveren Entwicklung der Kureinrichtungen des Landes und auch meiner Region führen. Wie allerdings diese Mehrleistungen des Eckpunktepapiers von den Kassen möglichst ohne Beitragsnachforderung oder Pauschale - wie immer man das nennen will - finanziert werden sollen, ist auch für mich sehr geheimnisvoll.

Positiv ist anzumerken, dass es für **integrierte Versorgung** viel Spielraum gibt. Auch davon könnte Schleswig-Holstein profitieren. Ob flexible Preisvereinbarungen bei Apotheken, gekoppelt an die Verpflichtung, mindestens 500 Millionen € Einsparvolumen bei Arzneimittelverordnungen zu erzielen und den Fehlbetrag nachzuschließen, realisierbar sind, wage ich zu bezweifeln.

Bezüglich der geplanten Maßnahme, **Krankenhäuser** zur Finanzierung des Gesundheitswesens mit 1 % des Budgets heranzuziehen, teile ich die Auffassung der Ministerin - auch der Ministerpräsident hat heute seine Sorge zum Ausdruck gebracht -: Dies wäre eine Benachteiligung für Schleswig-Holsteins Krankenhäuser, die ja gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg den niedrigsten Basisfallwert haben.

(Lars Harms [SSW]: Veto einlegen!)

Wir haben ja schon Vorleistungen erbracht. Mit dem geplanten Sanierungsbeitrag würden Schleswig-Holsteins Krankenhäuser für wirtschaftliches Verhalten doppelt bestraft. Insoweit erwarte ich eine Nachbesserung.

Im „Hamburger Abendblatt“ vom 5. September 2006 war zu lesen, Herr Zöllner habe außerdem Präzisierungen beim geplanten Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser angekündigt und gesagt, Kliniken, die wirtschaftlich gehandelt hätten, dürften nicht bestraft werden; es werde an gerechten Lö-

(Ursula Sassen)

sungen gearbeitet. Wenn dies nicht geschieht, sollten wir aus Schleswig-Holstein mit einem parteiübergreifenden Antrag nachhelfen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Vielleicht schließen sich Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg an.

Daher begrüße ich die Verlängerung der Frist zur Ausgestaltung des Gesetzes zur Gesundheitsreform

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Irgendetwas muss man ja begrüßen! - Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und hoffe, Frau Heinold, dass die Bedenkzeit auch Bedenken ausräumen wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen und erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Jutta Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eckpunkte zu einer Gesundheitsreform 2006 liegen seit einigen Wochen vor und haben eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Organisationen, Verbände, Krankenkassen sind verunsichert und wollen wissen, welche Veränderungen in der **Gesundheitsversorgung** auf sie zukommen werden beziehungsweise sie lehnen bereits jetzt das Reformpaket in Gänze ab. Der Gesetzentwurf ist in Arbeit, vieles wird im Detail zurzeit noch entwickelt.

Dennoch fordert der Kollege Dr. Garg die Landesregierung auf, quasi visionär oder spekulativ mündlich über die Auswirkungen der Eckpunkte zur Gesundheitsreform auf das Land Schleswig-Holstein zu berichten, und dies im Detail.

Schon der Antrag macht deutlich, dass es nicht unbedingt um eine ernst gemeinte Fachdebatte gehen soll, sondern eher um Effekthascherei.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Deshalb möchte ich mich auch gar nicht auf die Spekulationen einlassen. Erlauben Sie mir vielmehr in der Kürze der Zeit einige grundsätzliche Anmerkungen zu dem vorgelegten Eckpunktepapier. Ich meine nämlich, dass es fahrlässig ist, jetzt aus den vorgelegten Eckpunkten voreilige Schlüsse zu ziehen und mit diesen loszulaufen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Waren die Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre überwiegend von Kostendämpfungsgedanken und Abrechnungsregelungen geprägt, so geht es angesichts des rasanten medizinischen Fortschritts mit beispielsweise neuen und besseren Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten, aber auch angesichts der demografischen Entwicklung der Bevölkerung und einer Zunahme chronisch Erkrankter um eine nachhaltige Stabilisierung der **Einnahmeseite** durch eine langfristige und strukturelle GKV-Finanzreform und um weitere Verbesserungen der **Versorgungsinfrastruktur**.

Dabei ist es für uns besonders wichtig, dass unser Gesundheitssystem auch zukünftig solidarisch finanziert sein muss und die Beiträge nicht weiter steigen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Die Ausgangspositionen von Union und SPD konnten vor Beginn der Verhandlungen zur Gesundheitsreform unterschiedlicher nicht sein: Auf der einen Seite ging es um die **Kopfprämie**, und auf unserer Seite bestand die Forderung nach einer **Bürgerversicherung**. Somit ist das Ergebnis als Kompromisspapier zwischen diesen beiden Positionen zu bewerten.

Zweifellos beinhaltet die geplante Reform aus unserer Sicht hinsichtlich der **ärztlichen Versorgung** der Menschen - darum muss es uns in erster Line gehen - viele positive Elemente. Die Ministerin hat bereits einen Katalog aufgezählt. Ich möchte ihn zum Teil ergänzen. Zu nennen sind beispielsweise der Versicherungsschutz für alle, keine Leistungsausgrenzung, sondern eine Ausweitung wichtiger Behandlungsansprüche, keine stärkeren Belastungen chronisch kranker Menschen, Anreize für Gesunde, eine bessere Versorgung im ländlichen Raum, preiswerte Arzneimittel, transparenter bezahlte Ärzte, palliativ- und geriatrische Versorgung und Mutter-/Vater-Kind-Kuren, die zukünftig von den gesetzlichen Krankenkassen mit finanziert werden sollen.

Allerdings gibt es auch negative Aspekte, die gerade in der öffentlichen Debatte zunehmend zum Tragen kommen und die auch aus unserer Sicht natürlich noch einmal gründlich geprüft, überdacht und möglicherweise auch korrigiert werden müssen.

An zentraler Stelle ist der Gesundheitsfonds zu nennen, der ohne Solidarbeitrag der **privaten Krankenversicherung** und ohne nennenswerte **Steuer-**

(Jutta Schümann)

mittel mit Sicherheit zukünftig nicht ausreichend ausgestattet sein wird.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Sorge, dass weitere Bürokratie entsteht, die natürlich Kosten verursacht, ist durchaus berechtigt. Auch an dieser Stelle sollte überprüft werden, inwieweit bestehende Möglichkeiten zum Beitragszugang, zum Beispiel bei den Krankenkassen, genutzt werden können.

Wichtig ist, dass der Fonds auf alle Fälle 100 % der Ausgaben abdecken muss und dass, bevor er in Kraft tritt, die Kassen durch Entschuldung gleiche Startbedingungen haben. Das bedeutet auch, dass beim Inkrafttreten des Fonds auch die unterschiedlichen Risiken der Krankenkassen bedacht werden müssen. Ohne einen morbiditätsorientierten **Risikostrukturausgleich** wird es kaum möglich sein, Kassen gleiche Startchancen zu ermöglichen.

Problematisch ist auch die geplante einprozentige Budgetabsenkung in der **Krankenhausfinanzierung**. Hier gibt es - da sind wir uns zum Glück alle einig - für die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser in der Tat einen weiteren wettbewerbsbedingten Nachteil, wenn nicht vorab der Nachteil aufgrund der unterschiedlichen Basisfallwerte bundesweit behoben wird. Eine weitere einprozentige Budgetabsenkung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser würde zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil führen. Das ist für uns inakzeptabel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt viele Aspekte, die im Detail noch einer genaueren Überarbeitung bedürfen, jedoch muss auch klar sein, dass ein Aussetzen des gesamten Reformpaketes in vielen Bereichen Nachteile in der gesundheitlichen Versorgung weiter verstärken beziehungsweise erst hervorrufen würde. Insofern halten wir es für dringend erforderlich, die Diskussion mit allen Beteiligten zu suchen. Die Devise muss jetzt heißen: nicht pauschal ablehnen, sondern in den einzelnen Bereichen korrigieren beziehungsweise nachbessern. Wir wollen dies tun.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Jutta Schümann und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gesundheitsreform der Bundesregierung vergrößert die Intransparenz der Geldströme, schafft neue bürokratische Strukturen und Verluste und sie ist ineffizient, sie ist unsolidarisch und ungerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit konterkariert die Finanzierung der Gesundheitsreform all die positiven Dinge, die Sie, Frau Trauernicht, aufgezählt haben und die im Detail durchaus zu begrüßen wären. Aber wenn die **Grundfinanzierung** nicht stimmt, werden all die verabredeten Verbesserungen in der konkreten Versorgung nicht klappen. Das ist die Krux, vor der wir stehen.

Am Dramatischsten sind die geplanten Verschlechterungen für die Versicherten, die alt, krank oder einkommensschwach sind - diejenigen, die ein **Solidarsystem** eigentlich stützen soll.

Die Gesundheitsreform der großen Koalition erreicht keines der angestrebten Ziele. Die Entsolidarisierungspolitik der CDU hat sich durchgesetzt.

(Lars Harms [SSW]: Wohl wahr!)

Die Privatpatientinnen und Privatpatienten bleiben weiterhin privilegiert, deren Kassen müssen sich überhaupt nicht bewegen.

(Ursula Sassen [CDU]: Das stimmt nicht!)

In der öffentlichen Debatte bisher zu wenig beachtet ist die drastische Kürzung der Finanzierung der sogenannten **versicherungsfremden Leistungen**. Sie trifft Frauen. Versicherungsfremde Leistungen, dieser scheinneutrale Begriff, meint alle Leistungen rund um die Schwangerschaft, Mutterschaftsgeld und die Betreuung eines kranken Kindes. Die hierfür vorgesehenen Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt, also Steuermittel, werden drastisch gestrichen. Auf diesen Sachverhalt machen aktuell auch die Schreiben der Kassen und der Wohlfahrtsverbände, die wir alle erhalten haben, aufmerksam.

Das heißt im Klartext: Die Gesundheitsversorgung in der **Schwangerschaft** und **Mutterschaft** ist nicht mehr sicher finanziert. Das zum Thema Familienfreundlichkeit der Bundesregierung. Wo bleibt da Ihre Aufklärung, Frau Trauernicht? Wo bleibt da Ihr Veto?

Der betont sachliche Bericht von Ihnen kann es nicht verhehlen: Die Gesundheitsreform schadet insbesondere dem Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein und seinen Patienten. Da bin ich auch

(Angelika Birk)

dankbar für Ihre klaren Worte. Die **Krankenhäuser** zwischen den Meeren gehören bundesweit zu den wirtschaftlichsten und werden hierfür zukünftig durch vom Bund verordnete **Finanzeinbußen** bestraft und in ihrer Existenz gefährdet. Herr Garg, Sie nannten die Summe von 80 Millionen €. Ich will mich da um 5 Millionen € hin oder her nicht streiten. In der Größenordnung werden Sie recht haben. Es ist ganz klar: Auch dieser Sachverhalt macht deutlich: Wir brauchen endlich einheitliche Preise für Krankenhausleistungen in ganz Deutschland. Es kann doch nicht sein, dass hier für eine Blinddarmoperation von den Krankenkassen sehr viel weniger vergütet wird als beispielsweise in NRW und dadurch unsere Krankenhäuser in den Bankrott getrieben werden.

Die Beschleunigung der Konvergenzphase - das ist der Fachbegriff für die Erreichung des einheitlichen Preissystems - wird von den Bundesländern blockiert, deren Krankenhäuser eben noch nicht effizient sind. Hier müssen wir mehr Druck machen. Hierzu hatten wir uns in der Vergangenheit auch schon verständigt.

Die **Modellvorhaben**, die für die Gesundheitsversorgung für die Patientinnen und Patienten aus einer Hand und nach besten Methoden bundesweit in Schleswig-Holstein erstmalig auf den Weg gebracht wurden, wie zum Beispiel zur Brustkrebsbekämpfung nach einer vereinheitlichten Diagnosemethode - Stichwort QuaMaDi - werden durch die Gesundheitsreform gefährdet. Zu Recht weisen uns die Krankenkassen darauf hin, dass solche Vereinbarungen, die weitgehend auf freiwilliger Basis erfolgen, zukünftig nicht mehr finanzierbar sind.

Durch die Neuregelung wird der Eindruck erweckt, als würde jede Patientin, jeder Patient, egal ob gesund oder dauerkrank, in der gesetzlichen Krankenkasse gleich viel kosten. Als hätten alle Krankenkassen gleich viel gesunde und kranke Patienten. Genau das ist nicht der Fall. Deshalb ist das System ungerecht und wird dafür sorgen, dass die jetzt festgesetzte „kleine Kopfpauschale“, die die Krankenkassen zusätzlich erheben können, um sich zu finanzieren, sehr schnell anwachsen wird. Krankenkassen mit überwiegend älteren und ärmeren Patienten werden die höchsten Beiträge fordern müssen, sehr viel mehr als jetzt. Genau diesen Sachverhalt wollten wir aber doch beseitigen. Jetzt wird er noch verstärkt.

Die Patienten werden also nur noch mit **Kassenwechsel** reagieren können und den Kostensteigerungen auch auf diesem Wege nicht entgehen. Krankenkassen sollen aber doch ein verlässlicher und vertrauensvoller Partner mit Serviceangeboten

in der Fläche für ihre Versicherten sein. Es macht doch keinen Sinn, börsenähnliche Strukturen zu schaffen, die zu einem Krankenkassenhopping verleiten. Krankenkassen werden auf diese Weise versuchen, die Aufnahme von Schwerkranken zu vermeiden. Auch das ist in höchstem Grade unsozial.

Ich fasse zusammen: Statt weniger Bürokratie wird durch den Gesundheitsfonds mehr Bürokratie aufgebaut. Statt Stärkung der Solidargemeinschaft und der Finanzen wird der Einbezug der privaten Kassen versäumt. Statt Beitragssenkungen werden die Versicherten steigende Beitragsanteile haben und durch die „kleine Kopfpauschale“ zusätzlich belastet. Statt fairen Wettbewerbsbedingungen wird es den gesetzlichen Krankenkassen allein überlassen bleiben, wie sie mit dem Morbiditätsrisiko umgehen. Es gibt keinen Hebel, der mehr Gerechtigkeit schafft. Anstelle einer Ausweitung präventiver und qualitätsgesicherter Angebote wird es zum Ausverkauf freiwilliger Satzungsleistungen kommen.

Ich kann nur sagen: ineffizient, intransparent, ungerecht, unsolidarisch!

Frau Trauernichts, machen Sie sich stark dafür, dass diese Gesundheitsreform in dieser Form nicht kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Jutta Schumann [SPD]: Was ist die Alternative? - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bürgerversicherung!)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für den SSW im Landtag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Ich wäre dem Hohen Haus sehr dankbar, wenn die Dialoge, die hier geführt werden, etwas unaufdringlicher geführt werden könnten.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man bedenkt, dass Bundeskanzlerin Merkel die Gesundheitsreform zu einem der wichtigsten Reformprojekte der neuen Bundesregierung auserkoren hat, dann sagt der bisherige Verlauf dieser Bemühung sehr viel über den aktuellen Zustand der großen Koalition in Berlin aus. Quasi in letzter Minute haben die Koalitionsspitzen in der letzten Woche die Notbremse gezogen und die Verabschiedung der unsinnigen Gesundheitsreform auf April 2007 verschoben.

Die Kritik an den Plänen von SPD und CDU war ja auch geradezu vernichtend. Sowohl die Gewerk-

(Lars Harms)

schaften als auch die Unternehmensverbände, die Krankenkassen und die Opposition waren über die im Juli beschlossenen Eckpunkte der großen Koalition entsetzt. Insbesondere wurde die geplante Erhöhung der **Krankenkassenbeiträge** stark kritisiert. Das darf keinen verwundern, denn die letzte Gesundheitsreform aus dem Jahre 2003, die unter anderem die Einführung von Praxisgebühren von 10 € pro Patienten zur Folge hatte, wurde mit einer Senkung der Krankenkassenbeiträge begründet. Das sollte der Effekt sein.

Angesichts der hohen **Lohnnebenkosten** war das Ziel der Senkung von Krankenkassenbeiträgen äußerst vernünftig. Nun soll plötzlich genau das Gegenteil passieren, weil sich die Koalition nicht auf eine vernünftige Finanzierung des Gesundheitswesens einigen kann. Eine Erhöhung der Lohnnebenkosten führt automatisch zu weiteren Arbeitslosen und belastet die Konjunktur.

Völlig abstrus ist dabei der Streit zwischen CDU und SPD um den **Steueranteil** im Gesundheitswesen. Denn wenn der Bundesfinanzminister erst 4,5 Milliarden € aus dem Tabaksteueraufkommen aus dem Gesundheitswesen heraus nimmt und danach die große Koalition freudig erzählt, dass in Zukunft die Beitragsfreiheit für die Kinder mit 1,5 Milliarden € Steuergeldern finanziert werden soll, hängt das hinten und vorn nicht zusammen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da fällt mir nur eine Handbewegung ein!)

Hier ist dem Gesundheitssystem trotz des Zuschusses für die Beitragsfreiheit der Kinder massiv Geld entzogen worden und die Beitragzahler sollen nun dafür bluten.

Dazu kommt, dass eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge wieder nur die abhängig Lohnbeschäftigten einseitig belastet und die Nutznießer von Kapitalerträgen außen vor lässt. Natürlich ist angesichts von steigenden Gesundheitskosten eine Reform der Finanzierung dringend notwendig. Allerdings hätte sich der SSW dann gewünscht, dass man das Konzept einer **Bürgerversicherung**, in die alle einzahlen sollen, ernst nimmt und nicht eine Missgeburt mit dem Namen „Gesundheitsfonds“ gebärt. Der Gesundheitsfonds ist nach Ansicht aller Experten völlig überflüssig und schafft nur zusätzliche Bürokratie - wie im Übrigen auch Verwaltungsregionen.

Ein anderer Kritikpunkt ist, dass man eine echte **Strukturreform**, die Wirtschaftsreserven erschließt, überhaupt nicht in Angriff nehmen will. Warum haben wir in Deutschland zum Beispiel die höchsten Arzneikosten Europas? Warum brauchen

wir so viele Krankenkassen mit entsprechend aufgeblähter Verwaltung? Ich will nur einige der Punkte aufzuzählen. Hier haben SPD und CDU nicht die Kraft aufgebracht, um sich zum Beispiel wirklich mit der Pharmalobby anzulegen. Auch, dass die große Koalition die **privaten Krankenkassen** überhaupt nicht in ihr Reformkonzept einbeziehen wollen, ist ein entscheidender Webfehler dieser Gesundheitsreform.

Neben diesen Aspekten, die natürlich alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein betreffen werden, sieht der SSW auch große Probleme für unsere **Krankenhäuser**. Denn die vorgelegten Eckpunkte der Gesundheitsreform sehen vor, dass die Krankenhäuser pauschal einen Sanierungsbetrag in Höhe von 1 % des Budgets auf der Grundlage der Landesbasisfallwerte erbringen sollen. Dies bedeutet für ganz Schleswig-Holstein Mindereinnahmen von knapp 15 Millionen €. Vor dem Hintergrund, dass die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser schon bei den Landesbasisfallwerten grundsätzlich ungerecht behandelt werden, ist diese Kürzung äußerst ungerecht.

Die Landesregierung ist in der Antwort auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Garg der Meinung, dass dieser Sanierungsbeitrag keine Auswirkungen auf die stationäre Versorgung, die Bettenzahlen oder die Krankenhausträger haben wird. Dennoch kann dieser Beschluss nach Ansicht der Landesregierung möglicherweise die Tendenz zu Zusammenschlüssen und Verbänden verstärken. Ich sage hier ganz deutlich: Vor allem aber wird die **Konkurrenzfähigkeit** unserer Krankenhäuser dadurch gefährdet. Hier haben wir eigene schleswig-holsteinische Interessen und hier muss deshalb die Schleswig-Holsteinische Landesregierung ein Veto einlegen. Solchem Unsinn kann man nicht zustimmen.

Deshalb fordert der SSW die Landesregierung dazu auf, die Verschiebung der Gesundheitsreform zu nutzen, um diesen Abzug für die schleswig-holsteinischen Krankenhäuser zu verhindern.

Dazu muss die große Koalition die Gunst der Stunde ergreifen und die geplante Gesundheitsreform völlig überarbeiten. Sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Effizienzsteigerung im Gesundheitswesen muss diese Reform dringend nachgebessert werden oder man sollte es ganz sein lassen. Stillstand ist immer noch besser als großkoalitionaler Rückschritt.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erhält noch einmal Frau Ministerin Dr. Trauernicht das Wort.

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren:

Sehr geehrter Herr Garg, in Respekt vor diesem Haus habe ich in fünf Minuten auf Ihre sehr dezierten Sachfragen auch sehr sachliche Antworten gegeben. Es war mir klar, dass es für Sie nur eine Steilvorlage sein sollte, um mit Fingern auf jemanden zu zeigen. Ich finde, es hätte sich gehört, dass Sie auf diese sachliche Debatte auch sachlich eingegangen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich führt bei Ihnen Liebesentzug von Frauen - wie ich auch bei Frau Sassen feststellen darf - zu bemerkenswerten Folgeerscheinungen wie Aggression und Übererregungspegel, vor allen Dingen aber auch zu falschen Sachverhaltsdarstellungen. Versuchen Sie es einmal mit Liebesperlen. Das soll helfen, Herr Garg. Ich helfe Ihnen jetzt bei Ihren sachlichen Fragen etwas auf die Sprünge.

(Thomas Stritzl [CDU]: Ist das ein Erfahrungsbericht?)

Zum Stichwort **Krankenhäuser**. Sie behaupten hier, dass durch meine Beteiligung an dieser Arbeitsgruppe ein Schaden von 80 Millionen € für die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein entstanden sei. Dazu stelle ich fest:

Erstens. Man kann in einer Arbeitsgruppe sein, die einer politischen Spitze zuarbeitet, und trotzdem eine sehr eigene Meinung vertreten. Diese eigene Meinung ist in Berlin bekannt und diese eigene Meinung ist auch hier im Land bekannt. Vor diesem Hintergrund hätte sie auch Ihnen bekannt sein können. Ich habe ganz klar und deutlich gesagt: Das ist mit mir nicht zu machen.

Zweitens. 1 % **Budgetabsenkung** bei den Krankenhäusern sei Ihrer Meinung nach 80 Millionen €. Das würde nach Adam Riese bedeuten, dass die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein bislang 8 Milliarden € bekämen. Auch Sie wissen, dass das nicht der Fall ist. 1 % Budgetabsenkung bedeutet vielmehr 16 Millionen €. Aber darauf kommt es offensichtlich nicht an, wenn man sich nicht sachlich mit einer komplexen Materie auseinandersetzen, sondern nur draufkloppen will.

Ich fordere Sie auf, Herr Garg: Kommen Sie zu einer sachlichen Debatte zurück! Die anderen Debattebeiträge haben gezeigt, dass das möglich ist und

dann können wir uns gemeinsam für die Interessen Schleswig-Holsteins einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Ministerin und erteile für einen weiteren Dreiminutenbeitrag dem Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vor allen Dingen nicht, dass meine neue Freundin Angelika Birk denkt, ich hätte hier mit Mondzahlen operiert. Ich möchte gern auf Sie antworten, Frau Ministerin, und dass klar wird, wie es zu diesen 80 Millionen € kommt.

Es sind nämlich insgesamt 80 Millionen €. Die **Budgetabsenkung** von 1 % macht etwas mehr als 15 Millionen € aus. Hinzukommt die geplante Verlängerung der Anschubfinanzierung für hoch spezialisierte Leistungen in Höhe von 0,5 % des Budgets und zusammen mit den zusätzlichen Mehrkosten aus den tarifbedingten Personalkostensteigerungen und - jetzt, Frau Ministerin, kommt der nächste Punkt - der Erhöhung der Mehrwertsteuer rechnet die schleswig-holsteinische Krankengesellschaft mit Mehrbelastungen von insgesamt 80 Millionen € in 2007.

Jetzt müssen selbst Sie zugeben, Frau Ministerin, dass es geradezu absurd ist, dass Sie eine Gesundheitsreform beschließen und die Kosten, die sich durch die erhöhte Mehrwertsteuer beispielsweise auf Arzneimittel, aber auch auf andere Bereiche der Krankenhäuser auswirken, durch einen **Gesundheitsfonds** refinanzieren wollen. Frau Ministerin, Sie schütteln den Kopf und zucken mit den Schultern. Sie müssen schon einmal erklären, wie Sie dieses Gesundheitssystem in Zukunft finanzierbar machen wollen.

Ein Vorwurf, der von Ihnen und von Frau Sassen kam, war, zu diesem Zeitpunkt sei die Debatte völlig fehl am Platz. Ich frage Sie: Wenn nicht jetzt im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens, wann dann sollen wir die Ansprüche, die wir an die Ministerin beziehungsweise an die Landesregierung haben, formulieren? - Irgendwann müssen wir Ihnen doch sagen, dass Sie Ihre Vetokarte ziehen und Stopp sagen sollen. Denn hier stimmt das Land Schleswig-Holstein nicht zu.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

(Dr. Heiner Garg)

Sie müssen doch dem Parlament die Chance geben, im laufenden Verfahren ganz klar die Ansichten zu äußern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ich sage es noch einmal: Hätten wir den Antrag nicht gestellt, dann hätte Frau Sassen heute ihre wunderbaren Reden gar nicht halten können, was die Gesundheitsreform alles an Gutem für Schleswig-Holstein bringt.

Vor diesem Hintergrund finde ich, dass die Debatte genau zur richtigen Zeit kommt, damit wir sagen können: So weit und nicht weiter! - Lasst uns im zuständigen Ausschuss darüber diskutieren und ich habe auch gar kein Problem damit, Ihnen den Rücken zu stärken. Lasst uns die Ministerin - gerne mit einem einstimmigen Votum - nach Berlin schicken, damit sie sich am Verhandlungstisch für die Punkte, bei denen Schleswig-Holstein das Nachsehen hat - beim Rettungsdienst, bei den Krankenhäusern - einsetzen kann.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir das tun - das sage ich in aller Deutlichkeit -, dann erwarte ich, dass man öffentlich mitbekommt, dass Sie eine dezidiert andere Auffassung vertreten und dass Sie diese nicht immer nur verteilen, wenn Sie hier in Schleswig-Holstein auf Landbereisung sind.

(Beifall bei der FDP- Unruhe)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, nach diesem Tagesordnungspunkt die Tagung zu unterbrechen. Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen noch drei Dreiminutenbeiträge vor; vielleicht werden es noch einige mehr. Ich bitte Sie, den Geräuschpegel etwas zu senken. Denn es wird immer lauter.

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Jutta Schümann, Sie haben mich nach den Alternativen gefragt. Ich glaube, es ist in diesem Haus bekannt, dass die Grünen die Ersten waren, die das Stichwort **Bürgerversicherung** nicht nur gesetzt, sondern dahinter ein Konzept aufgestellt haben, dass dann in breiter Debatten auch bei den Sozialdemokraten Anklang gefunden hat.

Es hat außerdem ein langes Ringen darum gegeben, wie man zwei völlig inkompatible Systeme wie das der Kopfpauschale und der Bürgerversicherung zusammenbringen kann. Ich glaube nicht, dass die Alternative darin besteht, dass der Landtag schnell aus dem Hut die Quadratur des Kreises schafft, die in Berlin nicht geschafft wurde.

Aber wir können ein paar Eckpunkte für dieses Land definieren und ich bin sehr dankbar, dass Herr Dr. Garg diese Aufgabe dem Sozialausschuss aufgegeben hat. Ich denke, es macht Sinn, im Dialog mit der Ministerin an diesen Eckpunkten für unser Land zu feilen und aufzuzeigen, was für Schleswig-Holstein auf keinen Fall als Minus herauskommen darf und wo wir besonders aufpassen müssen, um unsere für den Gesundheitsstandort innovative und für die Patienten dieses Landes unerlässliche Aufgabe fortzusetzen.

Frau Sassen, da appelliere ich insbesondere an Sie: Es nützt nichts, dass Sie jetzt sagen, wir müssten denen in Berlin den Rücken stärken, obwohl auch Sie genau wissen, dass es schädlich für unser Land ist. Lassen Sie uns gemeinsam zu einem Konsens kommen, damit wir Frau Trauernicht den Rücken stärken und lassen Sie uns diesen Konsens öffentlich machen! Es nützt nichts, an dieser Stelle still zu halten und zu denken: Die werden es da oben schon richten. - Ich glaube, hier sind wir in unserer Funktion als Landtag gefordert. Insofern war es goldrichtig, dass wir heute und nicht im Dezember diese Debatten führen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Jutta Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Arbeitsgruppe in Berlin ging es darum, für das gesamte Bundesgebiet ein Reformkonzept zur Gesundheitsausgestaltung sowie zu einer neuen abgesicherten Finanzierung zu entwickeln.

Diese Gruppe war aus Ländervertreterinnen und Ländervertretern und auch aus Vertretern der Koalitionsparteien besetzt. Es ging um ein Gesamtkonzept. Da war die Ministerin eine von mehreren und an diesem Gesamtkonzept hat sie mitgearbeitet.

Ich denke, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es gibt Kritikpunkte, aber ich habe auch einen Katalog - sie hat ihn aufgezählt - von positiven Dingen. Sie

(Jutta Schümann)

wollen doch wohl nicht leugnen, dass die Verbesserung zum Beispiel der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum auch ein wichtiger Aspekt wäre. Ich könnte diese ganze Palette aufzählen, möchte das aber jetzt nicht.

Dass natürlich in so einer Runde nicht die Länderinteressen 1:1 zum Tragen kommen, ist eigentlich auch selbstverständlich. Dass Sie das hier so sagen, Herr Garg, ist eigentlich unter Ihrem fachlichen Niveau.

Ich verstehe die Ministerin so, und da ist sie auch sehr eindeutig in ihrer Positionierung, dass da, wo sich jetzt Benachteiligungen für Schleswig-Holstein herauskristallisieren, sie diese eindeutig benennt. Das betrifft zum Beispiel die **Krankenhausfinanzierung**. An dieser Stelle sagt sie sehr klar und eindeutig: „An dieser Stelle lege ich mein Veto ein.“ Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. Das macht sie sehr deutlich. Das gilt nicht für das gesamte Paket, es gilt aber insbesondere für die Aspekte, für die Bereiche, für die sie als Länderministerin Verantwortung hat. Das finde ich gut, und da hat sie auch die Rückendeckung unserer Fraktion und, wie ich hoffe, auch der Koalitionskollegen.

(Beifall bei der SPD)

Das vorgelegte Eckpunktepapier ist ein Kompromisspapier. Ich bitte wirklich zur Kenntnis zu nehmen, dass man in einem Kompromisspapier nicht eindeutig 1:1 die parteipolitischen Positionen, zum Beispiel 100 % Bürgerversicherung, wiederfinden kann. Deshalb ist ein Generaldiskussion durchaus akzeptabel, aber nicht, dass klein klein Auswirkungen hochgerechnet werden auf Tausende von €, was im Moment spekulativ ist, weil wir noch gar nicht wissen, was letztendlich dabei herauskommt. Es ist ein Kompromisspapier, und jetzt stellt sich uns die Frage: Wollen wir dieses Kompromisspapier bearbeiten, wollen wir damit umgehen, wollen wir versuchen, dieses zu verbessern, zu verändern im Interesse von kranken Menschen und **Versorgungsstrukturen**, oder wollen wir es einfach auf Eis legen, weil wir sagen, wie konnten unsere schwarzen oder roten Positionen nicht durchsetzen, und nun lasst uns vier Jahre abwarten, und wählen wir erst einmal neu?

Unser Weg ist ein anderer. Wir sagen, wir haben ein Papier erarbeitet, wir wollen versuchen, dieses im Detail zu verfeinern und wollen versuchen, die Kritik und die Positionen, die an uns herangetragen werden von Kassen, von Ärzten, von Patientenverbänden ernst zu nehmen und zu überprüfen, wie man dieses berücksichtigen und einarbeiten kann. Uns geht es um Veränderung und Verbesserung

von Strukturen. Wenn wir da nicht den großen Wurf landen, möchten wir uns zumindest Schritte vorwärts bewegen und nicht vier Jahre auf der Stelle treten. Das ist unsere Position, und ich hoffe, dass wir das im Fachausschuss fachlich und angemessen hinbekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Jutta Schümann und erteile das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag der Frau Abgeordneten Ursula Sassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, einige in diesem Hohen Haus haben mir nicht richtig zugehört. Es geht hier nicht darum, dass wir hier heute über das Eckpunktepapier diskutieren. Das ist sicherlich ganz wichtig. Ich habe in meiner Rede gesagt, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass Risiken politischer Entscheidungen im Vorfeld diskutiert werden und nicht erst im nachhinein, wenn Tatsachen geschaffen wurden.

Herr Dr. Garg, ich habe Ihren Antrag sehr ernst genommen. Sie wollten heute in fünf Minuten einen Bericht von der Ministerin,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich habe die fünf Minuten nicht festgelegt!)

wie die Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten, auf niedergelassene Allgemeinmediziner, auf Fachärztinnen und Fachärzte, auf Logopäden, Heilpraktiker, Apotheker, Krankenhausstrukturen, Rettungsdienste, Selbstverwaltung der Mediziner und Krankenkassen sein würden. Ich finde, das ist ein bisschen fadenscheinig, und das haben wir moniert. Das soll aber nicht der wahre Grund sein, warum wir uns hier weiter unterhalten. Ich denke, wir haben etwas erreicht, und darin sind wir uns alle einig, dass wir wissen, niemand ist zufrieden. Auch ich lobe den Fonds nicht als großen Wurf. Er ist ein kleineres Übel, bei dem man sehen muss, wie man das zurecht bekommt, wenn er dann kommt. Vielleicht kommt er ja nicht, wer weiß.

Ich möchte besonders an Frau Birk sagen, ich kann gar nicht einsehen, warum Sie jetzt besonders mich ansprechen, dass die CDU oder ich nicht bereit wäre, Gemeinsamkeiten zu suchen. Ich habe in meiner Rede sogar dazu ermuntert, wenn denn nicht die Beseitigung der Ungerechtigkeit mit einem Prozent Sanierungsbeitrag für die Krankenhäuser Schles-

(Ursula Sassen)

wig-Holsteins vonseiten der Bundesregierung kommt, dass wir dann von Schleswig-Holstein gemeinsam aktiv werden. Dazu möchte ich uns nach dieser Debatte, wenn die Aufregung verflogen ist, alle ermuntern.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Ursula Sassen. - Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erhält die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Sassen, ich kann es kurz machen: Wenn die Landesregierung die Auswirkung für Schleswig-Holstein nicht kennt, dann sollte sie in Berlin besser nicht mitverhandeln - das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Landesregierung sagt, was sie gar nicht gesagt hat, sie hätte lieber eine Viertelstunde geredet, wäre das auch kein Problem gewesen. Auch ein schriftlicher Bericht wäre kein Problem gewesen.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Baasch [SPD]: Es ist doch ein Unterschied zwischen Eckpunkten und Gesetzentwurf!)

- Auch wenn ich Eckpunkte in Berlin mit verabschiede, muss ich wissen, was das für Auswirkungen hat, ansonsten bin ich da falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme der Kollegin Jutta Schümann ausdrücklich zu - bis zu dem Punkt, wo sie gesagt hat, wir müssen an dem Kompromiss herumoperieren. Ich glaube, ein Kompromiss, der schon kaum noch tragbar ist, sollte nicht Gegenstand einer weiteren Verhandlung sein, sondern dann muss man neu aufsetzen und neu verhandeln.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir uns wirklich überlegen sollten, ob die **Fondslösung**, die da angedacht ist, die richtige Lösung sein kann. Sie wird mehr Bürokratie bringen und sie wird keine Verbesserung im System bringen. Wenn wir hier über Schleswig-Holstein diskutieren, ist das sicherlich richtig. Ich habe aber in der Debatte sehr die Auswirkungen auf die Versicherten vermisst, die Konsequenzen in den Beiträgen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich aufgelistet!)

- Gut, ich sage das dann nicht zu Ihnen, sondern zu denen, die das in gewisser Weise befürwortet haben. Ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir deutlich machen: Das wird in dieser Form teurer. Das ist doch wie bei den Kommunalen Verwaltungsregionen, wir ziehen eine neue Ebene ein. Das gibt eine neue Bürokratie.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann doch nicht sein, dass wir das in dieser Form durchgehen lassen.

Vor dem Hintergrund denke ich, wir sollten wirklich im Ausschuss noch einmal sehr intensiv darüber diskutieren, wie wir hier von der Parade kommen.

Einen Punkt, Frau Heinold, möchte ich Ihnen auch sagen: Sie können nicht verlangen, dass eine Ministerin, die wirklich konsequent unsere Position vertreten hat, in die Verhandlungen geht und vorher die Auswirkungen weiß. Die Auswirkungen kann sie erst dann prüfen, wenn sie weiß, was das Ergebnis der Verhandlungen ist. Vor dem Hintergrund geht Ihr Vorwurf ein Stück weit ins Leere. Ich teile aber die Auffassung, dass wir hier von Grund auf neu aufsetzen müssen und dass dieser **Fonds** in dieser Form nie realisiert werden darf, weil er weder Ihr System noch unser System abdeckt. Das ist für mich

(Zuruf: Murks!)

- nein - eine Missgeburt.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 16/931 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist beantragt worden, den mündlichen Bericht der Landesregierung dem Sozialausschuss zur abschlie-

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

ßenden Beratung zu überweisen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen!

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Tagung unterbrochen. Wir treffen uns morgen früh um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:00 Uhr